Nr. 500 ♦ 43. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 255

Morgenausgabe

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Bezugspreis.
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Sonnabend, den 23. Oktober 1926

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Markgrafenstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Das Programm von Thoiry.

Aussprache zwischen Briand und Hoesch.

Paris, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Besuch, den der deutsche Botschafter von Hoesch am Freitag bei Briand gemacht hat, wird von amtlicher deutscher Seite in Paris folgendes Kommuniqué verbreitet: „Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Freitag vormittag eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Herrn Briand. Die Unterredung bedeutet die erste Fühlungnahme des Botschafters mit dem Außenminister nach seiner Rückkehr. Es wurden dabei in großen Zügen die durch die Unterredung von Thoiry aufgeworfenen Probleme berührt. Briand reist am Freitag für drei bis vier Tage aufs Land. Nach seiner Rückkehr, das heißt in der zweiten Hälfte der nächsten Woche, soll eine neue Unterredung des Botschafters mit Herrn Briand stattfinden."

In dem amtlichen Kommuniqué, das von französischer Seite dazu ausgegeben wird, heißt es außerdem, daß Herr von Hoesch mit keinerlei präzisen Vorschlägen an Herrn Briand herangetreten sei und die beiderseitigen Sachverständigen gegenwärtig im Begriff seien, die einzelnen Punkte, die das sogenannte Programm von Thoiry bilden sollen, auszuarbeiten. Dieses Programm interessiere im übrigen, so schließt die amtliche französische Auslassung, nicht nur Frankreich und Deutschland, sondern alle Unterzeichner des Friedens von Versailles.

Die Erklärung des Abgeordneten William-Bertrand.

Die „Dresdener Neuesten Nachrichten" versichern auf Grund eingehenden Materials, das sie von ihrem Pariser Korrespondenten erhalten haben, daß die von uns als offenbare Mystifikation gekennzeichnete Erklärung radikal-sozialistischer Abgeordneter auf dem Parteitag von Bordeaux authentisch sei. Sie stamme vom Abgeordneten der Charente William-Bertrand, der sie im Namen seines Bezirksverbandes und unter ausdrücklicher Zustimmung anderer Bezirksverbände, sowie einer größeren Anzahl anderer Parlamentarier ihrem Korrespondenten übergeben habe.

Unsere Angabe, daß es keinen radikalen Abgeordneten Bertrand gebe, müssen wir dahin korrigieren, daß ein Abgeordneter William-Bertrand, der unter diesem Doppelnamen im französischen Parlamentsverzeichnis unter dem Buchstaben „W" registriert ist, tatsächlich existiert. Wenn indessen in manchen Blättern jene Erklärung als eine Resolution des radikalen Kongresses von Bordeaux bezeichnet worden ist, so ist das, wie wir bereits festgestellt haben, völlig abwegig. Es handelt sich nur um eine private Erklärung William-Bertrands, für die er sich, nach seinen Angaben, die Zustimmung weiterer Parlamentarier gesichert hat.

Dennoch wäre die Bedeutung dieser Erklärung, falls sie wirklich authentisch ist, nicht zu unterschätzen. Denn sie besagt u. a.:

„1. Ich hätte die Annullierung aller Kriegsschulden begrüßt, sowohl der deutschen Schulden an Frankreich wie auch der französischen Schulden an England und an die Vereinigten Staaten. Diese Hoffnung ist jedoch enttäuscht worden.

2. Ich bezeichne mich als Anhänger einer sofortigen Räumung des linken Rheinufers und der Rückgabe des Saargebietes nur unter den zwei folgenden Bedingungen: a) daß Deutschland durch Transferierung gut fundierter Werte Frankreich hilft, die Befriedigung seiner inneren und äußeren Gläubiger zu erleichtern und b) daß die deutsche Regierung diesen Vorschlag nicht als einen Akt der Schwäche betrachtet, sondern als Beweis des Friedenswillens des französischen Volkes.

3. Ich glaube, daß die französisch-deutsche Verständigung nur das Vorspiel einer allgemein europäischen Befriedung zum Zwecke der Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa (Paneuropa) im Rahmen des Völkerbundes bildet.

Daher fasse ich auch eine Revision des Versailler Vertrages ins Auge, und ganz besonders die Beseitigung des polnischen Korridors und die Rückgabe Danzigs zu Deutschland unter dem Vorbehalt, daß Polen Handelsfreiheit durch deutsches Gebiet rechtlich gewährt erhält, und daß die von rein polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete Polen endgültig verbleiben. Diese Revision muß ihre Ergänzung durch die schärfere Anpassung der Verträge von Trianon und Saint Germain an das Selbstbestimmungsrecht der Völker erhalten.

4. Die Vereinigten Staaten von Europa werden nur errichtet werden nach Schaffung eines Modus vivendi zwischen den europäischen Staaten und der USSR., wobei jede Propaganda jenseits der Grenzen beiderseits zu unterlassen wäre.

5. Ich erkläre, daß die überwältigende Mehrheit des französischen Volkes einer Anerkennung der Schulden an England und Amerika abgeneigt ist und jedem Vertrag, der Frankreich einen Tribut auferlegen sollte, die direkte Verständigung mit Deutschland vorziehen würde."

Diese Erklärung ist so aufsehenerregend, daß, wenn sie tatsächlich von zahlreichen Parlamentariern der radikalen Partei gebilligt wurde, sie wirklich geeignet wäre, neue Perspektiven zu öffnen.

Für die Erwerbslosen.

Die Regierungsparteien vernünftiger als die Regierung.

Der vom Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags eingesetzte Unterausschuß beschäftigte sich am Freitag eingehend mit den Anträgen auf Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge. Die Sozialdemokraten verlangten eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Proz. Das Zentrum forderte eine Erhöhung der Sätze für die Ledigen um 20 Proz. und eine Erhöhung der Gesamtunterstützung um 10 Proz., die besonders den kinderreichen Familien zugute kommen soll. Der Vertreter der demokratischen Fraktion sprach sich für eine Erhöhung der Sätze für die Ledigen aus und stimmte auch der angeregten Erhöhung der Gesamtunterstützung zu. Er bezeichnete eine Aufhebung der Unterstützungsdauergrenze, die jetzt 52 Wochen beträgt, als notwendig. Wenn das nicht durchzuführen wäre, müßte die Unterstützungsdauer mindestens um drei Monate verlängert werden. Die Vertreter des Zentrums sprachen sich weiter dahin aus, daß die Unterstützung der Ausgesteuerten weiter den Gemeinden überlassen wird, das Reich aber verpflichtet werden sollte, mindestens 80 Proz. dieser Aufwendungen zu ersetzen. Von deutschnationaler Seite wurde die Einführung von Lohnklassen gefordert.

Die Beratungen wurden dann abgebrochen. In der nächsten Sitzung des Unterausschusses am Dienstag nachmittag soll die Regierung sich über die finanzielle Wirkung der einzelnen Vorschläge äußern.

Sieg der steirischen Genossen.

Rintelen erledigt.

Graz, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die radikale Obstruktion der sozialdemokratischen Abgeordneten im steirischen Landtag gegen die Wahl des in den Bankskandalen schwer kompromittierten christlich-sozialen Führers und gehässigen Antisozialisten Dr. Rintelen zum Landeshauptmann hatte die kleine Gruppe des Landbundes zu dem Versuch getrieben, dem Kampf ein Ende zu machen. Gewaltige Kundgebungen der steirischen Arbeiter hatten das Vorgehen der sozialdemokratischen Fraktion nicht nur gebilligt, sondern ihnen auch jede Unterstützung verbürgt. Die auf Veranlassung des Landbundes eingeleiteten Verhandlungen haben nun dazu geführt, daß die Christlichsozialen die Kandidatur des Seipellianers Dr. Rintelen zurückzogen. Zum Landeshauptmann ist bereits der christlichsoziale Abgeordnete Professor Dr. Gürtler gewählt. Die energische Aktion der sozialdemokratischen Abgeordneten hat also zum vollen Sieg geführt. Der Eindruck dieser Tatsache in der ganzen Republik wird wahrhaftig nicht gering sein und das Ansehen Seipels ganz gewiß nicht vergrößern.

Seipel und die Beamten.

Wien, 22. Oktober. (WTB.) Zu Beginn der heutigen Verhandlungen mit den Beamten sprach Bundeskanzler Seipel die Mahnung aus, keine Ultimaten zu stellen, weil derartige Befristungen Nervosität hervorriefen. Er könne sich mit einer etappenweisen Valorisierung der Gehälter nicht befreunden, hege dagegen großes Interesse für die Angleichung des österreichischen Beamtenrechts an das deutsche Beamtenrecht, wo kein Streikrecht bestehe, jedoch die berechtigten Bedürfnisse der Beamtenschaft gesetzlich festgelegt seien.

*

Das deutsche Beamtenrecht ist schon lange — in Ausarbeitung begriffen, wie es schließlich aussehen wird, bleibt abzuwarten; aber wie immer es gestaltet wird und so erfreulich es ist, Herrn Seipel für Anschluß-Vorarbeit eintreten zu sehen — die Beamten drüben fordern vor allem jetzt eine Besoldung, die ihnen gestattet, den Hungerriemen gerade nur etwas zu lockern. Und da muß gehandelt, nicht zugeredet werden!

Sechste Werbebeilage des Vorwärts:
Internationale Politik.

Emile Vandervelde: Völkerverständigung.
Otto Wels: Internationale Friedensarbeit.
Wolfgang Schwarz: Das Problem der Abrüstung.
Adele Schreiber: Ausland und Sozialdemokratie.

Orgesch/Reichswehr/Fememorde

Psychologische Randglossen zu den Münchener Verhandlungen.

Von K. Mayr, Major a. D. (München.)

In einer der zahllosen Vernehmungen aus Anlaß eines „Fememordes" hat ein verständiger unterer Kriminalbeamter über einen der führenden Desperados einmal ausgesagt: „Ich suchte B. in seinem Bureau auf. Er saß auf einem Stuhl und machte einen sehr knabenhaften Eindruck, so daß ich ihn zunächst für einen Bureauangestellten hielt. — Auf meine Frage (nach der Verwendung eines Autos der „Landesleitung der Einwohnerwehr", auf dem ein Mord passiert sein mußte) geriet er in große Verlegenheit; er sagte, im Interesse des Staates könne man das nicht sagen; er wisse ja auch gar nicht, wie ich politisch eingestellt sei." — Schon diese Schilderung erschöpfte die Situation: Knabenhafte Unreife — hineingestellt in „Staatsgeheimnisse"!

Kaum jemals ist (wohl nicht einmal in amerikanischen Präsidentenwahlen!) eine derartige Summe von Geld, rednerischer Betriebsamkeit und Druckerschwärze verausgabt worden wie zugunsten der Organisation Escherich 1919 bis 1921 zunächst in Bayern, dann im ganzen Reich. 1920 war sie eine Dachorganisation geworden, in der alle möglichen Einzelverbände, so auch der Jungdeutsche Orden sich untergestellt hatten. Sie war ab 1919 geschaffen worden, nachdem die Tragikomödie der Münchener Räteregierung vornehmlich durch preußische, sächsische, thüringische, fränkische und württembergische Hilfe beseitigt war. Einige hundert Mann, die der „Befreier Münchens", der General von Epp, als Sonderkorps heranführte, spielten damals kaum eine Rolle. Die Marinebrigaden andererseits haben sich in dem gleichen Maße als sie sich 1919 zögernd furchtsam an die Stadt herangefühlt, unnötig brutal in der Stadt aufgeführt. Kappist ist Escherich nicht gewesen, wohl aber Mandatar jener im Rahmen der Einwohnerwehr stehenden Freiwilligenbataillone, unter deren Druck das bayerische Ministerium Hoffmann seine Position aufgab. Diesen historischen Titel kann ihm nicht einmal der spätere volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Karl von Schoch streitig machen, der damals bis in die Reichswehrkasernen, bis in die Offiziersversammlungen drang: „Sie müssen handeln, Herr General, wenn Sie nicht handeln, so tue ich es."

„Die Orgesch," so heißt es in einem Werbeblatt von 1920, „befaßt sich nach ihren Satzungen nicht mit militärischen Dingen." Tatsächlich war ihre Gliederung im großen und im einzelnen eine rein militärische. Ein Generalstäbler hatte als „Stabschef" die Leitung organisiert nach dem Muster eines Armeekommandos. Zahllose Waffendepots! Bestände bis herab zum Leibriemen, der Feldflasche und den teuersten optischen Instrumenten! Kraftwagenparks! Sogar eine Nicolai-Abteilung war in diesem Miniaturhauptquartier eingerichtet. Gelder in Hülle und Fülle! Die Klippe der „ehrenamtlichen" Beschäftigung war mit honorigen Aufwandentschädigungen umschifft. Zwar sollte die Orgesch „keinen parteipolitischen Charakter tragen". Aber schon in der bayerischen Einwohnerwehr war seit 1919 systematisch mit der Säuberung von sozialistischen Elementen begonnen. Die „Escherich-Hefte", eine kostspielige Massenpublikation, verraten besser als alles sonst den rein konservativen Charakter. Der Landeshauptmann wird schließlich Reichshauptmann. Zum äußeren Zeichen, daß, wie bei allen großen konservativen, in der „Ordnungszelle" inszenierten Theateraktionen so auch hier, Dr. Heim der geheime Macher sei, erfolgt die Erhebung des „Landeshauptmanns" zum „Reichshauptmann" — „im historischen Rathaussaal zu Regensburg". Stellvertretender Landeshauptmann wird eine Kreatur des Bauerndoktors, der Geometer Kanzler. Der ministerielle Platzhalter des Dr. Heim, der Herr von Kahr, gilt als der präsumptive Disponent des Machtinstruments „Orgesch". Innige Verbindung zum ehemaligen Kronprinzen Rupprecht wird aufgenommen und gepflegt. Ethos und Geldbeuteinteresse werden vermählt; denn es geht darum, so heißt es, daß „die Staatsautorität gesichert ist und der Wiederaufbau unserer zerrütteten Moral und Volkswirtschaft ungestört vor sich gehen kann".

Zu gleicher Zeit aber schien man sich in Reichswehrkreisen einzubilden, daß in der Orgesch (der Zusammenfassung bewaffneter Verbände) der neuzeitliche Ersatz der allgemeinen Wehrpflicht gefunden sei. Eine Organisationsform, gesäubert obendrein von allen dolchstößlerischen Elementen! Denn ein rein innenpolitisches Polizeibedürfnis konnte doch unmöglich vorliegen. Innenpolitisch mußte das „Machtinstrument" der Reichswehr zusammen mit den Polizeikräften wahrhaftig als stark genug gelten. Nein, das Zusammenspiel von Reichswehrstellen mit der Orgesch konnte, dies war das „Gefühl" in den „vaterländischen" Volksschichten, nur außenpolitisch motiviert sein. Der Name „Orgesch" in weitestem Sinne natürlich verstanden — einschließlich auch ihrer Verbindung zur Schwarzen Reichswehr! Nur deshalb wird (im „Volksempfinden"!) der Waffenverrat, auch in den Spalten

der Zeitung, als Landesverrat qualifiziert. Es hält aber schwer, bestimmte Reichswehrführer für so urteilslos zu halten, daß sie im Ernst gedacht hätten, einige versteckte Gewehre, einige MG. und selbst einige Geschütze kämen als neuzeitliche Rüstung irgendwie in Betracht. Ganz gleich aus welchen Motiven die sogenannten Waffendenunziationen erfolgt sind, der Landessicherheit geschah damit kein Eintrag, nachdem nun einmal unsere schwere Artillerie samt Munition abgeliefert, unsere Flugzeuge vernichtet, die Flotte übergeben und die Kriegswerkstätten zerstört waren. Auch der Gefahr, daß wir der „Sabotage" des Versailler Vertrages bezichtigt werden könnten, ist selbstverständlich durch die Landesverratsprozessiererei viel mehr Vorschub geleistet worden als dies durch grundsätzliche Gestattung aller Anzeigen denkbar und möglich gewesen wäre.

Daß viele Anzeigen (an die Entente) in der Inflationszeit, als sich Stinnes und Konsorten mittels Steuerstundungen Devisenprofite machten, auch finanziell motiviert gewesen sein mögen, tut nichts zur Sache. Die Strafgesetzgebung ist kein pädagogisches Zweckinstrument. Nein, den Verantwortlichen, insbesondere bei der Reichswehr kam es, dem äußeren Schein entgegen, nur auf Mehrung innerpolitischer Macht im konservativen Sinne an. Mit dem patriotischen Vorwand der Landesverteidigung wurden aber ausnahmslos alle militärisch urteilslosen Mitläufer kirre gemacht, und das waren so ziemlich alle bei allen Organisationen seit der Orgesch eingeteilten, in erster Linie die — Fememörder! Es ist ja ein wehrpolitischer Skandal ersten Ranges, wenn zum Beispiel ein junger Generalstabler des Münchener Wehrkreiskommandos öffentlich eidlich behaupten kann, er allein habe in seinem Bureau (für Verbindung mit der Einwohnerwehr zwecks Waffenverwaltung) 28 Offiziere unterstellt gehabt.

Psychologisch fiel aber noch etwas anderes ins Gewicht. Nie ist, selbst in der wilhelminischen Aera nicht, ein derartiger Personenkultus getrieben worden wie in der Blütezeit der Orgesch und der aus ihr hervorgegangenen „vaterländischen Bewegung". Da schrieb die „Tägliche Rundschau" über Escherich: „Er ist nicht nur einer der besten Organisatoren des Reiches, die wir haben, sondern auch vielleicht die stärkste Willenskraft, über die wir verfügen." „Ein Mann ohne Nerven" — nach Erwin Rosens bei Scherl erschienener unerhört kitschiger Propagandaschrift „Orgesch". Die „Dresdener Nachrichten" gar fallen ehrlich ins Läppische: „Ein echter Bayer mit allen Vorzügen der Rasse — ein Prachtkerl, kapabel (!), Dinge zu bauen und zu zimmern, die er nie vorher gesehen hat." Von Kahr bis zum letzten Führer einer „Organisation" wird so der Schleim der unbegrenzten Bewunderung und Hochachtung ausgegossen. Jeder Reichswehrgeneral wird auf ein Piedestal gehoben, das ihm gar nicht zusteht. Umgekehrt ist systematisch die Ehre derjenigen (dünngesäten) Offiziere, die sich gegen diese pseudomilitärischen, rein innenpolitisch-parteipolitischen Gedankengänge stellten, angegriffen worden. Zu alledem kommt noch, daß die vaterländischen Repräsentanten einer „nationalen" Wehrpolitik meist von der Wirklichkeit des Krieges keine Ahnung haben, insofern sie entweder überhaupt nicht oder nur verschwindend kurze Zeit an der Front gewesen sind. Sie revanchierten sich für diese Schicksalsgunst oder -tücke durch schrankenlose Verhimmelung der Frontkämpfertugenden ihrer Mitläufermassen. Dies stieg wiederum den zahlreichen ganz jungen Leuten, Kriegsleutnants in den Kopf, die großenteils erst 1918 ins Feld gekommen waren, deren Bedarf an heroischem Erleben also noch nicht gedeckt war. Mit diesem Mangel an kriegerischem Erleben ist zum Beispiel vieles im Falle Kapitän Erhardt erklärlich. Auch eine Art verdrängter Komplexe! Dieses gegenseitige ungerechtfertigte Hinaufsteigern des Selbstbewußtseins ist natürlich für die Jugend weit gefährlicher gewesen als für die alten Esel. Dazu gesellte sich bei den jungen „Wehr"-Elementen noch eine kritiklose Zuversicht in die Macht der „vaterländischen" Oberen und die zu erwartende Rückendeckung. Man erwartete unbegrenzte moralische und materielle Stützung. „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein."

Das überwiegende Maß an moralischer Verantwortung für die Fememordatmosphäre — es ist überaus charakteristisch, daß sich das Reichswehrministerium gegen diesen Ausdruck zu stemmen erlaubt hat — liegt bei politisch maßgebenden Persönlichkeiten und vor allem auch kriegstheoretisch „Sachverständigen". Mit einer rücksichtslos sachlichen Aufklärung, mit einem von „militärfachlicher" Autorität getragenen Appell an den gesunden Menschenverstand hätten sie alles von vornherein abbiegen können. Mit diesen Verantwortlichen ist rücksichtslos aufzuräumen, und zwar ohne Rücksicht auf die vom Versailler Vertrag eingeräumte Pensionierungsquote und ausnahmsweise ohne Rücksicht auf den Steuersäckel. Nach Klärung der einzelnen Fememordfälle dagegen und sobald der kriminalistischen Wahrheit die Ehre gegeben, möge den Verführten, und lägen die Fälle menschlich noch so hoffnungslos, in weitem Umfang Gnade für Recht gewährt werden — nicht vom Richter, sondern seitens des Staates!

Wehrwolf gegen Reichspolitik.

Er will die Rechtsparteien an die Kandare nehmen.

Eine Führertagung des „Wehrwolf", eines der völkischen Wehrverbände, hat Entschließungen gefaßt, die sich gegen die amtliche Außenpolitik der Befreiung durch Verständigung wandten und die Absicht erkennen lassen, parteipolitisch wirksam zu werden.

Ueber die Außenpolitik sagt die Entschließung:

„Der Wehrwolf muß aus kulturellen und rassischen Gründen jede Politik ablehnen, die zur Erreichung von Augenblickserfolgen ein dauerndes Bündnis mit den Franzosen zur Folge hat. Er lehnt deswegen jede Westpolitik, die eine einseitige Bindung mit Frankreich bedeutet, einmütig ab."

Die innenpolitischen Absichten des Wehrwolfs gehen aus folgender Stelle hervor:

„Der „Wehrwolf" tritt bei Reichstags- und Landtagswahlen nicht als eigene Wahlgruppe auf. Er gestattet seinen Mitgliedern an den Wahlhandlungen teilzunehmen. Da aber die Mitglieder des „Wehrwolfs" nicht einen unwesentlichen Teil des Wahlkampfes gegen die Internationale in Deutschland tragen, verlangt er in Zukunft von den in den Parlamenten vertretenen Parteien die Erfüllung bestimmter Forderungen. Er erwartet von allen Wehrwölfen, daß diese in Zukunft als bewußte Anhänger der Wehrwolfidee nur für solche Parteien ihre Stimme abgeben, bzw. Wahlhilfe leisten, die diese Forderungen erfüllen."

Im übrigen wird den Mitgliedern des Wehrwolf ein politischer Maulkorb umgehängt:

„Es ist Mitgliedern des Wehrwolfs nicht gestattet, über die allgemeine Haltung des Wehrwolfs ohne Genehmigung der Bundesleitung Reichsfragen öffentlich zu behandeln."

Diese Entschließungen sind bedrucktes Papier, und nicht mehr. Es ist gänzlich ohne Belang für die deutsche Außenpolitik, wie die Jünglinge vom Wehrwolf darüber denken. Die Rechtsparteien haben diese Sorte Verbände ernst genommen — sie haben damit das Gelüste der Verbände erweckt, politisch zu kommandieren und politische Bedingungen zu stellen. Aber der wachsende Größenwahn solcher Organisationen steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer politischen Bedeutung.

Der Fürst mit Armenanwalt.

Debatte im Detmolder Stadtparlament.

Detmold, 22. Oktober. (TU.) Magistrat und Stadtverordnete beschäftigten sich in gemeinsamer Sitzung mit der jüngst viel besprochenen Angelegenheit der Verleihung des Armenrechts an den Fürsten Leopold zu Lippe zum Zweck einer Prozeßführung. Von sozialdemokratischer Seite lag eine Eingabe vor, in der zu dieser Angelegenheit kritisch Stellung genommen und betont wurde, daß der Magistrat dem Fürsten größeres Entgegenkommen gezeigt habe als minderbemittelten Einwohnern in ähnlichen Angelegenheiten. Namens des verreisten Oberbürgermeisters gab Stadtrat Steinhagen eine Erklärung ab, in der gesagt wird, der Magistrat habe sich in keiner Weise bei seiner Stellungnahme dadurch beeinflussen lassen, daß es sich um einen ehemaligen regierenden Fürsten handelt. Weitere Auskunft zu erteilen, sei der Magistrat nicht in der Lage. Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum gaben schließlich folgende Erklärung ab: „Wir sind der Ueberzeugung, daß die demokratischen und sozialdemokratischen Magistratsmitglieder nicht dafür gestimmt haben, daß dem Fürsten ein Armutszeugnis ausgestellt wird. Den übrigen Magistratsmitgliedern müssen wir das Mißtrauen aussprechen."

Sühne für antisemitische Ehrabschneidung.

Hammer-Fritsch zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Hamburg, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In dreitägiger Verhandlung wurde von der Hamburger Strafkammer in der Revisionsinstanz das Material untersucht, das der Herausgeber der antisemitischen Zeitschrift „Hammer", Fritsch, in seinen Artikeln „Der heimliche Kaiser" und „Wer ist an der Niederlage schuld?" zum Besten gegeben hatte. Max Warburg, der während des Krieges und nachher von der jeweiligen Regierung mit wichtigen Aufgaben betraut gewesen ist, betrachtete sich durch die in den Artikeln gemachten Anschuldigungen, die auf Landesverrat hinausliefen, in seiner Ehre gekränkt. Vom Schöffengericht wurde Fritsch im Dezember 1925 wegen dieser Beleidigungen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Berufungsinstanz ermäßigte diese Strafe auf 1000 M. Unter Zubilligung des § 193 ließ dieses Gericht nur in einem Falle Verurteilung eintreten, in dem Fritsch Max Warburg mit seinem Bruder Fritz Warburg verwechselt hatte. Mit dieser Auslegung war die Revisionsinstanz, das Oberlandesgericht, nicht einverstanden. Es glaubte, diese Auslegung würde zu einem an Rechtlosigkeit grenzenden Zustand für solche Personen führen, die im öffentlichen Leben stehen.

Am Freitag abend kam die Strafkammer I zu folgendem Urteil: Der Beklagte Fritsch wird wegen fortgesetzter übler Nachrede zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und zur Publikation des Urteils in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", den „Leipziger Neuesten Nachrichten", der „Vossischen Zeitung", dem „Hammer", im „Hamburger Fremdenblatt", „Hamburgischen Korrespondenten" und den „Hamburger Nachrichten".

Er wird gebaut.

Baubeginn am Mittellandkanal.

Magdeburg, 22. Oktober. (WTB.) Wie die „Magdeburgische Zeitung" aus Berlin erfährt, hat das Reichskabinett auf Antrag des Reichsverkehrsministers beschlossen, das Ende der Einigungsverhandlungen zwischen Preußen und seinen Provinzen nicht abzuwarten, sondern auf eigenes Risiko den Beginn der Bauarbeiten am Mittellandkanal anzuordnen. Dem Blatt wird ferner aus Oebisfelde gemeldet, daß nach einer heute vormittag beim Oebisfelder Kanalbau eingegangenen telephonischen Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums der Auftrag zum Weiterbau des Mittellandkanals erteilt worden ist. Am Montag nächster Woche kann also der erste Spatenstich getan werden.

Die Danziger Krise.

Rücktritt der sozialdemokratischen Senatoren.

Danzig, 22. Oktober. (WTB.) Die sozialdemokratischen Mitglieder des Danziger Senats, die zusammen mit den anderen am 29. September zurückgetretenen Senatoren vorläufig die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Danziger Regierung weitergeführt haben, sind heute, ehe noch die erwartete Neubildung zustandegekommen war, aus dem Senat ausgeschieden, weil sie mit der Geschäftsführung des Senats nicht einverstanden waren.

Der rote Soldat.

Von Hermann Schützinger.

Als unser Regiment im Oktober 1914 völlig abgekämpft und „ausgebrannt", wie der schöne Fachausdruck heißt, im Bois de Mandray bei Epinal lag, übertrug man mir die Führung der sechsten Kompagnie. Das Regiment bestand zur guten Hälfte aus niederbayerischen Bauern und zur kleineren Hälfte aus oberfränkischen Proletariern aus der Gegend von Marktredwitz und Hof. Man hatte damals, wie überall, die „Mischung" von proletarischen und agrarischen Bezirkskommandos für notwendig gehalten, um den „vaterlandslosen Gesellen" durch die christlich-katholischen Bauern das Rückgrat zu steifen und sie „bei der Stange zu halten".

In Wirklichkeit aber sah die „Kräftemischung" im bayerischen Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 11 geradezu umgekehrt aus. Die bayerischen Bauern lagen apathisch hinter ihren kümmerlichen Schützendeckungen, schoben ihre Gewehre automatisch zum Feuern vor und zurück und bissen sich mit der letzten Kraft zur Abwehr der französischen Konterattacke in ihre Löcher hinein. Die Aktivität in der unteren Führung aber war vollständig auf die oberfränkischen Proleten übergegangen und als der schwerverwundete Hauptmann der „Sechsten" davongetragen wurde, rief er mir mit der letzten Kraft noch zu: „Halten Sie sich an den Schwab!" Der „Schwab" aber war Sozialdemokrat!

Der Schwab hatte keine Charge. Er war weder Feldwebel noch Unteroffizier und hatte trotzdem, so wurde mir erzählt, als Gefechtsordonnanz des Hauptmanns die Kompagnie geführt! Der Schwab führte zunächst noch einige Tage, wie vorher, ganz selbstherrlich die Kompagnie — das heißt, nicht in der Ruhestellung, wo der Feldwebel mit seiner Doppellitze beim Packwagen thronte, sondern vorn im Gefecht!. Wenn es hart auf hart ging, wenn die Kompagnie in Schrapnell- oder Maschinengewehrfeuer geriet und die Todesangst uns an den Schädel griff, da schauten die feldgrauen Fabrikler und Bauern unwillkürlich auf den Schwab; denn er war unbestritten der schneidigste Mann der Kompagnie. Ich war zuerst ordentlich eifersüchtig auf ihn; denn im Augenblick der höchsten Gefahr sauste er mit seinem hageren Proletengesicht wie ein Windhund vor die Front und rief „Hinlegen!" oder „Hurra!"

Dieser Schwab ist natürlich gefallen, elendiglich ums Leben gekommen, nachdem er sich durch seinen beispielslosen Schneid bis zum Feldwebelleutnant, die letzte Schranke für den Proleten vor dem Feldmarschall — heraufgedient hatte. Die Bauern des Regiments aber spielen jetzt wieder Parade vor dem „Rupertus rex". Michel Schwab, der „rote Soldat" meiner Kompagnie, hat mit seiner sozialdemokratischen Gesinnung nie hinter dem Berg gehalten! In der „Ruhestellung" hat er meist die ganze Parteiorganisation von Marktredwitz und Wiesau um sich versammelt, ohne daß darin irgend jemand ein Verbrechen gesehen hätte. Ich muß gestehen, wenn uns damals die Internationale des Proletariats hätte faktisch den Frieden erzwingen können, wäre die große Mehrzahl des seelisch aufs schwerste erschütterten Truppenoffizierskorps diesem Proleten innerlich um den Hals gefallen! So verkrüppelt und zertreten waren auch wir.

So ist uns der „rote Soldat", den wir sehr wohl kannten, eine unentbehrliche Stütze in dieser schrecklichen Zeit gewesen. Kein Angriff, ohne daß ich mir den Schwab nicht an die Seite geholt hätte! Kein Großkampf, ohne daß wir uns vorher beim Kompagnieappell die größten Sorgen herausgekotzt hätten! Wir sahen es sehr wohl, Genosse Barthel, wenn ihr die roten Fähnchen am 1. Mai auf die Gewehre stecktet, wir hörten es recht gut, wenn ihr euch die Losung gabt: „Die Gewehre sprechen!" Denn auch wir waren seelisch zerschlagen und zermürbt und schauten versonnen und durch den Krieg innerlich verbrannt auf diesen Seelenkampf im „roten Soldaten", auf den tragischen Konflikt zwischen Proletariat und Vaterland! Und wir waren euch dankbar, daß ihr bis zuletzt, als bei Dun an der Maas die letzten amerikanischen Flaschengranaten über unsere Schädel sausten, bei uns geblieben seid!

Dann schuf sich der „rote Soldat" aus seinen „Arbeiter- und Soldatenräten" den neuen Staat. Ein Teil von uns ist bei euch, bei der „Republikanischen Schutztruppe" hängen geblieben und hat sich dadurch die ganze militärische „Karriere" versaut. Von der Ferne betrachtet, ist es vielleicht kein allzu großes Unglück gewesen — vor allem sahen wir hier aus nächster Nähe die erschütternde Tragödie vom „roten Soldaten", der voll Haß und Abscheu vor dem Krieg die Heimat von dem kommunistischen Arbeiterbruder in Brand gesteckt und in ein neues Feldlager verwandelt fand! Kein Wunder, daß so manchen der große Ekel ergriff, daß er die Flinte in die Ecke warf und die „Exekution" den Landsknechten aus Neigung und Beruf überließ!

So bedeutet das Schicksal des „roten Soldaten" für jeden, der zu denken und menschlich zu fühlen vermag, ein Gewitter voll tragischer Zerrissenheiten und seelischer Schmerzen, voll Bitterkeit und Todesnot. Daß dieser Veitstanz toll gewordener Menschen nie wiederkehre, das ist die Kampfparole des „roten Soldaten" in der Werbewoche der Sozialdemokratie: Hände weg von der Republik! Nie wieder Krieg!

Freie Sozialistische Hochschule. Die im letzten Winter mit so großem Beifall aufgenommenen Vorträge der „Freien Sozialistischen Hochschule" werden auch im kommenden Winterhalbjahr fortgeführt werden. Alle drei Wochen soll im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses ein Vortrag gehalten werden. Der nächste Vortrag, der von dem Genossen Prof. Bruno Kuske-Köln gehalten wird, findet am Sonnabend, 30. Oktober, 7½ Uhr abends, statt. Genosse Kuske spricht über das Thema „Europa und die Weltwirtschaft" und wird bei dieser Gelegenheit auch die jetzt so aktuell gewordenen Probleme der Vereinigten Staaten Europas behandeln. Als zweiter Redner spricht Genosse Prof. Karl Vorländer-Münster über „Die ethische Idee im Sozialismus". Dieser Vortrag findet am 20. November, 7½ Uhr abends, gleichfalls im Herrenhause statt. Karten zum Preise von 50 Pf. sind an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof II., Zimmer 8; Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2; Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenufer; Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 24/25 (Gewerkschaftshaus); Buchgemeinschaft „Gutenberg", Dreibundstraße 5; Tabakvertrieb, Inselstraße 6, sowie in allen „Vorwärts"-Speditionen.

Ein Nachspiel zum Fall Lessing. Im Vorlesungsverzeichnis der Technischen Hochschule in Hannover für das Wintersemester waren noch vier Vorlesungen von Professor Th. Lessing angekündigt. Das hat bei den Studenten, wie TU. meldet, „eine gewisse Erregung hervorgerufen". Sofort wurde aber am schwarzen Brett mitgeteilt, daß die Vorlesungen ausfallen. Der Katalog war schon im Juni gedruckt, also noch vor dem Vergleich, durch den Prof. Lessing ein „wissenschaftlicher Auftrag" außerhalb der eigentlichen Lehrtätigkeit erteilt wurde. — Die hannoverschen Anti-Lessing-Studenten werden jedenfalls bedauern, daß ihnen die Gelegenheit zu neuen Belästigungen entgangen ist.

Die „Heroen" der amerikanischen Schuljugend. In den amerikanischen Schulen wurde vor einiger Zeit eine Umfrage veranstaltet, die feststellen sollte, wer nach der Meinung der Schulkinder der größte Mann der Weltgeschichte war. Das Resultat, das jetzt bekanntgegeben wird, ist sehr merkwürdig und für die amerikanische Mentalität bezeichnend. Die meisten Stimmen bekam Jesus. An zweiter Stelle steht Napoleon, auf ihn folgen Mussolini und Henry Ford. Die nächsten Heroen Alexander der Große und Francis Drake erhielten beinahe die gleiche Stimmenzahl. Alsdann folgen Pasteur, Lincoln, Edison, Amundsen, Lloyd George und Lenin.

Conan Doyle als Prediger. Unter dem Namen „Der Tempel des Lichts" wird dieser Tage in London ein spiritistisches Missionsinstitut eröffnet. Das Institut besteht aus einer Kapelle für 500 Zuhörer, einer Bibliothek und zahlreichen Räumlichkeiten für spiritistische Sitzungen, psychische Heilversuche und ähnliches. Sir Arthur Conan Doyle, der bekanntlich schon vor längerer Zeit von der Kriminalschriftstellerei zum Spiritismus übergegangen ist, ist als einer der Hauptprediger des Instituts vorgesehen.

Die Akademie-Sektion für Dichtkunst wird am 26. Oktober erstmalig in Berlin zusammentreten.

Das Atelier Karl Schenker (Inhaber: Maria von Bucovich) veranstaltet vom 24. Oktober bis 5. November im Eden-Hotel eine Sonderausstellung, in der u. a. zirka 30 Bromöldrucke bekannter Persönlichkeiten aus Politik, Diplomatie und namhafter Künstler und Künstlerinnen sowie eine Anzahl anderer Werke zu sehen sein werden. Die Ausstellung wird im grünen Salon des Eden-Hotels, Eingang Nürnberger Straße, gegenüber dem Künstler-Theater, eingerichtet.

Eine Dickens-Feier. In Brighton soll vom 17. bis 19. November unter dem Ehrenpräsidium von John Galsworthy eine große Feier zur Erinnerung an Dickens stattfinden. Eine Reihe Szenen aus den „Pickwickiern" wurde zu diesem Zweck dramatisiert und soll von einer Laienbühne mit 200 Darstellern vorgeführt werden.

Tagur reist nach Rußland. Die russische Akademie der Wissenschaften hat die Mitteilung erhalten, daß Rabindranath Tagur Anfang November nach Leningrad kommen wird.

Zwei Untersuchungsausschüsse.

Die bayerischen Fememorde und Ministerpräsident Held.

Der Komplex der Fememorde in Bayern ist bereits im Jahre 1920 einmal von einem Ausschuß des bayerischen Landtags untersucht worden. Im Gegensatz zum Reichstagsausschuß, der die Zusammenhänge der Fememorde aufgedeckt hat, hat der bayerische Ausschuß die Untersuchung nicht ernsthaft geführt. Die Verdächtigen — Berchtold, Schuster, Böhm, Zeller, Glaser, Neunzert — wurden nicht unter Eid vernommen. Die Mehrheit des Landtags hat sie für Ehrenmänner erklärt.

Der Berichterstatter des Ausschusses war der Abgeordnete Held, der jetzige Ministerpräsident. Zur Würdigung seiner Berichterstattung im Plenum des Landtags am 9. November 1920 veröffentlicht unsere bayerische Parteipresse folgende Gegenüberstellungen:

Held: „Berchtold, Schuster, Böhm, Zeller, Glaser haben durch die Bank auf mich einen durchaus soliden, durchaus glaubwürdigen Eindruck gemacht."

Femeausschuß: Berchtold ist seit Jahren flüchtig, wird wegen **Mordverdacht verfolgt** — Böhm gibt zu, dem Untersuchungsrichter **wiederholt falsche Angaben** gemacht zu haben, um aus der Sache herauszukommen — Glaser hat sich bei dem viermal gehörten Wort „beiseitegemacht" **nichts gedacht.**

Böhm (im Femeausschuß unter Eid): **„Ich war Chef einer Organisation,** die sich zur Aufgabe gemacht hatte, Waffen zu retten, die an die Entente verraten wurden. Diese Organisation bestand aus etwa 50 Studenten."

Böhm: (im Femeausschuß unter Eid): „Den Pracher hatte ich durch Glaser kennengelernt, nicht in der Polizei, sondern in einem Zimmer an der Pfandhausstraße, das von der Polizei für Besprechungen mit Polizeispitzeln gemietet war. Da wurde mir Pracher vorgestellt, **ich habe mich ihm unter dem Namen Pollinger vorgestellt.**"

Held: „Es ist **nachgewiesen,** daß **Glaser kein Wort davon gewußt** hat, daß Dobner nach Mirskofen fährt oder die Fahrt nach Mirkofen vorhatte."

Pracher (im Femeausschuß): „Ich habe dem **Glaser** die Waffensache von Dobner mitgeteilt, darauf hat er mich mit Pollinger zusammengebracht und bekanntgemacht."

Glaser (im Femeausschuß unter Eid): „Die Fahrt nach Mirskofen mit Dobner ist **mit meiner Kenntnis angetreten** worden.

Held: „Der Grund, warum sich Pracher vor Dobner so gefürchtet hat, ist der, weil er den Dobner incidenter beschuldigt hat, eventuell im Fall Schloß Holzen und am Mord im Forstenrieder Park **beteiligt** zu sein."

Im Femeausschuß stellte sich als einziger natürlicher Grund der Furcht des Pracher vor Dobner der heraus, daß Dobner glaubte und es seinen Freunden gegenüber äußerte, Pracher als der Anreger der Fahrt bei Böhm hätte vor dem Mordüberfall auf ihn gewußt und hätte ihn **absichtlich in die Falle gelockt.**

Held: „Berchtold, Schuster, Neunzert wurden ganz zufällig von einem Dritten (Böhm) zusammengeführt, ohne überhaupt zu wissen, um was es sich handelt. Und nun nennen Sie (zu Gareis gewandt) das eine Organisation, wenn drei Menschen, der Chauffeur, Schuster und Berchtold **ganz zufällig** für das Hinwegschaffen der Waffen zusammengeführt werden?"

Böhm: (im Femeausschuß unter Eid): „Den Pracher hatte ich durch Glaser kennengelernt, nicht in der Polizei, sondern in einem Zimmer an der Pfandhausstraße, das von der Polizei für Besprechungen mit Polizeispitzeln gemietet war. Da wurde mir Pracher vorgestellt, **ich habe mich ihm unter dem Namen Pollinger vorgestellt.**"

Held: „Durch die Zeugenaussagen ist festgestellt, daß nicht Böhm sich den Namen Pollinger gewählt hat, sondern daß Pracher in dem Augenblick, als er sich in einer Notlage befand, Böhm vorstellen zu müssen, den Namen Pollinger gewählt hat."

Aus diesen wenigen Gegenüberstellungen ergibt sich mit absoluter Klarheit, mit welcher Oberflächlichkeit der Landtagsausschuß nach dem Willen seiner bürgerlichen Mehrheit damals die Untersuchung geführt hat und mit welcher — man muß es schon sagen — Leichtfertigkeit der Abgeordnete Held den „durchaus soliden, durchaus glaubwürdigen" Zeugen Berchtold, Böhm, Glaser usw. glaubte. Diese Leichtfertigkeit ging aber so weit, daß Held bei seiner Berichterstattung im Plenum sogar den Mut fand, den Abg. Gareis in folgender unerhörten Weise zu verdächtigen:

„Dem Kollegen Gareis und seinen Zeugen ist es um nichts anderes zu tun, **als gewisse Denunziationen des bayerischen Vaterlandes gegenüber der Entente anzubringen."**

Das darauf ertönende „Sehr richtig" rechts und „Pfui" links veranlaßte denselben Abg. Held daraufhin noch einmal zu erklären:

„Herr Kollege Gareis, was haben Sie für eine Absicht? Nicht der Wahrheit zu dienen, sondern zu denunzieren!"

Diese Erklärungen und Feststellungen des Abg. Held sind inzwischen zu einer furchtbaren Anklage gegen ihn selbst geworden. Denn es ist heute eine unbestreitbare Wahrheit, daß Gareis dreiviertel Jahre nach diesem Vorgang im Bayerischen Landtag ein Opfer dieser durch nichts begründeten, verlogenen Hetze geworden ist.

Ende eines Gütertarifkampfes.

Ein deutsch-italienisches Abkommen.

Zwischen Deutschland und Italien fand ein sehr scharfer Wettstreit statt, der sich auf dem Gebiete der Gütertarife abspielte. Italien hatte zur Begünstigung seiner Häfen an der Adria, Triest und Fiume, niedrige Ausnahmetarife für solche Waren eingeführt, die nach diesen Häfen gingen. Um nun zu verhindern, daß auf diese Weise der größte Teil des österreichischen und tschechoslowakischen Handels über das Mittelmeer geleitet wurde, mußte auch die Deutsche Reichsbahngesellschaft Kampftarife für Waren, die nach den Häfen Hamburg und Bremen bestimmt waren, gewähren; der Erfolg war, wie er bei allen solchen Wirtschaftskämpfen ist, daß die beiden kämpfenden Parteien erheblich draufzahlen mußten, ohne daß daraus ein wesentlicher Nutzen für einen der beiden entstand.

Dieser Gütertarifkampf ist nun vorläufig beigelegt durch Verhandlungen, die in Hamburg zwischen Vertretern der Reichsbahn und den übrigen beteiligten Bahnverwaltungen geführt wurden. Zwischen Deutschland und Italien wurde dabei ein Waffenstillstand abgeschlossen, wonach beide Länder für das Jahr 1927 die bisher im Konkurrenzkampf gültigen Vorzugstarife wieder aufheben.

Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Zur Beratung im Sozialpolitischen Ausschuß.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags wandte sich am Freitag bei der Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzes u. a. der Frage über die Bestellung der Vorsitzenden zu. Genosse Aufhäuser begründete den sozialdemokratischen Antrag, nach dem auch andere Personen als nur ordentliche Richter zu Vorsitzenden bestellt werden können, wenn sie die erforderlichen juristischen Vorkenntnisse haben. Um die Mitwirkung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gewährleisten, müßte die Ernennung der Vorsitzenden auf Grund von Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen erfolgen. Die Rechtsparteien beantragten, daß in jedem Falle ordentliche Richter zu Vorsitzenden bestimmt werden müssen, also überhaupt Ausnahmen unzulässig sein sollen. Schließlich wurde die Regierungsvorlage unter Ablehnung der erwähnten Anträge angenommen. Danach dürfen auch andere Personen zu Vorsitzenden bestellt werden, wenn sie weder als Arbeitgeber noch als Arbeitnehmer anzusehen sind und die Befähigung zum Richteramt haben. Die weitere Einschränkung in der Regierungsvorlage, daß solche Personen nur bestimmt werden können, wenn ihre Bestellung keine erheblichen Mehrkosten verursacht, wurde auf Antrag der Sozialdemokraten gestrichen.

Der folgende § 19 wurde in der Regierungsvorlage angenommen. Er regelt die Rechtsverhältnisse der Vorsitzenden. Sie haben die Rechte und Pflichten richterlicher Beamter der Länder. Eine längere Debatte entspann sich alsdann darüber, ob die Beisitzer zu wählen oder auf Grund von Vorschlagslisten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu berufen sind. Für die Wahl setzten sich besonders die den Gelben nahestehenden Abgeordneten ein, weil bei der Berufung nur die organisierten gewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten zur Geltung kommen werden. Der Ausschuß beschloß im Sinne der Regierungsvorlage die Berufung der Beisitzer (Arbeitsrichter) auf die Dauer von drei Jahren. Sie sind im angemessenen Verhältnis aus den Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu entnehmen.

Die Reichsdienststrafordnung.

Ausschußberatung im Reichstag.

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten setzte am Freitag die Beratung des Entwurfs einer Reichsdienststrafordnung fort. Verhandelt wurden die §§ 50 bis 55: Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens und der Form der Untersuchung. Die Untersuchung soll so erschöpfend sein, daß das Dienststrafgericht regelmäßig auf Grund des Ermittlungsergebnisses entscheiden kann. Um dem Verfahren von vornherein Umfang und Richtung zu geben und uferlose Ermittlungen zu verhindern, erhielt der § 54, der die Ausdehnung der Untersuchung festlegt, auf Antrag des Abg. Steinkopf (Soz.) folgende Fassung: „Ergibt sich in der Untersuchung der Verdacht weiterer Verfehlungen, so bedarf es besonderer Eröffnungsbeschlüsse, um sie in die Untersuchung einzubeziehen."

Bei der Beweisaufnahme soll nach den Forderungen der Linken vom Eide nicht allzu starker Gebrauch gemacht werden; womöglich Vereidigung in negativer Form! Eine Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen soll in der Regel überhaupt nur dann erfolgen, wenn sie überhaupt notwendig erscheint. — Weiterberatung Sonnabend.

Die Zahl der organisierten Faschisten. Nach einer Turiner Meldung des Korrespondenten der „Liberté" beträgt die Zahl der organisierten Faschisten 940 000, die Zahl der in der faschistischen Parteiliste geführten Frauen 55 000 und die der Jugendlichen 270 000.

Nansens armenische Aktion.

Das Versagen des Völkerbundes.

Unser Mitarbeiter Dr. Abeghian schreibt uns:

Während des Weltkrieges hat die Türkei, wie man weiß, etwa die Hälfte der türkischen Armenier (zirka 1 Million) vernichtet, der Rest ist in alle Welt zerstreut. In Konstantinopel leben 70 000 bis 80 000 Armenier, in Kleinasien noch weniger. Türkisch-Armenien ist also von seinen Urbewohnern gänzlich entvölkert worden und ist heute, wie auch deutsche Reisende (Klötzel u. a.) festgestellt haben,

ein ödes Land.

750 000 armenische Flüchtlinge haben in verschiedenen Ländern Zuflucht suchen müssen: 125 000 in Syrien, 130 000 in Amerika, je 45 000 bis 50 000 in Griechenland, Frankreich usw. Sie alle warten seit Jahren vergeblich auf eine Besserung ihrer Lage. Mehr als einmal sind sie auch, diese Opfer jungtürkischer Verbrecher und der „Schutzmächte der Christenheit des Orients" zugleich, von den „großen Verbündeten" im Stich gelassen worden. Die Vertreter dieser Mächte im Völkerbunde schienen zwar seit einiger Zeit bereit zu sein — wie Fritjof Nansen mit Recht gesagt hat — „ein wenig von dem Vielen gut zu machen, was gegen das armenische Volk gesündigt worden ist," aber ihr Wohlwollen „dem Märtyrervolke" gegenüber trägt immer noch, entgegen allen Bemühungen Nansens, nur einen platonischen Charakter und wird nicht zur Tat. Es handelt sich hierbei nur um ein bescheidenes Siedelungsprogramm für nicht mehr als 15 000 armenische Flüchtlinge in Sowjetarmenien.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt in dieser Woche Mitglieder der Partei, Leser dem „Vorwärts"

Schon zur Vorkriegszeit lebten nämlich etwa 2 Millionen Armenier hier unter russischer Herrschaft, und zwar größtenteils in Kaukasus-Armenien und den Nachbargebieten Transkaukasiens. 1918 wurde dort nebst Georgien und Asserbeidschan auch die armenische Republik gegründet, die die Entente 1920 de facto und de jure anerkannte. Kraft des Vertrages von Sèvres sollte Kaukasus-Armenien auch ein Teil Türkisch-Armeniens angegliedert werden. Aber statt dessen wurde ein Teil Kaukasus-Armeniens von den Kemalisten Ende 1920 gewaltsam annektiert und der Türkei angegliedert, allerdings im Einverständnis mit Sowjetrußland (die Bezirke von Kars, Ardahan und Surualu). Das übrige Kaukasus-Armenien wurde von den Bolschewisten wiedererobert und sowjetisiert. Sowjet-Armenien ist schon seit 1922 ein „autonomes" Bundesland der transkaukasischen Sowjet-Föderation, die seit Ende desselben Jahres als Bundesstaat in die Sowjetunion eingetreten ist.

In Sowjet-Armenien, das 34 000 Quadratkilometer Flächeninhalt und 920 000 Einwohner hat, sollen einige tausend armenische Flüchtlinge durch finanzielle Unterstützung des Völkerbundes angesiedelt werden. F. Nansen reiste, beauftragt von dem Internationalen Arbeitsamte und in Begleitung mehrerer Fachleute, im Sommer 1925 nach Armenien, um die Möglichkeit dieser Ansiedlung zu studieren. Nötig ist hauptsächlich die

Bewässerung einiger Steppen in der Araxesebene am Fuße des Ararat,

die gegenwärtig wegen des Wassermangels unbewohnt sind, die aber durch künstliche Bewässerung der Landwirtschaft und namentlich der Baumwollkultur erschlossen werden und 30 000 bis 40 000 Menschen aufnehmen können.

Nansen lernte auch das armenische Volk auf seiner Scholle näher kennen. Die Sowjetregierung Armeniens und die Zentralregierung in Moskau erklärten sich mit dem Ansiedelungsprojekt Nansens prinzipiell einverstanden, jedoch mit der Bedingung, daß der Völkerbund und andere Organisationen die notwendigen materiellen Aufwendungen machen. Nansen schlägt nun dem Völkerbund vor,

die erforderlichen 900 000 Pfund Sterling durch eine internationale Anleihe

aufzubringen, etwa in der Weise, wie es seinerzeit für die griechischen Flüchtlinge und neuerdings auch für die bulgarischen Flüchtlinge geschehen ist. Die Russische Staatsbank hatte sich bereit erklärt, die Anleihe zu garantieren.

Die Völkerbund-Kommission, die sich mit der Meinung Nansens einverstanden erklärt hat, bemühte sich jedoch vergebens im Laufe eines ganzen Jahres, die verlangte Summe aufzubringen. Die Garantieerklärung der Sowjets wird nicht als genügend betrachtet. Besseren Erfolg erzielte Nansen auch während der letzten Septembertagung des Völkerbundes nicht. Der Völkerbundsrat hat zwar am 16. September den Nansen-Plan angenommen, aber ihn weder finanziert noch eine Anleihe garantiert. Nun ist es

mehr als fraglich, ob man für diese Sache privates Kapital finden kann.

Noch im September 1924 haben Baldwin und Asquith dem Kabinett Macdonald ein Memorandum überreicht, in dem sie vorschlugen, wenigstens einen Teil der 5 Millionen türkischen Goldlire, die die türkische Regierung 1915 der Deutschen Reichsbank als Garantie hinterlegt, und die Alliierten nach dem Waffenstillstande beschlagnahmt hatten, hierfür zu verwenden, da dieses Gold, wie sie zugaben, nachweislich armenisches Eigentum sei. Als aber Baldwin wieder zur Macht kam, gab er seinen eigenen Vorschlag preis, und Chamberlain hat in der letzten Sitzung des Völkerbundes ausdrücklich auf jede Teilnahme Englands an der armenischen Anleihe verzichtet. Nicht besser ist auch die Haltung der Sowjetregierung. Zwar erklärte Tschitscherin noch auf der Genueser Konferenz, daß seine Regierung bereit wäre, 500 000 armenische Flüchtlinge in die Sowjetunion aufzunehmen. Tatsache ist jedoch, daß seit jener Zeit bis Ende 1925 nicht mehr als 17 000 Armenier nach Sowjetarmenien eingewandert sind, und zwar ausschließlich mit eigenen Mitteln. Die Sowjetregierung hat nichts dazu beigetragen.

Der Völkerbund, der durch verschiedene Beschlüsse in fast allen seinen Jahresversammlungen dem armenischen Volke gegenüber ganz bestimmte Verpflichtungen übernommen, hat auch gegenüber dem Nansenschen Projekt versagt. Der Südslawe Radisch hat Recht behalten, wenn er seinerzeit im Völkerbund sagte: „Nicht einmal die besten Gefühle sind imstande, Armenien zu retten. Es ist notwendig, daß der Völkerbund sich der armenischen Sache annimmt und eine starke und vernünftige Politik treibt."

Armenien braucht nicht Wohltätigkeit, sondern eine internationale Aktion,

die es verdient. Allerdings wäre es die radikalste Lösung der Angelegenheit, wenn dem armenischen Volke wenigstens ein Teil der ihm genommenen Länder zurückgegeben würde.

Nansen nimmt sich trotz aller zutage getretenen Schwierigkeiten der Sache des armenischen Volkes nach wie vor an. „Das ist eine Aufgabe," sagt er, „die alle Aussicht auf glücklichen Erfolg hat, wenn nur endlich einmal das armenische Volk genügend Zeit zur friedlichen Entwicklung bekommt, ungestört durch räuberische Ueberfälle kriegerischer Nachbarn. Daß das jetzt geschehen muß, steht als historische Notwendigkeit für jeden fest, der das armenische Volk und die Geschichte seiner Leiden ein wenig kennt, wenn er nur einen kleinen Rest Glaubens an Vernunft und Gerechtigkeit in der Weltgeschichte behalten hat."

Ausschaltung des Parlaments?

Verstimmung über die verzögerte Einberufung der Kammer.

Paris, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Tatsache, daß trotz mehrfacher Ankündigung am Freitag im Ministerrat das Datum für die Einberufung der Kammern nicht festgesetzt worden ist, hat in hiesigen politischen Kreisen eine Verstimmung ausgelöst. In zahlreichen parlamentarischen Kreisen versteht man nicht gut, warum Poincaré diese Einberufung immer wieder hinausschiebt, um so mehr, als bedeutende innen- und außenpolitische Probleme der Ratifizierung durch das Parlament harren. In der Regierungspresse wird dazu bemerkt, daß Poincaré überhaupt nicht die Absicht habe, die Diskussion anderer Fragen als die Verabschiedung des Budgets vor dem Jahresende und vor den Kammern zuzulassen. Er will diese Verabschiedung bis zum 20. Dezember durchgeführt haben, um den Parlamentariern eine gewisse Atempause zur Vorbereitung der Senatswahlen, die im Januar stattfinden sollen, in ihren Wahlkreisen zu lassen.

In Wirklichkeit scheint aber Poincaré bei dieser Hinausschiebung der Einberufung des Parlaments sich in erster Linie von der Absicht leiten zu lassen, den Schluß der Session bis zum 31. Dezember auf eine möglichst kurze Zeit einzuschränken und ihn so ganz mit der Diskussion des Budgets zu füllen. So werden automatisch und aus reinem Zeitmangel die anderen die Regierung beängstigenden Fragen inner- und außenpolitischer Art, die die Diskussion über die auf dem Wege der Vollmachtsdekrete vorgenommenen Verwaltungsreform, die in der Provinz viel böses Blut gemacht hat, ebenso wie die unpopuläre Debatte über das Washingtoner Schuldenabkommen auf das nächste Jahr verschoben. Infolgedessen hat auch am Freitag der Innenminister Sarraut einzelnen Journalisten erklärt, er glaube nicht, daß die Debatte über das Schuldenabkommen von Washington vor Januar vor das Parlament gelangen wird.

Die Moskauer Wilna-Klausel.

Polnische Note an Rußland.

Warschau, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die polnische Note an Rußland über das russisch-litauische Abkommen wird am Sonnabend dem Außenkommissar Tschitscherin in Moskau überreicht werden. Wie unser Korrespondent erfährt, wird die Note, die kurz und in höflichem Ton gehalten ist, feststellen, daß Polen der Text des russischen-litauischen Vertrages nicht übermittelt worden ist und die polnische Regierung bei ihrer Note daher von dem in der „Jawestija" veröffentlichten Text ausgeht. Die Note weist ferner darauf hin, daß die Frage der östlichen Grenzen Polens in dem Rigaer Vertrag sowie in dem Schiedsspruch der Botschafterkonferenz, den Litauen a priori angenommen hatte, geregelt worden ist. Polen könne deshalb den russisch-litauischen Vertrag weder zur Kenntnis nehmen (es ist bisher von den Beteiligten auch nicht darum ersucht worden. Red. d. V.) noch sich durch dessen Klauseln in irgendeiner Form getroffen fühlen. Der Text der polnischen Note wird am Sonnabend den Vertretern der in- und ausländischen Presse in Warschau bekanntgegeben werden.

Die üblen Arbeitsnachweisräume.

Das ewige Baugerüst in der Gormannstraße.

Wiederholt wurde im „Vorwärts" geklagt, daß die meisten Arbeitsnachweisräume alles andere als menschenwürdige Aufenthaltsstätten für die Arbeitslosen sind. Von den zuständigen Behörden ist mehrfach versichert worden, daß die bei der andauernden Massenarbeitslosigkeit durchweg unzureichenden Räume vermehrt und eine freundlichere Ausgestaltung der Räume erfolgen solle. Wir zweifeln nicht daran, daß die Beratungen der Behörden im besten Gange sind, wissen jedoch nicht, ob und wann etwas dabei herauskommen wird. Offenbar muß erst darüber entschieden werden, wer die nötigen Mittel bereitzustellen hat und wo mit den Restaurierungsarbeiten zuerst begonnen werden soll.

Immerhin — etwas ist bereits geschehen. Im sogenannten Börsensaal des Arbeitsnachweises in der Gormannstraße wurde vor einigen Monaten, etwa Mitte Juli,

ein großes Baugerüst aufgestellt.

Nachdem ein ziemliches Stück Stuck von der Decke herabgefallen war; glücklicherweise zu einer Tageszeit, in der die Arbeitslosen bereits nach Hause gegangen waren. Aber auch im übrigen sind die Räume in der Gormannstraße derart unzulänglich, daß es deswegen schon zu großer Unruhe und zu Tumulten gekommen ist. Die Aufstellung des Gerüsts hatte die Gemüter offenbar etwas beruhigt, da sie als Vorbereitung zu Reparaturarbeiten aufgefaßt wurde. Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen. Das Gerüst hat wohl lediglich den Zweck, die Decke vor weiterem Verfall zu schützen.

Die Arbeitslosen, die sich mit diesem Gerüst als einer vorübergehenden Erscheinung ohne weiteres abgefunden hätten, zumal es Bauarbeiter sind, die sich in diesem Saale als Arbeitsuchende aufhalten müssen, betrachten es als Dauereinrichtung, mehr und mehr als Hindernis. Denn der Wald von Gerüststangen macht

den Raum fast unpassierbar.

Die Gerüstpfosten vor den Schaltern erleichtern überdies auch den Schalterbeamten die Abfertigung der Arbeitslosen keineswegs. Ganz im Gegenteil: sie erschweren den Verkehr außerordentlich.

Durch die Abdeckung ist der Raum auch wesentlich niedriger und so die Lüftung und Lichtzufuhr bedeutend schlechter geworden, so daß in den Stunden großen Andranges in dem durch Ausdünstungen und Tabaksqualm geschwängerten Saal der Aufenthalt zur Qual wird. Die ohnehin unfreudige Stimmung der Arbeitslosen wird dabei nicht besser. Die Schalterbeamten und die Arbeitsvermittler bekommen dies deutlich zu spüren. Sie sind den Uebelständen gegenüber machtlos, unter denen sie mitleiden. Das Gerüst, das sicherlich Leihgebühren kostet, bringt es mit sich, daß der Saal den ganzen Tag über durch die riesigen Bogenlampen erhellt werden muß. Das kostet Strom, der sonst nicht gebraucht würde.

Kurzum, noch ist es Zeit,

den Stein des Anstoßes,

den dieses Gerüst bildet, zu beseitigen, oder aber auf andere Weise Abhilfe zu schaffen. Setzt erst der Frost ein, der auch die jetzt noch arbeitenden Bauhandwerker und Straßenbauarbeiter in diesen Raum als Arbeitslose bringt, dann kommt es gar leicht zu üblen Zwischenfällen.

Ueberdies: auch alle übrigen Arbeitslosen, die die öffentlichen Arbeitsnachweise in Anspruch nehmen müssen, haben Anspruch darauf, in menschenwürdigen Räumlichkeiten untergebracht zu werden. Es ist daher unerläßliche Pflicht der zuständigen Instanzen, unverzüglich für Abhilfe zu sorgen. Unmögliches verlangen auch die Arbeitslosen nicht. Sie wollen jedoch sehen, daß das Mögliche endlich getan wird.

Die Not der Arbeitslosen und ihre Stimmung dürfen nicht unterschätzt und durch Säumigkeit erschwert werden. Es muß alles aufgeboten werden, das Los der Arbeitslosen zu erleichtern.

Neue Phase im englischen Bergarbeiterstreik.

Konferenz der Gewerkschaftsvorstände.

London, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht. Der Generalrat der britischen Gewerkschaften war am Donnerstag zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Exekutive des Bergarbeiterverbandes zusammengetreten. Die Mitglieder der Bergarbeiter-Exekutive waren zu diesem Zweck aus Mittelengland nach London gekommen und sind unmittelbar nach der Sitzung wieder in das mittelenglische Kohlengebiet zurückgekehrt, um ihre Agitation fortzusetzen. Der Generalrat der Gewerkschaften hat beschlossen, der Bitte der Bergarbeiter Folge zu leisten und eine außerordentliche Konferenz der Gewerkschaftsvorstände sämtlicher dem Generalrat angeschlossenen Gewerkschaften für Mittwoch, den 3. November nach London einzuberufen. In der Einladung an die Gewerkschaftsvorstände heißt es, daß die Konferenz zu dem Zwecke einberufen sei, „die Mittel und Wege zu erörtern, durch die den Bergarbeitern jede mögliche Hilfe gewährt werden könne". Darüber hinaus wird der Generalrat alle zuständigen Gewerkschaften über ihre Stellung zu einer Transportsperre für eingeführte Kohlen und deren Möglichkeiten befragen. Die Frage der Kohlensperre wird jedoch nicht auf der Tagesordnung der Vorständekonferenz stehen.

Die Bergarbeiter-Exekutive hat vor ihrer Abreise nach London in Mittelengland noch einen bedeutenden moralischen Erfolg davongetragen, indem sie den Bezirksvorstand des Bergarbeiterdistrikts von Lancashire, der vor wenigen Tagen die Rückkehr der Bergarbeiter zur Arbeit offiziell gebilligt hatte, in einer dreistündigen geheimen Sitzung wieder zur offiziellen Politik des Gesamtverbandes zurückgewonnen hat. Der Gewerkschaftsvorstand des Distrikts hat die Versicherung abgegeben, daß er alles tun werde, um die Arbeitsniederlegung zu erreichen.

Zustrom und Abstrom zu und von der Arbeit hielten sich in den letzten beiden Tagen praktisch die Wage. Jedoch ist unverkennbar, daß eine neue Festigung der Kampffront der Bergarbeiter eingetreten ist. Diese Tatsache wird selbst von der bürgerlichen Presse anerkannt.

Das Parlament tritt am Montag abermals zu einer kurzen Sitzung zusammen, um den Ausnahmezustand für einen weiteren Monat zu verlängern. In Abwesenheit Ramsay Macdonalds, der sich gesundheitshalber nach Afrika begeben hat, wird die Opposition in dieser Sitzung von Clynes geführt werden.

Die Sammlungen für die Streikenden

müssen jetzt noch einmal kräftig einsetzen. England friert und gebraucht Kohle, und bis nach Italien geht die Klage über Kohlenmangel. Er kann behoben werden in ganz kurzer Zeit, sobald die Zechenbesitzer zum Nachgeben gezwungen werden. Dazu müssen wir helfen, indem wir die Bergarbeiter unterstützen!

Der Streik in der Gesundheitsindustrie.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Im Streik in der Zentralheizungsindustrie (Gesundheitsindustrie) haben, wie uns die Zentralstreikleitung berichtet, gestern unter Vorsitz des Schlichters Wissell Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Annäherung der Parteien in der Hauptstreikfrage, der Gehaltsfestsetzung, geführt haben. Die gegen 5 Uhr nachmittags abgebrochenen Verhandlungen sollen in Uebereinstimmung mit beiden Parteien in Kürze fortgesetzt werden. In einer Versammlung am Sonntagvormittag 10 Uhr im „Nordischen Hof", Invalidenstraße 126, sollen die Streikenden zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis Stellung nehmen. Bis zur endgültigen Beilegung des Streikfalles wird der Streik in unverminderter Schärfe fortgeführt.

Zum Tarifwerk im Bankgewerbe.

Die Mitteldeutsche Kreditbank zahlt ebenfalls.

Auf Veranlassung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten fand bei der Mitteldeutschen Kreditbank Berlin eine stark besuchte Betriebsversammlung statt, in der Verbandsgeschäftsführer Marx das Vorgehen der Direktion der Mitteldeutschen Kreditbank einer außerordentlich scharfen Kritik unterzog. Auf mehrmalige Vorstellungen des Betriebsrats hat nunmehr die Direktion der Mitteldeutschen Kreditbank durch Anschlag bekanntgemacht, daß auch sie am 31. Dezember an sämtliche Angestellte ein halbes Monatsgehalt zur Auszahlung bringen werde.

Einigung im Einzelhandel.

Für die Angestellten.

Wie wir in der Mittwochabendausgabe mitteilten, hatten die Unternehmer des Einzelhandels die Angestelltenorganisationen zum Donnerstag zu neuen Verhandlungen eingeladen. Nach dreieinhalbstündigen Verhandlungen kam es endlich zu einem Abschluß eines neuen Gehaltstarifes, der sich zieinlich mit dem Ende September in gemeinsamer Verhandlung ausgearbeiteten Tarifentwurf deckt.

Der neue Gehaltstarif läuft vom 1. Oktober 1926 bis 31. März 1927. Es war den Organisationsvertretern möglich, in einigen maßgebenden Positionen nach eine Erhöhung der Gehälter gegenüber den früheren durchzusetzen. An die Stelle der im ersten Entwurf geforderten Sicherungsklausel für höher bezahlte Angestellte tritt nunmehr eine Bestimmung, die eine Verschlechterung der Gehälter derjenigen Angestellten verhindert, die sich zurzeit in den künftig in Fortfall kommenden Berufsjahren befinden. In den Verhandlungen herrschte zwischen beiden Parteien völlige Uebereinstimmung darüber, daß unter diese Bestimmung auch die Angestellten fallen, die sich in den jetzt in Fortfall kommenden Spitzenpositionen der einzelnen Berufsgruppen befinden. Durch die Aufnahme dieser Bestimmung dürfte der größte Teil der Angestellten vor Verschlechterungen ihrer Gehälter geschützt sein. Die Höchstgrenze für die Sozialzulage von 5 Mark beträgt in Zukunft 140 Mark statt wie bisher 150 Mark. Bei einem Gehalt von mehr als 140 M. beträgt die Sozialzulage 10 Mark. Alles Nähere ist aus den im Ortsbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7—10, erhältlichen neuen Tarifverträgen zu ersehen.

Dieser neue Tarifvertrag stellt die Höchstgrenze dessen dar, was in gütlicher Vereinbarung überhaupt erreicht werden konnte. Der Vertrag kommt zwar Tausenden von Angestellten zugute, die nicht organisiert sind. Er wäre aber nie zustande gekommen, wenn nicht die organisierten Angestellten eine soziale Gewerkschaftsarbeit geleistet und der ZdA. eine so konsequente Tarifpolitik getrieben hätte. Es waren besonders zwei Momente, die das Zustandekommen und den Inhalt des neuen Tarifvertrages beeinträchtigt haben. Einmal war es der innere Streit und die Verworrenheit im Unternehmerlager, zum anderen aber auch die unzureichende Organisation der Angestellten selbst. An der ersten Tatsache können die Angestellten natürlich nichts ändern, wohl aber an der zweiten, dem schlechten Organisationsverhältnis. Hier gilt es, mit erhöhter Kraft einzusetzen und die Lücken aufzufüllen. Weitere schwere Kämpfe um Gehälter und Arbeitszeit stehen bevor, auf die jetzt schon gerüstet werden muß. Es gilt daher für die Angestellten nur die einzige dringende Parole: Hinein in den Zentralverband der Angestellten!

Die Schuhreparaturstellen für Erwerbslose.

Kampf der Zünftler gegen Windmühlenflügel.

Die Vertrauensleute und Bezirksführer als Vertreter der organisierten Arbeiter des Berliner Maßschuhmacher- und Reparaturgewerbes haben sich in ihrer Sitzung am 18. Oktober mit den von den Berliner Schuhmacher-Innungen bekämpften „Schuhreparatur-Betriebswerkstätten für Erwerbslose" beschäftigt und faßten

den folgenden Beschluß:

„Die ..... Versammlung der Vertrauensleute und Bezirksführer des Zentralverbandes der Schuhmacher Berlins tritt für die Aufrechterhaltung der bestehenden „Schuhreparatur-Betriebswerkstätten für Erwerbslose" ein und fordert von den zuständigen Instanzen die Errichtung solcher Werkstätten in allen Verwaltungsbezirken der Stadtgemeinde Berlin. Die Leitung der Werkstätten soll in die Hände von Fachleuten gelegt werden."

In der dem Beschluß vorausgegangenen Diskussion wurden einige Mißstände beleuchtet, die den Betriebswerkstätten noch anhaften, deren Beseitigung von den zuständigen Instanzen zu fordern ist. Von den in den Werkstätten beschäftigten Schuhmachern muß verlangt werden, daß sie etwaige Mißstände der Gewerkschaft melden, damit für Abhilfe gesorgt werden kann. Die

Aufrechterhaltung der bestehenden Werkstätten

muß jedoch unter allen Umständen verlangt werden, außerdem aber, daß in jedem Berliner Verwaltungsbezirk solche errichtet werden. Die Beibehaltung der bestehenden und die Errichtung neuer Werkstätten bringt der Arbeiterschaft erhebliche Vorteile. In diesen Werkstätten werden Arbeiter beschäftigt, welche lange erwerbslos sind. Die Dauer der Beschäftigung in der „Schuhreparatur-Betriebswerkstätte für Erwerbslose" beträgt in der Regel 13 Wochen. Ist diese Zeit verstrichen, werden andere eingestellt. Die Entlassenen kommen wieder in den Genuß der Erwerbslosenunterstützung.

Die Entlohnung der Arbeiter ist als angemessen zu bezeichnen. Dagegen wurde vereinzelt Klage geführt, daß von den Leitern der Werkstätten zu hohe Arbeitsleistungen verlangt werden. Dies ist jedoch kein Grund gegen die Werkstätten. Es ist vielmehr Sache der Arbeiter, sich in solchen Fällen an die Gewerkschaft zu wenden, die die nötigen Prüfungen vornimmt. Soweit Vertreter des Zentralverbandes der Schuhmacher Einblick in den Geschäftsgang der „Schuhreparatur-Betriebswerkstätten für Erwerbslose" gewinnen konnten, ist festzustellen, daß in den Werkstätten

gutes Material in sachgemäßer Weise verarbeitet

wird. Die Preise der Schuhreparaturen liegen infolge des Zuschusses der produktiven Erwerbslosenfürsorge weit unter den üblichen Preisen der Privatbetriebe gleicher Qualifikation.

Die Versammlung hält es jedoch für notwendig, daß die Leiter der Werkstätten, soweit sie keine Fachleute sind, durch Fachleute ersetzt werden. Ferner wendet sich die Versammlung entschieden gegen das Verlangen der Berliner Schuhmacher-Innungen, die Reparaturen für die Erwerbslosen an Innungsmitglieder zu vergeben und verlangt vom Landesarbeitsamt, daß bei Besprechungen mit den Innungen Vertreter der Gewerkschaft hinzugezogen werden, um das Interesse ihrer Mitglieder wahrzunehmen.

Die Konzertreise nach Ostpreußen.

Zu unserer Notiz in Nr. 497 „Herr Stingl sorgt für das Deutschtum" läßt das Reichspostministerium erklären:

„Die sechs Oberpostsekretäre sind Mitglieder des Akademischen Orchesters, bei dem häufig Mangel an Musikanten besteht, so daß im Laufe der Zeit Beamte des Haupttelegraphenamtes beigetreten sind. Auf die Konzertreise nach Ostpreußen hatten die sechs Obertelegraphensekretäre sich schon seit Monaten eingerichtet und ihren Erholungsurlaub für diese Zeit angesetzt. Die Oberpostdirektion ist mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen. Bezahlung für ihre Teilnahme erhalten die Obertelegraphensekretäre nicht, es werden ihnen nur, wie allen übrigen Mitgliedern des Orchesters die baren Auslagen, zehn Mark täglich, erstattet. Der hiesige Vorsitzende des freien Musikerverbandes ist bei seiner Rücksprache im Haupttelegraphenamt über den Sachverhalt aufgeklärt worden und hat sich damit befriedigt erklärt, auch versprochen, in seinen Kreisen für entsprechende Aufklärung zu sorgen. Der Postminister weiß auch heute nicht, wer diese Akademische Orchestervereinigung ist."

Achtung, Maurer! Die Maurerarbeiten bei der Firma Hermann Bamm auf der Baustelle Frohnau sind wegen Differenzen für Maurer gesperrt.

Deutscher Baugewerksbund; Baugewerkschaft Berlin.
Verband der Akkordmaurer Groß-Berlins.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Die Berliner Gewerkschaftsschule.

Die Gewerkschaften kennen keinen Ruhezustand. Ihr Dasein ist Bewegung, Vorwärtsdrängen, immerwährender Kampf. Kampf mit wechselnden Mitteln, aber stets gleicher Intensität. Jeder Fortschritt — sei es die gewaltigste, umfassende oder die geringfügigste sozialpolitische Maßnahme, sei es nur eine Lohnerhöhung —, er muß erkämpft werden.

Zahl gegen Zahl — Geist gegen Geist.

Kampfmittel und Voraussetzung zugleich ist **der Mensch** in seiner Zusammenballung zur großen Zahl, zur Masse. Der soziale Gegenspieler der Arbeiterschaft, **der Arbeitgeber**, ist aber auch organisiert. Auch **er ist eine Macht.** Auch für ihn ist die Zahl ein Kampfmittel. Seine Zahlenmacht beruht auf anderen Voraussetzungen, als die der Gewerkschaften. Sie entsteht ihm aus dem Hauptbuch, aus der Vermögens- und Erfolgsbilanz, aus der Statistik. **Zahl gegen Zahl! Massenmacht gegen Kapitalgewalt!** Gegeneinanderwirkende, gleich starke Kräfte heben sich auf. Die Entscheidung sozialer Kämpfe, der Sieg der Gewerkschaften und damit der soziale Fortschritt werden vom primitiven Argument der großen Zahl allein nicht mehr herbeigeführt. Er ist gebunden auch an eine möglichst große Zahl qualifizierter Gehirne! **Die Gewerkschaften gleichen nicht dem stürmenden, ungegliederten, hellen Haufen verzweifelter Bauernheere.** Sie bieten eher das Bild einer **großen, modernen, disziplinierten Armee.** Wie der blutige Krieg ohne Wissenschaft nicht mehr geführt werden kann, so ist auch für den sozialen Kampf der Arbeiterschaft die Wissenschaft unentbehrlich. **Die Forschungsergebnisse der modernen Gesellschaftswissenschaften,** der National- und Privatökonomie, der Rechtswissenschaft und der Sozialpolitik, müssen von den Gewerkschaften, von ihren Führern, Funktionären und Mitgliedern stets erkannt, beobachtet und ausgewertet werden. Die wirtschaftliche Existenz, das Wohl und Wehe Hunderttausender von Menschen kann durch falsche Maßnahmen aufs Spiel gesetzt werden. Zugleich ist **jeder Betriebsrat Sachwalter der unmittelbaren materiellen Interessen seiner Kollegen.** Durch ungeschickte, nachlässige Führung seiner Geschäfte, durch Unwissenheit auf wirtschaftlichem Gebiete, durch mangelnde Kenntnis der Gesetze kann er viele seiner Kollegen um Lohn und Brot bringen, um gesetzlich ihnen zustehende hohe Geldentschädigungen. Jeder Gewerkschaftsfunktionär, jeder Arbeiter und Angestellte steht in der Front des gewerkschaftlichen Heeres. Der Tarifvertrag, die Arbeitsverordnung, die Betriebsvereinbarung und die daraus entstehenden Rechte sind tägliche Kampfobjekte. Nur eines derselben preisgeben, heißt oft, den Mitkämpfern und Arbeitskameraden schwersten Schaden zufügen.

„Leibniz-Gymnasium", Mariannenplatz.

Die Kriegsakademie der Berliner Arbeiter.

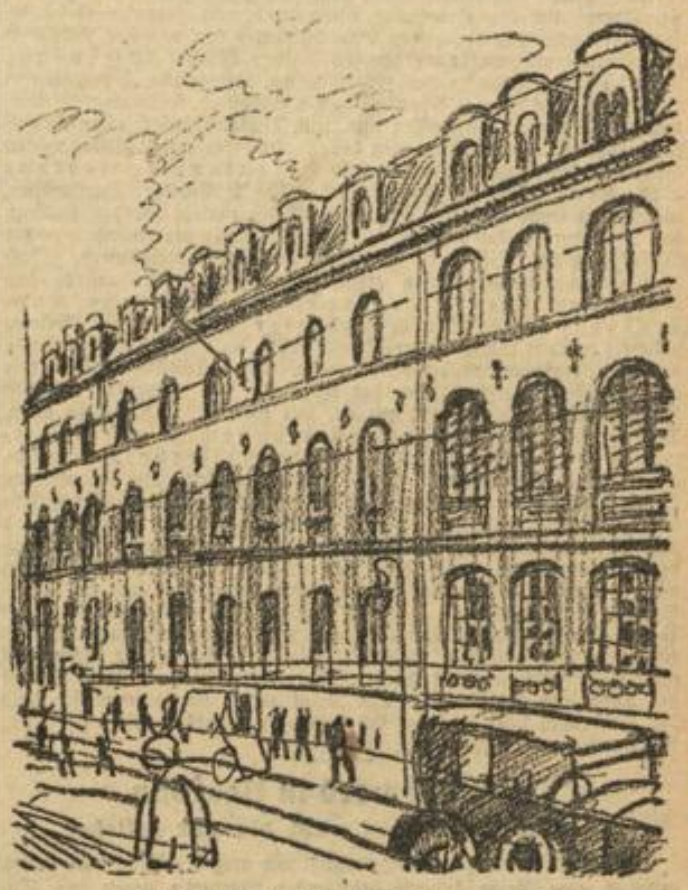
Die Gewerkschaften brauchen also gut ausgebildete Kämpfer. Dazu haben die Berliner Arbeiter- und Angestelltenverbände ihre Kriegsakademie: die **Berliner Gewerkschaftsschule!** Rund dreitausend Gewerkschafter aller Berufe, aller Jahrgänge und beider Geschlechter, Mitglieder, meist aber Funktionäre, Betriebsräte und Beamte gehen jährlich durch ihre Kurse hindurch. Sie hat im Berliner Gewerkschaftshaus ihren Sitz. Ihr Unterricht findet in zwei städtischen Schulgebäuden, dem **Leibniz-Gymnasium am Mariannenplatz und dem Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstraße,** statt. Es ist eine helle Freude, zu sehen, wie braune und blonde, aber auch viele graue Köpfe **in gemeinsamer, harter geistiger Arbeit** mit ihren Kursleitern und Lehrern alle die brennenden und großen Fragen besprechen, die für die Entwicklung der Arbeiterbewegung, für den Aufstieg der Klasse, für ihre Kampfmaßnahmen bestimmend sind. **Betriebsräte aus Hunderten von Berliner Betrieben haben sich hier ihr geistiges Rüstzeug geholt.** Mancher Schüler ist von hier aus in andere Schulgattungen übergegangen, die es ihm gestatten, mehrere Monate, losgelöst von der Berufsarbeit, nur seiner geistigen Ausbildung sich zu widmen. Mancher andere Gewerkschaftsschüler ist von seiner Organisation schon an verantwortliche hauptamtliche Stellen gesetzt worden und hat sich glänzend bewährt.

Ein neues Bildungsideal.

Mit der Berliner Gewerkschaftsschule ist nicht eine neue Schulgattung, wohl aber **ein neues Bildungsideal** entstanden. Keiner ihrer Schüler hat ein Recht, nach seinem — und sei es jahrelangen — Studium eine Anstellung zu verlangen, die ihn versorgt. Viele aber haben für ihr vermehrtes Wissen, ihre gesteigerten Fähigkeiten geradezu büßen müssen. **Sie waren dem Unternehmer gefährlich geworden.** Er benützte deshalb die erste Gelegenheit, sie aus seinem Betrieb zu entfernen. Dieser neue Bildungstypus wird heute umschrieben mit dem Begriff **soziale Bildung!** Bildung für den sozialen Kampf, Bildung für die Gesellschaft, Bildung zum Wohle der anderen, nicht für das eigene, persönliche Fortkommen.

Damit aber verbürgt die soziale Bildung zugleich auch den äußeren Erfolg: **Bessere Tarife, höhere Entlohnung,** nicht für den einzelnen allein, sondern für den Beruf. **Bessere Lebensbedingungen für alle!**

Die Berliner Gewerkschaftsschule bildet den politisch denkenden, den planmäßig und bewußt handelnden Arbeiter und Funktionär heran. Sie rüstet ihn aus mit d e n geistigen Waffen und mit d e r Wissenschaft, die die Arbeiterklasse beherrschen muß, um siegen zu können. Sie ist eine Kriegsakademie derjenigen Armee, die für das ganze Volk eine bessere Zukunft erobern will!



„Sophien-Lyzeum", Weinmeisterstraße.

Die Schau der Herbstblumen.

Zur gleichen Zeit, wo sich die Automobile am Kaiserdamm ein Stelldichein geben, werden Tausende von Herbstblumen aller Art in die Funkhalle einziehen. Die Berliner Gärtnerschaft veranstaltet v o m 28. O k t o b e r b i s 7. N o v e m b e r dort eine große H e r b s t b l u m e n s c h a u. Außer den Gärtnern mit ihren Blumenkulturen beteiligen sich an der Schau auch die Gartengestalter mit Miniaturanlagen, die praktische Anregungen für die schöne und zweckmäßige Anlage von Nutz- und Ziergärten geben. Dazu kommt eine Reihe erster Berliner Blumengeschäfte mit Sonderausstellungen, die eine besondere Anziehungskraft auf die Besucher ausüben werden. Die künstlerische Ausgestaltung für die Blumenschau liegt in den Händen des Stadtgartendirektors E r w i n B a r t h.

Aus Gram über den Tod ihres alten Vaters, eines 79jährigen Mannes, des Invaliden Sch., hat sich seine 53jährige Tochter Agnes, die mit ihrem Vater zusammen in der Heimstraße 23 wohnte, m i t G a s v e r g i f t e t. Man fand am Freitag vormittag beide Leichen in der mit Gas gefüllten Wohnung auf. Auf einem hinterlassenen Zettel schrieb die Tochter, daß ihr Vater unter schweren Qualen verstorben sei und sie ohne ihn nicht weiter leben könne. Beide Leichen wurden in das Schauhaus gebracht.

Der Weg des blinden Bruno.

31] **Roman von Oskar Baum.**

Die Jakobskirche war eine der neueren, keineswegs größten Kirchen der Stadt. Bruno aber, als nach wenigen Proben das erstemal den Gottesdienst begleitete, glaubte sich mitten auf einem großen freien Platz, hoch hingestellt und fern drängte sich in geschlossenem Umkreis dichte Menge und wartete neugierig, wie er sein Recht erweisen würde. Es hätte ihn, der hier auf unfehlbares Gedächtnis ohne Gnade gestellt war, verhängnisvoll verwirren können. Doch schon die präludierenden Tuttiakkorde, mit gewitternder Naturgewalt über die Hunderte andächtiger Köpfe durch den aufhorchenden Raum hindröhnend, überraschten ihn mit dem herrlichen Gefühl, daß er ja dies alles gar nicht allein tat, daß er nur eine der Zungen, der Pfeifen, Röhren, der Tasten, der tragenden Luftwellen war.

Und geschah es, daß er anfangs in der Schnelligkeit einmal eine Register daneben zog, oder einen Augenblick im Tempo mit dem Chor auseinanderkam, erschrak er nicht gleich zu Tode; er brachte es leicht wieder in Ordnung.

Fräulein Vilma konnte kaum reden, wenn sie ihn manchmal nach Schluß von seiner Orgelbank holte. Hilflos zuckte ihr Atem, erfolglos unter Tränen lächelnd über die grundlose Erregtheit. Musik sei für sie immer ein berauschendes Getränk und gar Orgel! Ihr Vater, ein Monist, hatte sie fern von der Kirche erzogen.

Bruno wußte besser, was es war. Sie dachte nicht an das böse schwere Opfer, dachte nicht daran, daß sie sich ausschloß aus ihrer Welt, aus dem, was ihre Freude, ihre Bestimmung war, ohne daß ausdrücklicher äußerer Zwang ihr half. Bruno haßte die ärmliche, harte, von Ordnung und Nüchternheit säuerlich riechende Wohnung und den ewig nörgelnden, moralisierenden Vater mit seiner unabsehbaren Krankheit, der die glücklichen Zukunftsbilder dieser Jugend aussaugte und auffraß.

• • •

Bruno klagte öfters vor ihr über seine Abhängigkeit anläßlich eines herrlichen Konzertprogramms oder einer auserlesenen Aufführung in der Oper. Er wußte, wie schwer es für sie war, sich abends freizumachen. Er verheimlichte ihr deshalb lange, daß er sich schon allein in der Stadt zurechtfinden konnte.

Es war eine Freude, neben ihr zu sitzen, wenn alles in ihr mitsang, sie sich und der Welt fern, nur Wille dieser Töne schien. Wie sie unglücklich war, wenn etwas auf der Bühne schlecht gemacht wurde, namentlich ihre eigenen Partien! Und wie sie, ganz heiß von kindlichem Vergnügen, außer sich geriet, wenn sie es sich genau so gedacht hatte oder neues nach ihrem Sinn war! Bruno mußte lächelnd an Lizzis Ausspruch denken: Sie wird nie eine Künstlerin; sie hat ja gar keinen Neid, keine Eifersucht!

Am schönsten war immer der Heimweg durch die Nachtstille; manchmal im knirschenden Schnee, der den Straßen viel von ihrem Stadtcharakter nahm. Sie war ganz still vom Glück der losgelösten Stunden, das sie nun mit sich nahm in den Kummer, die Arbeit und Sorgen ihrer Tage. Sie hätte die dumpfe, hoffnungslose Luft zu Hause wohl ohne solche Hilfe nicht ertragen! Sie brachte es dahin, wenn sie im stillen Krankenzimmer Partituren las, ihre Stimme zu hören, ihre Gestalt mit allen Bewegungen auf der Bühne vor sich zu sehen.

• • •

Lizzis erstes Auftreten in der Staatsoper war eine Sensation. Es war journalistisch und gesellschaftlich umsichtig vorbereitet und wurde in richtiger Weise ausgenützt. Ein neuer Stern, eine große Hoffnung!

Vergeblich! Sie trat kein zweitesmal wieder auf, obgleich sie auch keine andere auswärtige Anstellung annahm; sie zog sich ins Privatleben zurück. Niemand konnte es sich erklären. Liptus, so hieß es, habe das Haus voll hungriger Augen, die Blumen und Briefe am Morgen, ihre verschiedenen Stellungen in den Schaufenstern der Photographen rasend gemacht, und sie habe ihm versprechen müssen, die Bühne nicht mehr zu betreten. Womit er sie zu solch einem Opfer bewogen hatte, wußte man nicht.

Die Mutter, auf die der strahlende Debuterfolg nur wenig gewirkt hatte, erschrak über diese Wendung sehr; sie hatte früher davon Kenntnis als alle anderen, war ganz fassungslos. Bruno drang in sie; aber sie wollte lange nicht zugeben, daß ein besonderer Grund vorlag. Sie hatte seinerzeit einen Teil der Schulden, um Lizzi beim Studium mit Sorgen nicht allzu sehr zu beschweren, vor ihr verheimlicht, und die Gläubiger, immer mit dem kommenden Erfolg vertröstet, sahen sich nun genarrt und wurden rücksichtslos. „Was, wenn sie sich an Lizzi wenden? Sie drohen damit," klagte sie, „das könnte ihr in ihrer jetzigen Lage alles verderben!"

In ihrer jetzigen Lage? dachte Bruno, was wußte denn die Mutter? Kein Mensch hatte mit ihr je darüber gesprochen!

Sie wollte ihre kleine Pension verpfänden und als Wirtschafterin in Stellung gehen. Sie könnte die Arbeit noch sehr gut leisten! Aber die Leute sahen so sehr aufs Aeußere; sie war allen zu alt.

Bruno wurde das Herz schwer: Hatte er je schon bei seiner Arbeit an anderes als an sich selbst gedacht? Seit Kröß ihm von dem, was er konnte, nichts mehr zu geben hatte, war er zur höheren Ausbildung bei einem großen Meister, einem bekannten Komponisten. Eine Stunde kostete so viel, wie er in einer Woche verdiente. Aber nun war es wohl an ihm, auch etwas zu leisten!

Der alte Herr in der Jakobskirche übergab seine Orgel noch nicht so bald, wie es den Anschein gehabt hatte; doch Bruno konnte längst die ersten Jahrgänge im Klavierspiel schon selbst unterrichten. Freilich war es nicht leicht, Schüler zu finden. Mutter, Vilma, Kröß warben in weitem Bekanntenkreis. Der Blinde mußte erst seine Fähigkeit durch Ergebnisse beweisen. Den begabten Knaben einer Waschfrau, den ihm Kröß einmal gebracht hatte, hatte er nach kaum einem Dreivierteljahr dem Konservatoriumsdirektor vorgeführt und konnte sicher sein, daß ihm die Gründung einer Musikschule bewilligt würde und er um Schülerzuspruch sich nicht würde sorgen müssen. Aber das war Hoffnung für spätere Zukunft.

Er wendete sich an Schorsch, den Korkstöpsel, den tüchtigen Kameraden aus der Blindenanstalt, der sich als „Salonpianist" schon eines guten Rufes erfreute. Der führte Bruno in Wirtshäusern am Rande der Vorstadt mit zahlungskräftigem Publikum ein, wo er die Nacht durch in Lärm und Schweiß und Staub zum Tanze aufspielte. Aber das genügte bei weitem nicht; Bruno mußte sich noch nach anderem umsehen. Er begleitete bei vornehmen Tanzstunden, Kränzchen, Hausbällen, half in einem Kabarett aus, versuchte es eine Zeitlang im Kino.

Er brauchte dazu immer neues, immer wechselndes Programm, und Vilma, die ihm bei der Einstudierung half, war seit einem beim Vater neueingeschlagenen Heilverfahren ganz ans Haus gebunden.

Da saß er denn oft bis tief in die Nacht bei ihr, von eigener Müdigkeit und den Schwierigkeiten der raschen und genauen Arbeit so benommen, daß er nicht bemerkte, wie schwer Vilma, erschöpft von ihrem langen Tag, zuweilen ihre Aufmerksamkeit für die Arbeit beisammen halten konnte.

Der Vater, durch Beruhigungsmittel nach argen Schmerzen in einem Dämmerzustand, unterhielt sich in seinem Lehnstuhl am selben Tisch halblaut mit längst verstorbenen Jugendfreunden und Verwandten.

(Fortsetzung folgt.)

Moderne Heiztechnik.

Das Fernheizwerk Charlottenburg.

Die Ersetzung des Stubenofens durch Zentralheizung war ein Fortschritt, der zu den Kleinwohnungen der unbemittelten Bevölkerung nur erst vereinzelt hat vordringen können. Inzwischen hat die Heiztechnik sich so weiterentwickelt, daß bereits an Ersetzung der Hauszentralheizungen durch Fernheizwerke gedacht wird.

Das Charlottenburger Fernheizwerk, das aus einer zunächst für die Rathausbeheizung geschaffenen Anlage zu einer allgemeinen Wärmelieferungsanlage erweitert wird, ist in Groß-Berlin ein Anfang dauernder Wärmelieferung für Wohnhäuser. Die Berliner Elektrizitäts-Werke A.-G. liefert von ihrem Kraftwerk Charlottenburg, dem das Fernheizwerk angegliedert ist, Dampf für die Beheizung öffentlicher und privater Gebäude. Nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes des von der BEWAG gebauten Fernheizwerks werden seit Anfang Oktober 32 Gebäude von dort aus beheizt, 23 städtische, 2 staatliche, 7 private, im einzelnen: 1 Rathaus, 1 Krankenhaus, 1 Stadtbad, 6 Schulen, 15 Verwaltungsgebäude, Turnhallen usw. und 7 Wohnhäuser. Der Dampf wird aus den Hochdruckturbinen des Kraftwerkes mit 2 Atmosphären Spannung entnommen und durch in Betonkanälen liegende Straßenleitungen von 300—400 Millimeter Durchmesser, wovon seit Ende Juni bis jetzt 5000 Meter verlegt worden sind, zu den Verbrauchsstellen geleitet. Einstweilen reicht die Anlage aus zur Versorgung von noch weiteren 70 vierstöckigen Wohnhäusern. Nach dem vollen Ausbau dieses ersten Fernheizwerkteiles würde das Gebiet zwischen Spreestraße, Goethestraße, Hardenbergstraße, Wilmersdorfer Straße mit Wärme beliefert werden können, aber hiermit wäre die verfügbare Abwärme aus dem Kraftwerk noch nicht erschöpft. Die BEWAG denkt bereits an eine Fernbeheizung auch der Gegenden am Lietzensee und am Kurfürstendamm und prüft zurzeit, wie weit sie möglich sein wird. Dem Fernheizwerk sind Dampfheizungen und auch Warmwasserheizungen und Warmwasserbereitungsanlagen angeschlossen. Von Fernheizwerken, die in anderen Städten bereits eingerichtet sind, unterscheidet sich das Charlottenburger Fernheizwerk dadurch, daß es Wärme auch im Sommer zur Warmwasserbereitung liefern wird. Der Bezug von Wärme aus dem Fernheizwerk bietet den Vorteil, daß die Wärmebeschaffung billiger wird als bei einer Hauszentralheizung oder gar bei Ofenheizung und Herdfeuer. Die Ersparnis wird auf 10—15 Prozent geschätzt. Man kann die Wärmezufuhr je nach Bedarf einstellen oder abstellen, während Oefen und Herde mit Brennstoff oft über Bedarf gefüttert werden. Das Fernheizwerk liefert Dampf bei Tage und bei Nacht. Der Druck regelt sich automatisch, und der Verbrauch wird an dem sich bildenden Kondenswasser gemessen, das durch einen Messer geht.

Der Raubmord in Neukölln.

Der Angeklagte will nicht die Tat gestehen.

Die Vernehmung des Angeklagten wie auch die Beweisaufnahme ergaben eine Reihe äußerst belastender Momente gegen den Angeklagten Schuhmann; sie verdichteten sich gegen Ende der Sitzung derart, daß der Vorsitzende, auf Anregung der Verteidiger, den Angeklagten ermahnte, die Tat zu gestehen, falls er sie wirklich begangen haben sollte. Schuhmann erklärte jedoch mit aller Bestimmtheit, mit der Tat nichts zu tun zu haben.

Die Ermahnungen des Vorsitzenden werden allein schon aus der Vernehmung der Zeugin Böhle verständlich. Es war dieselbe Frau, die in den Keller trat, in dem sich die Geschäftsräume des ermordeten Wurzel befanden, als der Mörder noch da war. Er fiel über die Frau Böhle her, packte sie am Hals, warf sie zu Boden und schlug auf sie mit einem Gegenstand ein. Als sie aus ihrer Bewußtlosigkeit zu sich kam, sagte sich zu ihm: Ich bin doch zu Wurzel gekommen, was wollen Sie von mir? Er erklärte ihr, er sei Wurzel, und sie solle sich ruhig verhalten, sonst würde er sie töten. Sie schloß die Augen, hörte ihn rascheln, dann mit einem Menschen sprechen, der an die Tür klopfte, und schaute ihm nach, als sie merkte, daß er davonzugehen beabsichtigte. Sie sah einen mageren jungen Menschen mit einem weichen, modernen Hut auf dem Kopfe und einen modernen anschließenden Mantel. Obgleich der Täter damals ohne Brille war, erkennt die Zeugin jetzt in dem Angeklagten denselben Mann, der sie gewürgt hat. Nebendem auf dem Boden liegenden Wurzel will sie ein Beil gesehen haben. Noch belastender gestaltete sich das gerichtlich-medizinische Gutachten des Dr. Hommerich. Der Getötete wies drei schwere Kopfverletzungen auf: an der Stirn, am rechten Scheitelbein und am Hinterkopf. Von besonderer Bedeutung ist der Umstand, daß oberhalb der Stirnwunde sich eine kleine bogenförmige Verletzung der oberen Hautschichten befand, die eine Spannweite von 1,5 Zentimeter aufwies. Der Stiel des Schuhmanns Wirtsleuten gehörigen Beiles trug aber an seinem oberen Ende, das ein Stückchen über das Beil hinausragte, einen Metallbeschlag von gleicher Spannweite. Die kleine bogenförmige Hautverletzung soll nun von diesem Metallbeschlag herrühren. Als nun der Vorsitzende in Anbetracht der schwer belastenden Tatsache des Vorhandenseins dieser kleinen Stirnwunde den Angeklagten ermahnte, der Wahrheit die Ehre zu geben, erklärte, er daß es wohl nicht das einzige Beil dieser Art sei, und daß er dieses Beil nie in den Händen gehabt habe. Von Bedeutung war noch der Teil der Aussage des Kriminalkommissars Werneburg, der die Herkunft der vom Angeklagten am 24. Dezember verausgabten 100 Mark behandelte. Der Angeklagte hatte behauptet, er habe das Geld von seinem Onkel erhalten. Das erwies sich als falsch. Ein an seinem Onkel geschriebener Brief belastet den Angeklagten außerordentlich. Die Verhandlung dauert heute fort.

Eröffnung einer internationalen Eisenbahnkonferenz.

Die internationale Konferenz über den Personenverkehr Ferner Osten—Europa ist am Freitag nachmittag in einem Festsaal des ehemaligen Herrenhauses in Gegenwart von rund 100 Delegierten aus 13 Staaten eröffnet worden. Die Konferenz ist von großer Bedeutung sowohl für Europa als auch für die asiatischen Länder, da sie den durch den Weltkrieg zerstörten durchgehenden Eisenbahnverkehr von den westeuropäischen Ländern bis nach dem fernen Osten wieder herstellen und noch erweitern soll. Aus der Anwesenheitsliste ging hervor, daß folgende 13 Staaten vertreten sind: Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Rußland, Polen, Japan, China, Tschechoslowakei, Italien, Estland, Lettland und Litauen. Nach einleitenden Worten des stellvertretenden Direktors des Volkskommissariats für das Verkehrswesen in Moskau Schoukhoff hielt der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn Dr. Dorpmüller eine Begrüßungsansprache, in der er die Wichtigkeit der Völkerverbindung zwischen Europa und dem fernen Osten betonte. Das gemeinsame Bestreben, die durch den Krieg zerstörten internationalen Verbindungen wieder aufzubauen und in jeder Weise zu erleichtern, hat in den letzten Jahren die Vertreter der Eisenbahnen aller Länder immer wieder erfolgreich zusammengeführt. In normalen Zeiten benutzen in jedem Monat 10 000 Menschen den Weg zwischen Europa und dem fernen Osten. Es gilt, eine 45tägige Seereise durch eine zwölftägige Eisenbahnfahrt zu verkürzen. Man trat sodann in die Beratungen über das sehr umfangreiche Programm ein, die etwa 14 Tage in Anspruch nehmen dürften.

Ein Berliner Betrüger in der Schweiz verhaftet. Auf Grund eines Steckbriefes der Berliner Kriminalpolizei konnte am Donnerstag vormittag in Flums im Schweizer Kanton St. Gallen der 29jährige Berliner Bankbeamte Ernst Müller verhaftet werden. Müller hat als Kassierer des Bankhauses Marcus 30 000 Mark unterschlagen. Als er mit Entdeckung rechnen mußte ging er flüchtig und trieb sich seitdem in verschiedenen Städten der Schweiz herum.

Weil der Richter ein Jude war!

Schwere Richterbeleidigung – Ein Justizrat als Anstifter?

Vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich gestern der 71jährige frühere Gutsbesitzer und spätere Opernsänger und Konzertmeister Ritter Robert Hans Voigtländer wegen Beleidigung des früheren Vorsitzenden der Ehescheidungskammer des Landgerichts III, Landgerichtsrat Dr. Rosenthal, zu verantworten, weil er denselben in mehreren Zuschriften und auch in Eingaben an den Landgerichtspräsidenten, Kammergerichtspräsidenten und den Justizminister der Rechtsbeugung beschuldigt hatte.

Der alte Herr hatte mit 68 Jahren nochmals geheiratet. Die späte Ehe war aber unglücklich, und es wurde von beiden Seiten Ehescheidung beantragt. Die 3. Zivilkammer hatte die Ehe geschieden und den Angeklagten als den schuldigen Teil bezeichnet. Das Kammergericht hatte jedoch das Urteil in mehreren Punkten abgeändert und beide Teile als schuldig erklärt. Der Angeklagte hatte nun nach Erledigung des Ehescheidungsprozesses an den Richter Briefe geschrieben, in denen er ihn der Parteilichkeit, Unfähigkeit und Oberflächlichkeit beschuldigt. Als darauf nichts erfolgte, hatte er gegen sich selbst ein Strafverfahren beim Landgerichtspräsidenten verlangt. Auf den Bescheid, daß kein Anlaß zum Einschreiten vorliege, kam er mit schwererem Geschütz und behauptete, daß

eine Rechtsbeugung gegen ihn verübt

worden sei. Nunmehr erreichte er seinen Zweck und wurde angeklagt. Er verteidigte sich damit, daß er im allgemeinen Interesse diesen Richter, unter den die Ehescheidungskammer in den Ruf dieser gefürchteten Kammer gekommen sei, anklagen wolle. Im übrigen seien alle drei Richter schuldig, die ein falsches Urteil bewußt gefällt hätten. Auf die Frage des Amtsgerichtsrats Koßner, was Landgerichtsrat Rosenthal für einen Grund zu einem pflichtwidrigen Verhalten gehabt haben soll, erwiderte der Angeklagte: „Das liegt in der Gegensätzlichkeit zwischen Demokrat und Aristokrat." — Vors.: Woher wissen Sie, daß er Demokrat ist? — Angekl.: Ich nehme es an. Die Demokraten sind die schlimmsten Feinde der Aristokraten. — Vors.: Wenn Sie aber hören, daß Landgerichtsrat Dr. Rosenthal lediglich zuletzt bei der mündlichen Verhandlung, in der der Verkündungstermin eingesetzt wurde, den Vorsitz geführt hat und daß die Beweisaufnahme und

die Ausfertigung des Urteils von einem anderen Richter vorgenommen worden ist, der Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei

ist, dann bricht doch Ihr ganzes Gebäude zusammen. — Angekl.: Landgerichtsrat Dr. Rosenthal hat mich in der Verhandlung immer höhnisch angeblinzelt, und er hat dann auch seinen lokalen Machtwillen den anderen Richtern aufgezwungen.

Der als Zeuge vernommene Landgerichtsrat Dr. Rosenthal erklärte, daß es ihm gleichgültig sei, ob ein Demokrat oder Aristokrat vor der Kammer erscheine. Auf die Frage des Angeklagten, warum er nicht auf seinen Brief gleich Strafantrag gestellt habe, erklärt der Zeuge: „Weil ich den Eindruck hatte, es mit einem kranken Manne zu tun zu haben. Der Angeklagte stand mir genau so fern wie die Ehefrau." Der Angeklagte hat sich besonders auf Justizrat Schmielinski aus Charlottenburg berufen, der mit ihm in ein und demselben Hause wohne und der in Briefen bestätigt hätte, daß Dr. Rosenthal eine Rechtsbeugung als Demokrat verübt habe. Er habe ihn auch veranlaßt, an den Landgerichtspräsidenten zu schreiben und

von Zuständen beim Landgericht III zu sprechen, die in der Negerrepublik Liberia höchstens entschuldbar

wären. Justizrat Schmielinski, der dann vernommen wurde, mußte zugeben, daß er dem Angeklagten einige Briefe geschrieben hat. Nach der Abänderung des Urteils durch das Kammergericht hatte er geschrieben: „Hoffentlich steckt sich Landgerichtsrat Dr. Rosenthal dieses Urteil hinter die Ohren und hoffentlich wird die Urteilsbegründung seinem Gehirnkasten näherkommen." In einem zweiten Brief von vier Seiten Länge schreibt er: „Das Urteil der Zivilkammer ist nicht von einem deutschen Richter gemacht, sondern von einem jüdischen Demokraten. Die Entscheidung der I. Instanz ist nur zu erklären durch die Borniertheit der Kammer und die falsche Einstellung eines jüdischen Demokraten gegen einen deutschen Aristokraten." Justizrat Schmielinski gab zu, die Briefe zwar geschrieben zu haben, es sei aber nicht seine Idee gewesen, sondern er habe nur die Ideen des Angeklagten übermittelt. Der Vorsitzende drückte dagegen die Ansicht aus, daß diese Briefe die Gedankengänge eines Juristen, nicht aber eines Laien enthielten. Justizrat Schmielinski erklärte daraufhin weiter, er sei bei dem zuständigen Landgerichtspräsidenten vorstellig geworden, Dr. Rosenthal nicht mehr mit der Sache zu betrauen, da dieser nicht imstande sei, objektiv zu richten. Den Vorwurf bewußter Rechtsbeugung wolle er Dr. Rosenthal allerdings nicht machen. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde dann Justizrat Schmielinski als Zeuge nicht vereidigt, da gegen ihn der Verdacht zur Anstiftung der Tat bestehe. Staatsanwalt van Haut gab außerdem die Erklärung ab, daß der Anwalt sich wegen seines Vorgehens noch zu verantworten haben werde. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 300 Mark. An sich wäre die Höchststrafe am Platze gewesen, da von den Vorwürfen gegen Landgerichtsrat Dr. Rosenthal und seiner Kammer nicht der Schatten eines Beweises erbracht sei. Nur das hohe Alter des Angeklagten habe eine Strafmilderung bewirkt. Das Vorgehen des Angeklagten sei zudem auf Justizrat Schmielinski zurückzuführen, der als alter Jurist leichtfertig gehandelt habe.

Oeffentl. Werbeversammlungen

Heute, Sonnabend, den 23. Oktober:

Bohnsdorf: 7 Uhr im Lokal Sorge, Rahnsdorfer Mühle. Referent: Professor Dr. Reinhard Strecker.

Kaulsdorf-Süd: 7½ Uhr im Restaurant „Jägerheim". Referent: Franz von Puttkamer.

Blankenburg: 7½ Uhr im Lokal Klug, Dorfstr. 2. Referent: Erich Kuttner, M. d. L.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Die Werbung geht weiter!

Abend für Abend finden unsere Werbeveranstaltungen statt, und sie stellen in denjenigen Stadtteilen den stärksten Magneten des Abends dar. In Massen erscheint die Bevölkerung. Zahlreiche Aufnahmeerklärungen und Abonnements auf den „Vorwärts" sind das praktische Ergebnis.

Die Parteigenossen der 8. Abteilung des Kreisvereins Tiergarten veranstalteten gestern abend einen Werbeumzug und anschließend eine Versammlung im Nationalhof, Bülowstraße. Schon als der Zug unter Vorantritt eines Tambourkorps und einer Musikkapelle durch die Straßen marschierte, sammelten sich in stattlicher Anzahl Passanten, die den Zug begleiteten und auch an der Versammlung teilnahmen. Nach anderthalbstündigem Ummarsch zogen die Genossen in den Versammlungssaal ein, und dort sprach im gut besetzten Saal Genosse Lempert über den Kampf um die politische Macht. Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick legte Genosse Lempert Ziel und Aufgaben der Partei dar und verband damit eine Aufforderung, sich der Partei anzuschließen, denn eine Arbeiterpartei, die Erfolg haben will, muß eine Massenpartei sein. Sehr beachtet wurden die erläuternden Ausführungen des Genossen Lempert über den Fürstenvergleich und die Regierungstätigkeit der Sozialdemokratie. Eine Ablehnung des Vergleichs hätte das Zerbrechen der preußischen Koalition zur Folge gehabt. Damit wäre das starke Bollwerk der zuverlässigen Schutztruppe verschwunden und bei Zeiten wie 1923 wäre die Sicherheit Preußens und des Reiches gefährtet.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich gestern abend der Werbeumzug unserer Tegeler Genossen, unterstützt von den Genossen des Reichsbanners Reinickendorf. Der Zug nahm unter Vorantritt von zwei Musikkapellen seinen Weg vom Bahnhofsplatz durch die Straßen Tegels und endete am Kirchplatz, wo Genosse Krüger in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung unserer Werbeveranstaltungen hinwies und die Notwendigkeit der Stärkung unserer Partei betonte. Unterwegs stießen zu dem Zuge, der zahlreiche Transparente und Fahnen mit sich führte, Hunderte hinzu, die unsere Flugblätter und Schriften freudig entgegennahmen. Einige unentwegte Kommunisten konnten es nicht unterlassen, neben dem Zuge herzulaufen und dumme Redensarten zu führen. Sie fanden mit ihren Mätzchen keinen Anklang.

Die „Bewag" wird Stromlieferant für die Stadtbahn

Am gestrigen Freitag fanden erneut Verhandlungen zwischen der Reichsbahngesellschaft und der Direktion der Städtischen Berliner Elektrizitätswerke über die Stromversorgung der Stadtbahn, deren Elektrifizierung nunmehr in Angriff genommen worden ist, statt. Es handelte sich bekanntlich darum, ob es möglich sein würde, zwischen der Reichsbahn und der „Bewag" zu einem annehmbaren Stromlieferungsvertrag für diese Zwecke zu kommen, oder ob die Reichsbahngesellschaft etwa durch die Errichtung eines eigenen Kraftwerkes zu einer günstigeren Stromlieferung gelangen würde. Das Großkraftwerk Rummelsburg hatte auf die Versorgung der elektrifizierten Stadtbahn gerechnet. Die gestrigen Verhandlungen haben nun zu einer Verständigung dahingehend geführt, daß die „Bewag" in Gemeinschaft mit den Elektrowerken in Zschornewitz den für die Stadtbahn notwendigen Strom liefern soll. Die Verhandlungen stehen kurz vor dem Abschluß, und es ist beabsichtigt, einen mehrjährigen Lieferungsvertrag abzuschließen, durch den 100 Millionen Kilowatt Strom geliefert werden, und zwar zur Hälfte von der „Bewag" und zur anderen Hälfte von den Elektrowerken. Das Lieferungsabkommen soll Anfang des Jahres 1928 beginnen und zum 1. Oktober 1928 zur vollen Auswirkung kommen. Das Abkommen wird, wie wir hören, im Laufe der nächsten Wochen endgültig unterzeichnet werden.

Der Autobus richtet Nachtverkehr ein.

Nachdem die verlängerte Polizeistunde in Kraft getreten ist, wird von den Berliner Verkehrsunternehmungen die Aboag einen besonderen Nachtverkehr auf folgenden Linien einrichten: Potsdamer Platz—Halensee (4), Wedding—Hermannplatz (5), Stettiner Bahnhof—Steglitz (8), Weißensee, Antonplatz—Wilmersdorf, Kaiserplatz (9), Pankow, Berliner Straße—Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Platz (11), Turmstraße, Ecke Gotzkowskystraße—Neukölln, Hermannplatz (19), Stephanplatz (Moabit)—Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde (20), Westend (Krankenhaus) über Zoo durch Friedenau nach Zehlendorf (Bahnhof Mitte, Rathaus) und Pankow, Breite Straße—Neukölln, Hermannplatz (29). Nach dem Fahrplan, der in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag, 23. auf 24. Oktober, in Kraft tritt, fahren auf den einzelnen Linien die ersten Wagen von den Endhaltestellen kurz nach 1 Uhr ab, die letzten Wagen zwischen 3 und 4 Uhr. Die Fahrtabstände betragen 10 bis 20 Minuten, auf der Linie Potsdamer Platz—Halensee 5 bis 10 Minuten; auf der Linie 5, Stettiner Bahnhof—Steglitz, wird in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag ein durchgehender Betrieb eingerichtet.

Ein „Farmfabrikant" vor Gericht.

Ein Kautionsschwindler stand gestern in dem 35jährigen Kaufmann Hermann Mattern vor dem Erweiterten Schöffengericht Neukölln. Der Angeklagte hat ein wechselvolles Leben hinter sich. Bei Kriegsausbruch wurde er in Amerika interniert und kam erst im Jahre 1919 nach Deutschland zurück, nachdem er in Nordamerika angeblich Beziehungen zu großen Firmen angeknüpft hatte. Mit einem Geschäft, das er hier betrieb, geriet er in Konkurs und verbüßte in den Jahren 1922 bis 1926 eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren wegen Konkursverbrechens. Erst am 16. Juni dieses Jahres wurde er aus der Haft entlassen. Sofort setzte er ein großangelegtes Schwindelmanöver in Szene. In Inseraten suchte er Mitarbeiter, die sich an der Gründung einer „Deutschen Kolonie in Venezuela" beteiligen sollten. Auf das Inserat hin meldeten sich sehr viele Bewerber. Mattern schilderte den Bewerbern die Aussichten, die ihnen dort drüben blühen sollten, in den reizvollsten Farben. Die Kosten der Ueberfahrt wollte er übernehmen. Das Geld dazu sollten ihm seine bekannten nordamerikanischen Firmen liefern. 150 Kilometer südlich von Bolivia wollte Mattern große Plantagen und Farmen begründen. Zuerst sollten die Bewerber dort auf einer Landwirtschaftsschule Ackerbau lernen, dann sollten sie mit

Ein Hohn auf den Bubikopf

ist struppiges und widerspenstiges Haar, das von der viel gepriesenen jugendlichen Anmut nicht das geringste ahnen läßt und zugleich abschreckend zeigt, wohin die Vernachlässigung der Pflege führt. Da gibt's nur eine Hilfe: regelmäßiges Waschen mit Pixavon. Pixavon gibt dem Haar schimmernden Glanz und die Geschmeidigkeit, die den eleganten Sitz der Bubifrisur ermöglicht.

Keine der gewöhnlichen flüssigen Teerseifen hat auch nur annähernd die Wirkungen von Pixavon. Bestehen Sie fest auf „Pixavon" (nur in geschlossenen Originalflaschen), sowohl für die häusliche Haarwäsche, wie auch für die im Friseursalon.

Fordern Sie kostenlos von uns Abbildungen neuer Bubenkopfschnitte für Winter 1926.

LINGNER-WERKE Dresden

Art und Spaten das Land urbar machen. Bei einem guten Gehalt wurde ihnen ein herrliches Leben prophezeit. Nach fünf Jahren sollte jeder Auswanderer eine Farm verwalten und dann schließlich als Eigentum erhalten. Der Angeklagte verlangte von seinen Bewerbern eine „Sicherheit“ in Höhe von 120 Mk. Vorsichtshalber erkundigten sich aber einige der Bewerber bei der Gesandtschaft von Venezuela, die das Unternehmen als Schwindel bezeichnete. Vor Gericht hatte sich Mattern wegen Betruges und wegen Anwerbern von Auswanderern ohne behördliche Genehmigung zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten; das Gericht verurteilte ihn zu 10 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

„Kleine Zuwendungen.“

Zwei Postbeamte und ein Betriebsleiter verhaftet.

Die Kriminalpostdienststelle hatte ermittelt, daß zwei Postbeamte, der 32 Jahre alte technische Oberpostsekretär Richard Mareske aus der Annenallee 2 zu Köpenick, und der technische Oberpostsekretär Friedrich Groenandt aus der Kurischen Straße 24, ein Mann von 60 Jahren, der seit 30 Jahren im Postdienst steht, von dem Vorsteher der Zweigniederlassung der Deutz-Motoren-Aktiengesellschaft, dem Oberingenieur Hugo Gossing aus der Johanna-Stegen-Straße 22 zu Steglitz, dauernd Schmiergelder erhielten. Die Bestechungen Mareskes reichen bis in das Jahre 1921 zurück, bei Groenandt begannen sie etwas später. Die Oberpostdirektion Berlin stand seit 1921 mit Deutz-Motoren in Verbindung. Sie erhielt von ihr nicht nur Motore, sondern auch Oele geliefert. Mareske hatte hauptsächlich mit Motoren zu tun. Die Geldlieferungen wurden von Groenandt besorgt. Mareske erhielt nun für jede Lieferung 5 bis 10 Proz. des Wertes der gelieferten Ware und für jede Montagestunde, die Angestellte der Firma in seinem Auftrage leisteten, 20 Pfennig. Groenandt bekam für Oelbestellungen ebenfalls 10 Proz. des Wertes der gelieferten Mengen. Die Beschuldigten leugneten anfangs jede Bestechung. Nach einer Durchsuchung der Wohnung Mareskes räumte dieser schließlich ein, mindestens 4000 Mark erhalten zu haben. In Groenandts Wohnung fand man ein Bankbuch über 15 000 M. Bareinlage und Aktien im Werte von ebenfalls 15 000 M. Er behauptete zunächst, daß er das Geld alles durch Spekulationen erworben habe. Die Beschuldigten waren schließlich geständig. Gossing behauptet, daß die beiden Postbeamten an ihn herangetreten seien. Er habe ihnen auch nicht Provisionen oder Schmiergelder gegeben, sondern nur kleine Zuwendungen gemacht, um sie zu veranlassen, geringe Mängel bei den Lieferungen nicht sofort weiterzumelden, sondern sich um Beseitigung zunächst an ihn zu wenden. Die beiden Beamten dagegen erklären übereinstimmend, daß sie von Gossing zur Annahme von Schmiergeldern verleitet worden seien. Die Postverwaltung ist kaum oder gar nicht geschädigt. Gossing hat die Zuwendungen auf Kosten der Firma gemacht nur, um die Aufträge überhaupt zu bekommen.

7000 Dutzend Krawatten als Diebesgut.

Eine Reihe großer Konfektions- und Pelzwareneinbrüche, die in der letzten Zeit verübt wurden, ließen erkennen, daß eine gut organisierte Bande von mehreren Mitgliedern am Werke sein mußte. Nach langwierigen Beobachtungen ist es gelungen, vier Einbrecher festzunehmen. Die vier Verhafteten haben bisher sechs große Einbrüche in Konfektions- und Pelzwarengeschäften zugegeben. Auf ihr Konto kommt zum Beispiel auch der Einbruch an der Spandauer Brücke, bei dem sie nicht weniger als 7000 Dutzend seidene Herrenkrawatten erbeuteten.

Der Großstadtverbrecher.

Unter den vielen Vorträgen, die im Rahmen der Polizeiausstellung gehalten wurden, ist der des Leiters der Berliner Mordkommission, Kriminalrat Gennat, über den Großstadtverbrecher erwähnenswert. Gennat schilderte die Wandlungen, die in der Verbrecherzunft vor sich gegangen sind. Die Ganoven haben sich im höchsten Maße spezialisiert. So entstand der Fassadenkletterer, als die Tür derart geschützt wurde, daß durch sie ein Eintritt in die Wohnung unmöglich wurde. Auch der „Schlüsselkavalier“, der mit dem Dienstmädchen anbandelt, um auf diese Weise in die Wohnung hineinzukommen und sie auszuplündern, ist neueren Datums. Das Publikum, das seine Kenntnisse über Verbrecherbekämpfung in erster Linie aus den Detektivromanen schöpft, besitzt ganz falsche Vorstellungen von der Arbeit der Kriminalbeamten und von der Eigenart der Verbrecher. Der Verbrecher bietet nicht selten den Typ des ausgesprochenen Kavaliers. Das Verhältnis der Kriminalbeamten zum berufsmäßigen Verbrecher ist gerade durch den Umstand, daß gewisse Beamte sich stets mit denselben Verbrechensarten befassen, oft ein sehr zutrauliches. So konnte Kriminalrat Gennat einen Brief verlesen, in dem ein Kollidieb nach Verbüßung seiner Strafe sich an ihn mit der Bitte wandte, ihm Arbeit zu besorgen. In einem anderen Brief bedankte sich ein bekannter Mörder für die gute Behandlung, die ihm durch den Kriminalkommissar und dessen Beamten zuteil geworden war. Zur Illustrierung des Vortrages zeigte Kriminalrat Gennat eine Reihe höchst interessanter Lichtbilder.

650 : 1 600 000.

Im Jahre 1905 war der Bielefelder Geistliche v. Bodelschwingh daran gegangen, zur Behebung der Not der Obdach- und Arbeitslosen auch in Berlin Arbeiterkolonien zu gründen. Es wurden zwischen Bernau und Rüdnitz die Kolonien Hoffnungstal, Gnadental und Lobetal angelegt, deren kirchlich-konfessioneller Charakter für unser Empfinden allzu aufdringlich sich bereits in den Namen äußert. Die Unternehmen hatten in Kriegs- und Inflationszeit sehr zu kämpfen, aber heute sind sie bereits wieder so weit, daß ihr Leiter, Pastor Braun, in Berlin, seinen Vororten und im Lande mit einem Filmvortrag reisen kann, um vor einem fast immer nur kirchlich interessierten Kreis über das Werk zu berichten. Die durchaus schlichte, offene und natürliche Art des Redners, der glücklicherweise jeder Phrase abhold zu sein scheint, und der außerordentlich geschickt und eindrucksvoll gearbeitete Film sind Anlaß, darüber mit einigen Worten zu sprechen. 650 Arbeits- und Obdachlose können die drei Kolonien im Norden Berlins unterbringen, und Pastor Braun gibt ohne weiteres zu, daß er nicht daran denken könne, das Elend der 1 600 000 Arbeitslosen in Deutschland nur um ein weniges zu lindern. Trotzdem verzagt er nicht und arbeitet in seinem kleinen Reich mit einer Anzahl Helfern weiter. Ueber 1000 preußische Morgen, also den Umfang eines veritablen Rittergutes, hat man dort unter Pflug und Spaten. An fünf anderen Stellen in Deutschland sind ähnliche Kolonien entstanden, u. a. in Dreibrück bei Nauen und in Reichenwalde bei Saarow. Wenn man eine gewisse konfessionelle Beengtheit, die ja immer noch zu wenig auf den leidenden Menschen schlechthin als auf den Christenmenschen sieht, abzieht, so bleibt doch ein Werk, dem man Achtung entgegenbringen muß. Aber im Hintergerund dieses kleinen, mit Fleiß, Liebe und Freude für 650 Menschen getanen Werkes erhebt sich furchtbar, wie dräuendes Unwetter die Not der 1600000 Arbeits- und Erwerbslosen. Hier kann nur ein alle konfessionelle Grenzen überschreitender, allumfassender Sozialwille helfen.

Eine weitere Erhöhung der Hundesteuer — in unserem Stadtverordnetensitzungsbericht stand infolge eines Druckfehlers irrtümlich: Grundsteuer — ist durch die Stadtverordnetenbeschlüsse über den Nachtrag zum Stadthaushaltplan überflüssig gemacht worden.

„Typographia“. Achtung, Sänger! Das Ständchen für Koll. Schiller am Sonnabend, 23. Oktober, findet nicht statt.

50jähriges Arbeitsjubiläum. Der Knopfpolierer August Maeß, Landsberger Allee 40, begeht am 23. Oktober sein 50jähriges Arbeitsjubiläum bei der Knopf- und Metallwarenfabrik Maedicke.

Zuchthaus für einen Eisenbahnattentäter.

Das Hirschberger Schöffengericht verurteilte den Landarbeiter Alfred Gräbel aus Hartenberg wegen vorsätzlicher Gefährdung eines Eisenbahntransports zu 1½ Jahren Zuchthaus. Gräbel hatte am 14. September dieses Jahres, also einige Wochen nach dem Leiferder Eisenbahnunglück, auf der Strecke Petersdorf—Schreiberhau einen schweren Felsblock auf die Gleise gewälzt und sich in unmittelbarer Nähe hinter einem Strauch verborgen, um den Erfolg seiner Tat zu sehen. Er wurde entdeckt und gab an, er habe den Felsblock auf die Schienen gewälzt, um einmal ein richtiges Eisenbahnunglück zu sehen.

Handgranaten auf den Schienen. Wie aus Magdeburg gemeldet wird, fanden in der Nähe des Ueberganges Zibberick—Sandkrug über die Reichsbahn Bahnbeamte an den Schienen drei Handgranaten. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Funk-Winkel

Was „Von Mund zu Mund“ gehen soll, lieber Rundfunk, findet einen schlechten Weg vom Mikrophon zum Lautsprecher, trotz des Sprechers in der Loge, der übrigens reichlich trocken war. Also was soll sich der Funkhörer bei dem Ausspruch vorstellen: „Ein Ballett, Himmel und Erde verkörpernd“? In dem Stil — und in dem Deutsch bewegte sich die ganze Interpretation. Was in allererster Linie fürs Auge geschaffen ist, eignet sich wirklich nicht für die Uebersetzung in Schallwellen. Uebrigens wahrte der Rundfunk wieder seine hübsche Einheitlichkeit: damit man richtig für Ettés Begleitmusik am Abend präpariert war, kriegte man auch zum Nachmittagskonzert seine Kapelle zu hören, die freigebig die Musik zwischen Rossini und Nelson abgraste. — Die Frauenfragen und Frauensorgen, von denen die Funkhörerinnen wöchentlich einmal um 4 Uhr befreit werden sollen, dürften die meisten von ihnen kaum sehr belasten. Frau Margarete Caemmerer, die meist das Referat hält, erledigt diese Themen alle so ausgezeichnet im Stil „besserer“ Hausfrauenblätter, daß es sich eigentlich erübrigt, überhaupt Worte darüber zu verlieren. „Was heißt wirtschaften können?“ fragt Frau Caemmerer; aber soziale Probleme, Probleme der Arbeiterin, der kleinen Beamtenfrau, gibt es für sie in dieser Angelegenheit nicht. Man hat nur nötig, sich gleich für die ganze Woche seinen Speisezettel aufzustellen und seinen Arbeitsplan festzulegen, dazu ein wenig Ordnung und Uebersicht — und Frau Caemmerers „trautes Heim“ ist fertig. Vielleicht könnte einmal eine Frau ohne Hausangestellte, dafür aber mit einer großen Kinderschar und einer Notwohnung Frau Caemmerer eine Weile ihren Platz einräumen. Sehr hörenswert war der Vortrag des Geschäftsführers A. Mirus über „Wesen und Ziele konsumgenossenschaftlicher Organisation“, der einen Ueberblick über die volkswirtschaftliche Bedeutung und die erstaunliche Entwicklung der Konsumgenossenschaften gab.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 23. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: **12.30 Uhr** nachm.: Die Viertelstunde für den Landwirt. **4.30 Uhr** nachm.: Marcel Proust. 1. Einleitende Worte (H. v. Wedderkop). 2. Aus Prousts Werken (Johannes Riemann). **5—6 Uhr** abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Szpanowski. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. **6.30 Uhr** abends: San.-Rat Dr. Paul Frank: Medizinisch-hygienische Plauderei. **7 Uhr** abends: Chefredakteur F. Budzinski: Der moderne Bahnrennsport. **7.25 Uhr** abends: General Schlee-Pascha: Aegypten und der Sudan. (Im Spiegel englischer Weltwirtschaft). **7.55 Uhr** abends: Kommerzienrat Georg Haberland: Praktische Betrachtungen zur Wohnungsfrage. **8.30 Uhr** abends: Populäres Orchesterkonzert. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. Unter Mitwirkung von Fritz Zohsel vom Stadttheater Chemnitz, Tenor. 1. Mendelssohn: Ouvertüre „Die Hebriden“. 2. a) Bizet: Blumenarie aus der Oper „Carmen“. b) Verdi: Mein Vater, Arie des Alvaro aus der Oper „Die Macht des Schicksals“ (Fritz Zohsel). 3. Nicodé: Faschingsbilder-Suite. 4. a) Verdi: Daß nur für dich mein Herz erbebt, Arie aus der Oper „Troubadour“, b) Mascagni: Ständchen aus der Oper „Cavalleria rusticana“. c) Verdi: Lodern zum Himmel, Stretta aus der Oper „Troubadour“ (Fritz Zohsel). 5. Joh. Strauß: Kaiserwalzer (Berliner Funkorchester). **9.30 Uhr** abends: Lustiger Jacoby-Abend. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitansage. Wetterdienst. Sportnachrichten. Theater- und Filmdienst. **10.30—12.30 Uhr** abends: Tanzmusik (Tanzorchester Etté).

Königswusterhausen, Sonnabend, den 23. Oktober.

3—3.30 Uhr nachm.: Prof. Dr. Amsel, Oberschullehrer Westermann: Einheitskurzschrift. **3.30—4 Uhr** nachm.: Hedwig Stieve: Die Arbeit der Familienfürsorgerin. **4—4.30 Uhr** nachm.: Prof. Dr.-Ing. e. h. Toussaint: Berufskunde: Angelernte, ungelernte Arbeiter und Frauen in der Metallindustrie. **4.30—5 Uhr** nachm.: Das Neueste aus der pädagogischen Zeitschriftenliteratur. **5.30 bis 6 Uhr** abends: Professor Mackowski: Berlin und Potsdam zur Schinkelzeit. **6—6.30 Uhr** abends: Direktor Rehmer: Das Elektrizitätswerk in Rummelsburg. **6.30—7 Uhr** abends: Dr. Nüssemeier: Die Grundlagen neuzeitlicher Tierseuchenbekämpfung. **7—7.30 Uhr** abends: Dr. Mersmann: Die deutsche Oper von Mozart bis Schreker. **7.30—8 Uhr** abends: Prof. Dr. Richter: Strömungen der modernen deutschen Literaturgeschichte. **8—8.30 Uhr** abends: Prof. Dr. v. Wilamowitz-Moellendorf: Aristophanes. Ab **8.30 Uhr** abends: Uebertragung aus Hamburg.

In die Fremdenlegion verschleppt? Bei dem Finanzamt in Hamborn ging von dem Steuerassistenten Weiß, der seit einiger Zeit spurlos verschwunden ist, die Mitteilung ein, daß er in die französische Fremdenlegion verschleppt wurde und sich bereits in Marokko befindet. Er hatte gemeinsam mit seiner Frau seinen Urlaub im Elsaß verbracht und ist von dort nicht mehr zurückgekehrt. Seine Frau hat ihn zum letzten Male vor einer Bergbesteigung gesehen.

Arbeiterbildungsschule.

Der Arbeitsplan für das Quartal Oktober/Dezember 1926 ist erschienen und kann bei den Funktionären, in den „Vorwärts“-Speditionen und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses eingesehen werden. Es sind vier zentrale Kurse vorgesehen: Dr. Wolfgang Schwarz spricht im Jugendheim Lindenstraße 3 über „Internationale Politik“. Beginn am Dienstag, den 2. November. Erwin Marquardt spricht über „Geschichte des Sozialismus in der Vergangenheit und Gegenwart“ in der Bibliothek der Arbeiterbildungsschule, Lindenstr. 3. Beginn Freitag, den 5. November. Genosse Bienstock behandelt das Thema „Probleme der Weltwirtschaft“. Hörsaal 245, Gemeindeschule, Wiesen-, Ecke Pankstraße, Kindergartenzimmer. Beginn Donnerstag, den 4. November. Genosse Dr. Salomon spricht über „Einführung in die Soziologie“. Vortragssaal in der Mädchen-Mittelschule Neukölln, Donaustr. 120. Beginn Freitag, den 5. November. Alle diese Kurse sind Arbeitsgemeinschaften und sind auf 12 Abende berechnet. Die Hörgebühr beträgt für den ganzen Kursus 2 M. Die Anmeldungen zu diesen vier Kursen müssen rechtzeitig erfolgen im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., Zimmer 8.

Kurse, die in den Kreisen stattfinden: 4. Kreis Prenzlauer Berg: Vortragender Otto Kautz: „Einführung in den Marxismus“. Vortragssaal Gemeindeschule Senefelderstr. 6. Beginn Freitag, den 5. November. — 7. Kreis Charlottenburg: Vortragender Genosse Dr. Schröder: „Der moderne Kapitalismus“. Vortragssaal Jugendheim Charlottenburg, Rosinenstraße 4. Beginn Donnerstag, den 4. November. — 12. Kreis Steglitz: Albert Horlitz spricht in der Gemeindeschule Almstraße über „Grundlagen der Arbeiterbildung“. Beginn Montag, den 15. November. — 10. Kreis Zehlendorf: Vortragender Otto Kautz „Einführung in den Marxismus“. Beginn Donnerstag, den 4. November. — 13. Kreis Tempelhof-Mariendorf: Vortragender Dr. Schröder: „Einführung in die Gesellschaftswissenschaft“. Vortragssaal Mittelschule Mariendorf, Kurfürstenstraße, im Radelarbeiterraum. Beginn Montag, den 25. Oktober. — 18. Kreis Weißensee: Vortragender Dr. Schröder: „Einführung in die Gesellschaftswissenschaft“. Hörsaal im Realgymnasium Weißensee, Parkpromenade 37. Beginn Dienstag, den 2. November. — 19. Kreis Pankow: Vortragender Simon Krenstein: „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“. Vortragssaal im Städtischen Jugendheim Pankow, Kissingenstraße 48. Beginn Freitag, den 29. Oktober. — Die Kurse sind jeder zu sechs Abenden berechnet. Die Hörgebühr beträgt für den Kursus 1 M. Anmeldungen zu diesen Kursen werden erbeten an die Bildungsobleute in den Kreisen, in denen der Kursus stattfindet.

Der erste Kursus beginnt am Montag, den 25. Oktober, in Mariendorf, Mittelschule Kurfürstenstraße. Dr. Schröder behandelt das Thema: „Einführung in die Gesellschaftswissenschaft“.

Sämtliche Kurse finden abends in der Zeit von 7½ bis 9 Uhr statt.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Freitag, den 22. Oktober.

1. Rennen. 1. Majoran (Dertel), 2. Galeoto (Will Heuer), 3. Ethel (Moritz). Toto: 27 : 10. Platz: 12, 72, 18 : 10. Ferner liefen: Nettelbeck, Immer Vorwärts, Irrlehre, Schwalberich, Fechter, Mimose, Volksrache, Eigilsaga.

2. Rennen. 1. Olanad (v. Borcke), 2. Onkel Otto (v. Horn), 3. Myron (v. Herder). Toto: 28 : 10. Platz: 19, 24 : 10. Ferner liefen: Arion, Udine.

3. Rennen. 1. Dorn II (Dertel), 2. Bandola (Stolpe), 3. Zauberflöte (Schuster). Toto: 39 : 10. Platz: 10, 37, 46 : 10. Ferner liefen: Borussia, Faustinus, Stattliche, Ondina, Kili, Niederwald, Kolberg, Atlantic, Friedchen, Troja, Mainberg.

4. Rennen. 1. Märchenzauberin (v. Gög), 2. Eulalia (Leut. Biedig), 3. Erdferkel (v. Horn). Toto: 133 : 10. Platz: 21, 15, 15 : 10. Ferner liefen: Rosenkönig, Sambur, Sulamith, Mundschenk, Galiläa, Füchse.

5. Rennen. 1. Parnaß (Bismark), 2. Missa (Milschen), 3. Nadolig (Block). Toto: 18 : 10. Platz: 14, 26 : 10. Ferner liefen: Gerolk, Pißleben.

6. Rennen. 1. Mirko (Dertel), 2. Amperator (Renner), 3. Aufbau (Lüder). Toto: 123 : 10. Platz: 30, 84, 26 : 10. Ferner liefen: Nekarek, Möros, Tufelkop, Nem. gel., Romreise, Husdent, Maestoso, Totila, Prinzeß Frohsinn, Filberim, Willa, Norita.

7. Rennen. 1. Lukrezia (Moritz), 2. Chalzit (W. Schmidt), 3. Voleda (A. Derschug). Toto: 77 : 10. Platz: 83, 40, 19 : 10. Ferner liefen: Firk, Lavkoon, Credo, Blaufelche, Ellos, Schirmherr, Alarich, Ganymed, Wolkenschieber, Hohe Sonne, Santa Lucia.

Geschäftliches.

Mein Freund — der Lord. Ich habe einen Freund — Lord heißt er — vielmehr ich nenne ihn so. Warum? Weil er stets gleichwertig und korrekt ist — nicht nur sein Aeußeres, mehr noch sein Inneres. Viele schmücken sich mit unnützen Kinkerlitzchen, und wenn auch die ersten Züge ihres „Ich“ sich zuweilen dem Geschmack des anderen anpassen; prüft man sie auf den Grund — dann hat man nach dem ersten guten Eindruck einen bitteren Nachgeschmack. Und du, mein Lord — immer der feine Gentleman mit den gleichmäßigen Zügen eines edlen Herzens. Und wissen Sie, wer mein Freund ist? Das ist der „Lord“ unter den Zigaretten der Firma Nestor Gianaclis.

Eine Verbilligung der großen Hauswäsche erreicht die Hausfrau, wenn sie die neuartige pulverisierte Seife „Suma“ von der Sunlicht Mannheim verwendet. Sie ist von ganz außerordentlicher Ergiebigkeit; ein Paket ergibt 4 Eimer waschkräftiger Lauge. Dies verdankt „Suma“ seinem hohen Gehalt an reiner Seife. Die Verwendung von „Suma“ gewährleistet zugleich vollkommenste Schonung des Waschgutes, hilft also auf doppelte Weise sparen.

Die Groschenbüchermesse der Vereinigten Arbeiterbuchhandlungen Berlins ist wegen des starken Andranges wiederum um vierzehn Tage verlängert. Sie ist geöffnet bis einschl. 2. November täglich von 11 bis 7 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24. Täglich werden neue Bücher ausgelegt. Jeder Arbeiter und Angestellte sollte auf diese billige Art seine Bibliothek mit guten Büchern erweitern.

Die große Reichsmedaille an Henkel u. Cie. Auf der „Gesolei“, der großen Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen, wurde der Firma Henkel u. Cie. A.-G. Düsseldorf für ihre hervorragende Beteiligung an der Ausstellung durch fabelhafteste Vorführung ihrer ausgestellten Fabrikate, besonders „Persil“ und „Ata“, sowie für ihre mustergültigen sozialen Einrichtungen die höchste Auszeichnung „Die Große Reichsmedaille“ zuerkannt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Vorwiegend bewölkt mit einzelnen Regenfällen; Temperaturen wenig verändert. — **Für Deutschland:** Ueberall meist stärker bewölkt und weiterhin ziemlich kalt, Niederschläge vorwiegend in Ostpreußen und Süddeutschland.

ENVER BEY VALUTA

Eine Höchstleistung unter den 3 ℞ Zigaretten

Die
Groschen-Bücher-Messe

der Vereinigten Arbeiter-Buchhandlungen Berlins ist bis zum 2. November verlängert. Verk. tägl. ab 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24. Bücher aus allen Gebieten zu enorm herabgesetzten Preisen.

Täglich liegen neue Bestände aus

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 8 Uhr: Intermezzo
Schauspielhaus 8 Uhr: Lulu
Schiller-Theater 8 Uhr: Soldaten

Städtische Oper
Charlottenburg 8 Uhr:
Ariadne auf Naxos
Musikal. Leitung: B. Walter
Abonn.-Turnus IV

Deutsches Theater
Norden 10334—38
Letzte Aufführungen 8 Uhr:
Peripherie
v. F. Langer. Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele
Norden 10334—38
8¼ Uhr:
Der gefällig. Thierry
von Tristan Bernard
Regie: Eug. Robert

SCALA
Kurfürst 6456
8 Uhr
Varieté-Neuheiten
Sonnabends u. Sonntags 2 Vorstellungen 3⁰⁰ und 8 Uhr, 3⁰⁰ zu ermäßigt. Preisen d. ganze Programm!

Rose-Theater
4 Uhr: Aschenbrödel
8¼ Uhr
Ehrliche Arbeit

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr: Lysistrata. Morgen 3 u. 8 Uhr: Lysistrata
Th. am Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr: Das Grabmal des unbekannten Soldaten.

Komische Oper
Der große Operettenerfolg
Täglich 8.15 Uhr **Adrienne**
mit Serak, Wessely, Wirl, Blass Boetticher, Hell. - Sonntag nchm. 3 U.:
Die Fledermaus
in erster Besetzung
Vorverkauf ununterbrochen v. 10 U an

Neues Theater am Zoo
8 „Ich hab Dich lieb" 8
Park. 1–5 M. Sessel 6 M. Vorverk. ununterbr. Stpl. 5391

Wallner-Theater Täglich 8 Uhr
Gastspiel Hermine Körner mit Ensemble:
Die Marionetten der Zarin

CASINO-THEATER 8 Uhr
Gräfin Tippmamsell
Gutschein 1—4 Pers. Bei Vorzeig. der Annonce Paut. nur 1.00 Mk., Sessel 1.50

Trianon-Theater
Täglich 8¼ Uhr:
„Dirnentragödie"

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
2. Schlag: Piepers Diele
Burleske von Meysel
Nachm. halbe Preise!

Dönhoff-Brett'l
Varieté Konzert-Tanz

Saltenburg-Bühnen
Deutsches Künstl.-Theater
8¼ Uhr:
Das große Abenteuer
Bernh. Pollenberg
Sonnabend 3½ U.: Das böse Prinzeßchen
Sonntag 3½ Uhr: Der fröhliche Weinberg

Lessing-Theater
8 U.: Mensch und Uebermensch

Th. a. Kurfürstendamm
Heute 7 Uhr: Premiere!
In der Johannisnacht

Lustspielhaus
8¼ Uhr:
Die Herzogin v. Elba
Sbd., Stg. 3½ Uhr: Schneewittchen

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Die große Revue
Wieder Metropol

Residenz-Theat.
Täglich 8¼ Uhr:
Absteigequartier
Zutritt Jugendlichen verboten

Thalia-Theater
8 Uhr: Der Biberpelz
Regie: Berth. Viertel

Theater des Westens 8: Der Zug nach d. Westen

Theater Königgrätz. Str.
Hasenheide 2110
Stg. zum 75. Male 8 Uhr:
Mrs. Cheneys Ende

Komödienhaus
Norden 6304
8: Einbruch

Th. a. Hollendorfplatz
Gastspiel d. Moskauer Künstler. Theaters Habima
8 Uhr: Dybuk
Stg. 3: D. ewige Jude
Mo.: Jacobs Traum
Dienstag: Dybuk

Komödienhaus
Stg. nachm. 3 U.: Der Gart'n Eden

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8 Uhr:
Die Gefangene
Von Bourdet
Regie M. Reinhardt

Theater a. Kottb. Tor
Kottbuser Str. 6.
Tägl. 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr (zu ermäßigten Preisen)
Elite-Sänger
und das Russ. Damen-Gesangs-Quartett Popoff

Die neue
HALLER-REVUE
„An und aus!"
Theater i. Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr — Täglich 8¼ Uhr
10. Woche
Der unübertreffbare Erfolg!
2 Sonntags-Vorst. 3 u. 8¼ Uhr. Nachm. ganze Vorstellung zu halben Preisen

Kinder-Revue „Alle Puppen tanzen"
Premiere: Heute, Sonnab., 3½ Uhr
Kleine Preise 0,50, 1.—, 1,50 M. usw.
In allen Vorstel. ungen:
Dodge Sisters, Tiller Girls, Schäfers Liliput.etc.

8 Uhr
Winter-Garten
Variete
Rauchen gestattet
Sonntag 3.30 - Ermäßigte Preise

Gr. Schauspielhaus
Täglich 8¼ Uhr
Von Mund zu Mund
CHARELL-REVUE

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Menschenfreunde
Vorzeiger 50 Proz. des Kassenpreises!
Heute u. morgen nachm. 4 Uhr: Gr. Kindervorstellg.
Schneewittchen

10 PF. — 100 MARK
Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
gegen Nachahmung gesetzl. gesch.
fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Schkeuditz-Leipzig

Kredithaus Anders
Möbel mit ⅒ Anzahlung — Langfristiger Kredit!
⅙ Anzahlung. Rest in 8 Monats-Raten
Damen-Herren- u. Kinder-Konfektion
Riesen-Auswahl
Riesen-Möbel-Auswahl
• Diskrete Bedienung •
Reinickendorfer Str. 16
Größtes Haus am Nettelbeckplatz, am Bahnhof Wedding.

SOEBEN ERSCHIENEN
im Verlag der „Volkszeitung" Mainz

Kriegsgefangen in Rußland 1915–1920

von Georg Hahn, Mainz

Ein echtes Volksbuch vom Schicksal unserer Kriegsgefangenen in Rußland

Schlicht und doch fesselnd geschrieben. Keine Schauermärchen und phantastische Schilderung, sondern wirklich Erlebtes.

112 Seiten stark mit 10 Abbildungen und 3 farbigem Titelbild.

Kartoniert Mk. 1.80
Gebunden Mk. 2.80

Das Buch ist in unserer Buchhandlung erhältlich.

J. H. W. DIETZ NACHF. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Abteilung Sortiment

Ehrenerklärung
Die Beleidigung gegen Frau Vogt, Lachingstr. 18, nehmen wir zurück.
Schulz und Frau, Lachingstr. 18.

In der Strafsache

1. gegen Kowalewski wegen Mordes — 2 J. 2010. 26 — soll der ehemalige Angehörige des Arbeitskommandos Küstrin Artur Dombrowski am 27. Oktober 1926, vormittags 9 Uhr,
2. gegen Schiburr und Genossen wegen Mordes pp. — 2 J. 2007. 26 — sollen die ehemaligen Angehörigen des Arbeitskommandos Küstrin: Otto Delke, Karl Knauff, Kulicke, Gura, Arnheim am 30. Oktober 1926, vormittags 9 Uhr,

als Zeugen vor dem Kleinen Schwurgericht erscheinen. Da ihre jetzigen Anschriften nicht ermittelt sind, ebensowenig wie ihre genauen Personalien, haben ihnen die Ladungen nicht zugestellt werden können.

Sie werden hierzu aufgefordert, zu den oben angeführten Zeiten vor dem genannten Gericht als Zeugen zu erscheinen. Personen, die ihre jetzigen Anschriften kennen, werden gebeten, diese schleunigst hierher zu den oben angegebenen Aktenzeichen mitzuteilen.

Landsberg a. d. W., den 21. Oktober 1926.
Der Oberstaatsanwalt.

Gummi-Mäntel
für Herren, Damen und Kinder
vorrätig und nach Maß
Pelerinen, Windjacken, Reparaturen
Spezialgeschäft für Regenkleidung
M. Weinheber
C 2, Breite Str. 6.

Inserieren bringt ERFOLG

Albert Springare
Großgarage und Tankstelle
Tag und Nacht geöffnet
Auto-Reparatur-Werkstatt
Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 437
Lothringer Str. 107, Ecke Linienstraße 14, am Prenzlauer Tor.

HEUTE

KAMMERLICHTSPIELE	Norma Shearer, Lew Cody — Seine Privatsekretärin
FRIEDRICHSTRASSE	Dempsey gegen Tunney — Die kleinen Globetrotter — Der geplatzte Expreß
TURMSTRASSE	Norma Shearer, Lew Cody — Seine Privatsekretärin
KÖNIGSTADT	Das süße Mädel — Auf der Bühne: Die weltbekannte Glazeroff-Truppe
ALEXANDERPLATZ	Herren der Lüfte — Dempsey gegen Tunney
WEINBERGSWEG	Harry Liedtke in Der Feldherrnhügel
SCHÖNEBERG	Sein großer Fall — Ein Kriminal-Spielfilm unter Mitwirkung der Berliner Polizei

Garderobe auf Teilzahlung

für Damen und Herren

⅙ Anzahlung!

Der Restbetrag in

8 Monatsraten!

trotz bekannt billigster Preisberechnung.

Niemand versäume, diese außergewöhnlich günstige Kaufgelegenheit wahrzunehmen, da die von mir angegebenen Vorteile von keiner Seite zu überbieten sind!

Riesen-Auswahl! Sofortige Aushändigung der Ware. **Beste Qualitäten!**

Größte Rücksicht in Krankheitsfällen!

Cohn — Im Osten: **Gr. Frankfurter Str. 58** — 5 Minuten vom Alexanderplatz

Cohn — Im Norden: **Badstraße 47-48** — 5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen

Verkäufe

Auf Teilzahlung sofort Klappsportwagen, Kinderwagen, Kinderbetten, dreimonatlich. Diskretion zugesichert. Ball, Große Frankfurterstraße 47.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Getragene Kavalier-Garderobe, Jackettanzüge, Paletots, Frackanzüge, Smokinganzüge, Joppen, fabelhaft billige Preise. Verleihung schwarzer Anzüge. Bekleidungs-Magazin Große Frankfurterstraße Nr. 118, 1. Etage.

Verleih hochelleganter Gesellschafts-Anzüge. Leihhaus Lowicki, Brunnenstraße 166.

Spottbillige Pelzwaren. Gelegenheitskäufe von Sportpelzen, Gehpelzen, hochelleganten Pelzmänteln. Pelzjacken. Enorm billige Herrenanzüge, Ulster, Paletots. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2 (Belle-Alliance-Platz).

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Cutaways, Winterpaletots, Ulster, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe sowie Pelzmäntel, Pelzjacken, Herrensport- und Gehpelze zu staunend billigen Preisen im Leihhaus Lowicki, Brunnenstraße 166, eine Treppe. Keine Lombardware.

Wenig getragene Herrenanzüge, Winterpaletots staunend billig. Wolfsjacken 10.—, Pelzjacken 40.—. Sämtliche Pelzarten spottbillig. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/204, Ecke Rosenthalerstraße. Keine Lombardware.

Bettenverkauf! Neu! 12.50! 17.50! 19.50! Prachtvolle 25.—, 30.—! Halbdaunen 35.—! Kinderbetten 8.75! Bettwäsche! Steppdecken! Gardinen! Tüll-decken! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Pelzwaren! Wolfsjacken 9.75! 12.—! Prachtvolle 17.50! 19.50! Pelzjacken! Pelzmäntel! Pelzschals, alles spottbillig! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Winterpaletots! Auktionsanzüge 7.50! 10.—! 15.—! Nur Leihhaus! Brunnenstraße 47.

Wenig getragene Kavaliersgarderobe von Millionären, Ärzten, Anwälten, fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Gehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Besichtigung lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe. Rosenthaler Platz.

Gereinigte Herren-Anzüge wie neu, Gummimäntel von 15.— an, Jackett-Anzüge, Gehrock-, Smoking-Anzüge (auch leihweise). Winterpaletots spottbillig zu verkaufen. Berlin, Alexanderstraße 28a, vorn 1 Treppe. Fahrgeld wird vergütet.

Leihhaus Reinickendorferstraße 103, Nettelbeckplatz. Anzüge 15.—, Mäntel 10.—, Pelzkragen 5.—, Federbetten Stand 25.—. Keine Lombardware.

Möbel

Chaiselongues, Metallbetten, Auflegematratzen, Patentmatratzen, Walter, Staargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft.

Teppich-Schrager verkauft Teppiche, Läuferstoffe, Tischdecken, Diwandecken, Steppdecken, Gardinen, Stores, Bettdecken. Bequemste Zahlungserleichterung. Invalidenstraße 141. Stettiner Bahnhof.

Nußbaumbüfett 150.—. Schreibtische 80.—. Zahlungserleichterung. Kamerline, Kastanienallee 56.

Teilzahlung. Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen sowie sämtliche Einzelmöbel, geringste Anzahlung, bequemste Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Gelegenheit. Leicht transportbeschädigte Fahrräder 45.—, 55.—, 65.— Mark Kassapreis. Brandenburgstraße 4.

Kaufgesuche

Kleiderschrank, gebraucht, kauft Kaerwid, Brandenburgstraße 44.

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Kotzul, Genosse, 31 Jahre, ledig, 1921 promoviert Dr. rer. pol., ½ Jahr Bankpraxis, ¼ Steuersyndikus, 2 Hamburger Ueberseehaus, 1 Industrie, seit 1½ Gemeindeverwaltung, allerbeste Zeugnisse und Befähigung, kräftig, geschickter Handarbeiter, wird von reaktionärer Behörde abgebaut, sucht Stellung, gleichviel welcher Art. Angebote unter K. 29 „Vorwärts"-Verlag.

Stellenangebote

Maschinennäherin, flotte elektrische Stepperin, sofort gesucht. Spielwarenfunk Zemes, Oranienstraße 136.

Stepperin, geübte, sofort gesucht. Spielwarenfunk Zemes, Oranienstr. 136.

Anzüge 30.- Ulster • Paletots • Enorm billig! Frack- u. Smoking-Anzüge. Große Auswahl. Kavaliergarderobe teils auf Seide. Keine Lombardware. **Leihhaus Moritzplatz 58a**

PROLETARIER ALLER LÄNDER

Internationale Friedensarbeit.

Das Pionierwerk der deutschen Sozialdemokratie.

Von Otto Wels.

Zu den dümmsten Schlagworten, mit denen die Rechtsparteien die deutsche Sozialdemokratie jahrelang bekämpft haben und heute noch bekämpfen, gehört die Behauptung, daß wir „antinational" seien, da wir uns zur Internationale bekennen. „Marxistisch" und „international", das waren die beiden Hauptargumente, mit denen man besonders in der Blütezeit des Nationalismus, 1920 bis 1924, die unaufgeklärten Massen gegen uns mobil zu machen versuchte. Die ewige Wiederholung dieser beiden Schlagworte hat schließlich auf Hunderttausende von politisch unreifen Gehirnen den gewünschten Eindruck erzielt und so gibt es unzählige Wähler und Wählerinnen in Deutschland, die zwar die Ausdrücke „marxistisch" und „international" nicht verstehen, aber gerade deshalb eine geradezu mittelalterliche Abscheu vor der Sozialdemokratie empfinden, obwohl sie klassenmäßig genau so zu uns gehören wie die bereits aufgeklärten Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Dabei gibt es auf dem Gebiet der Werbeagitation für die Sozialdemokratie kaum eine dankbarere Aufgabe als die Darstellung alles dessen, was die SPD. durch ihr Bekenntnis und ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterinternationale für das deutsche Volksganze und damit für jeden einzelnen gerade in den letzten Jahren geleistet hat.

Bereits drei Monate nach dem Waffenstillstand trat in Bern eine erste Konferenz der früheren Internationale zusammen. Noch platzten die nationalen Gegensätze, verschlimmert und kompliziert durch die grundsätzliche, von Moskau hineingetragene Streitfrage „Diktatur oder Demokratie?" scharf aufeinander. Trotzdem gelang es schon damals, die Parteien der Internationale auf ein einstimmig angenommenes Friedensprogramm festzulegen, das auf den zwei Hauptgrundsätzen beruhte: Selbstbestimmungsrecht der Völker und weltumfassender Völkerbund.

Eine unmittelbar praktische Wirkung konnte dieses Berner Programm leider nicht haben. Wenn sogar ein Staatsmann von der Bedeutung und dem Einfluß von Wilson in Paris vor Clemenceau und Foch Stück um Stück seines Programms preisgeben mußte, so konnten die fast überall außerhalb der Regierungen stehenden sozialistischen Parteien die Berner Forderungen erst recht nicht durchsetzen. Als diese Gefahr immer klarer in Erscheinung trat, kam die Internationale noch einmal zusammen im April 1919 in Amsterdam. Wie gering aber der Einfluß war, den die Internationale in den Tagen von Versailles auszuüben vermochte, geht am besten daraus hervor, daß die in Amsterdam gewählte Delegation, die beim Obersten Rat vorstellig werden sollte, von diesem garnicht empfangen wurde! Es gehörten ihr unter anderem Arthur Henderson und Camille Huysmans an: ersterer war fünf Jahre später Minister des Innern des britischen Reiches, letzterer ist zurzeit belgischer Unterrichtsminister.

Unmittelbar nach dem Versailler Vertrag hat die Aktion der Sozialistischen Internationale zur Herbeiführung eines wirklichen Friedens eingesetzt. Bereits wenige Wochen nach der Unterzeichnung trat anfangs August 1919 in Luzern eine internationale Konferenz zusammen, die alle die schlimmsten Ungerechtigkeiten und Unmöglichkeiten des Friedensdiktates aufzeigte und deren Revision forderte. Ostern 1921 fanden in Amsterdam neue Zusammenkünfte der internationalen Arbeiterbewegung statt. Nach deren Richtlinien wurde die aufklärende Agitation der sozialistischen Parteien in allen Ländern betrieben. Zunächst schien es, als ob sie ihre Früchte tragen würde. Nicht zuletzt unter dem Druck der Internationale wollten zur Jahreswende 1921 Lloyd George, Briand und Nitti eine neue europäische Politik einleiten und beriefen die Internationale Wirtschaftskonferenz von Genua ein. Zur selben Zeit trat in Frankfurt a. M. auf Anregung der deutschen Sozialdemokratie eine Fünfländerkonferenz zusammen, die von den sozialistischen Parteien Frankreichs, Belgiens, Italiens, Englands und Deutschlands beschickt war.

Diese Frankfurter Fünfländerkonferenz wird später auch von nichtsozialistischen Geschichtsforschern als eins der wichtigsten außenpolitischen Ereignisse der Nachkriegszeit gewürdigt werden. Wenn sich ihre Beschlüsse auch nicht unmittelbar praktisch ausgewirkt haben, so liegt es daran, daß kurz vordem der Nationale Block in Frankreich unter Führung Poincarés die Regierung Briand eben wegen ihres neuen außenpolitischen Kurses gestürzt hatte. Die Konferenz von Genua fand zwar statt, aber Poincaré verstand es, sie ihres eigentlichen Zweckes zu berauben, indem er die Beratung des Reparationsproblems verhinderte. Trotzdem sollten sich die Beschlüsse der Frankfurter Fünfländerkonferenz später segensreich auswirken. Zunächst mußte noch Europa alles Unheil über sich ergehen lassen, das die Rückkehr Poincarés zur Macht mit sich brachte; die Ruhrbesetzung, das Inflationschaos in Deutschland, die Massenarbeitslosigkeit in England, die abermalige Aufpeitschung der nationalistischen Leidenschaften hüben und drüben. Als aber die Welt erkannte, daß auch dieser neue Versuch, die wirtschaftlichen Unmöglichkeiten des Versailler Diktates mit Gewalt durchzusetzen, nur neue Ruinen angehäuft hatte, da war sie zugleich reifer für die in Frankfurt am Main entworfenen Vorschläge des internationalen Sozialismus.

Diese Vorschläge hatten mitten während der Ruhrbesetzung, im März 1923, auf einer in Berlin zusammengetretenen Konferenz, an der Deutsche, Engländer, Belgier, Franzosen und für Italien der später ermordete Genosse Matteotti teilnahmen, eine Bestätigung und Ergänzung erfahren. Der Gründungskongreß der wiedervereinigten Sozialistischen Arbeiterinternationale in Hamburg zu Pfingsten 1923, auf dem Höhepunkt des Ruhrkampfes, hatte sich diese Richtlinien zu eigen gemacht. Unermüdlich setzte die sozialistische Propaganda in allen Ländern für diese Lösungen der Verständigung und der Vernunft ein. Bürgerliche Parteien, Wirtschaftsführer, Regierungsstellen wurden in immer stärkerem Maße dafür gewonnen. Und als die Dawes-Kommission nach Europa kam, um Vorschläge für eine vernünftigere Regelung des Reparationsproblems auszuarbeiten, da konnte sie nicht umhin, einen wesentlichen Teil der von den Sozialisten ausgearbeiteten Lösungen und aufgestellten Grundsätze zu übernehmen. Alles was an dem Dawes-Plan gut ist und was eine gründliche Abkehr von den bis dahin angewandten Gewaltmethoden darstellt, wurde aus dem sozialistischen Friedensprogramm entlehnt.

Inzwischen hatte die kombinierte Aktion der Internationale zu großen politischen Erfolgen geführt: In England war zum ersten Male in der Geschichte eine Regierung der Arbeiterpartei unter dem Vorsitz Macdonalds ans Ruder gekommen. Ihr Sieg leitete den Zusammenbruch des bis dahin allmächtigen Nationalen Blocks in Frankreich ein. Zum erstenmal seit Kriegsende wurden die französischen Sozialisten wieder ein einflußreicher Faktor in der Politik Frankreichs. Nur in Deutschland hatten Inflationschaos und Ruhrbesetzung zu einer vorübergehenden Schwächung der Sozialdemokratie bei den Maiwahlen 1924 geführt. Dieser Umstand hat den außenpolitischen Genesungsprozeß Deutschlands zwar erschwert, konnte ihn aber nicht aufhalten, weil die geistige Macht der Internationale bereits zu stark und weil der Bankerott der Gewaltpolitiker in allen Ländern bereits zu vollständig war, als daß man an den sozialistischen Lösungen vorübergehen konnte.

In knappen zwei Jahren — von der Londoner Reparationskonferenz im August 1924 bis zur Genfer Völkerbundskonferenz im September 1926 — ist ein geradezu erstaunlicher Fortschritt auf dem Wege zur Befriedung Europas und damit zum Wiederaufstieg Deutschlands erzielt worden. Zunächst wurde in London die Reparationsfrage in einer Weise gelöst, die sich von den Gewaltmethoden Poincarés wie der Tag von der Nacht unterschied. Ein Jahr später wurde in Locarno der Rheinpakt abgeschlossen, der die denkbar größten Friedenssicherungen für alle Beteiligten enthält und der die geistige Annäherung der beiden für die Aufrechterhaltung des Friedens wichtigen Länder Europas, Frankreichs und Deutschlands, wesentlich gefördert hat. Noch ein Jahr später, im September 1926, erfolgte der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter dem Jubel aller Völkerbundsmitglieder, fand die Unterredung zwischen Briand und Stresemann in Thoiry statt, an die so große Hoffnungen für die Verwirklichung des Traumes von Bebel und Jaurès, für die deutsch-französische Versöhnung geknüpft werden.

Dieses Friedensprogramm, das nun seit zwei Jahren in einem verhältnismäßig schnellen Tempo verwirklicht wird, es wird zwar scheinbar von bürgerlichen Staatsmännern durchgeführt, in Wirklichkeit ist es aber das geistige Eigentum des internationalen Sozialismus: Wir sind es, die den bürgerlichen Parteien und Regierungen auf allen Gebieten der Außenpolitik vorangegangen sind. Mit Recht konnte unser französischer Genosse Léon Blum in seiner Rede auf dem Internationalen Kongreß von Marseille, im August 1925, darauf hinweisen, daß das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925, das später zum Locarno-Vertrag führte, im wesentlichen mit den Forderungen der Frankfurter Konferenz von 1922 und der Berliner Konferenz von 1923 übereinstimme. Alles, was bereits erzielt ist alles, wofür wir noch kämpfen — insbesondere die Räumung der besetzten Gebiete —, das ist von den Konferenzen der internationalen Sozialdemokratie seit 1919 immer wieder gefordert worden. Stets und überall schreitet die sozialistische Arbeiterbewegung in der Welt voran, und das Unglück ist nur, daß sie noch nicht stark genug ist, um ihre Forderungen und Programme sofort und selbständig zu verwirklichen, und daß die bürgerlichen Regierungen deren Richtigkeit immer erst viel zu spät erkennen oder zugeben wollen.

Im übrigen kann es für uns deutsche und internationale Sozialdemokraten nach all den maßlosen Schmähungen, denen wir in den letzten Jahren wegen unserer Pionierarbeit für den europäischen Frieden ausgesetzt waren, keine bessere Genugtuung geben als jene Worte, die kürzlich in Genf der volksparteiliche Außenminister Dr. Stresemann zornentbrannt den deutschnationalen Pressevertretern ins Gesicht schleuderte: „Man muß manchmal wahrhaftig den Eindruck gewinnen, daß es leichter ist, sich mit Franzosen zu verständigen, als mit Teilen des eigenen deutschen Volkes!"

Völkerverständigung.

Ein Beitrag zur deutschen Werbewoche.

Von Emile Vandervelde.

Ich will um so lieber an der Werbewoche der Deutschen Sozialdemokratie als langjähriger Kampfgenosse durch einen Beitrag mitwirken, als die Verbindungen zwischen den Menschen verschiedener Länder, die für ein gemeinsames Ideal kämpfen, verhältnismäßig selten und ungenügend sind. Darin liegt übrigens ein sehr ernstes Hindernis für die Annäherung der Völker.

Sogar in sozialistischen Kreisen — ich denke dabei zumindest an Frankreich und Belgien — werden ausländische Zeitungen nur wenig gelesen. Allzu viele Genossen sind, wenn sie wissen wollen, was draußen in der Welt vorgeht, auf Nachrichten angewiesen, die sorgsam gesiebt, wenn nicht gar verdreht werden durch die großen Nachrichtenagenturen, die ihre Verbreitung übernehmen. Und so bildet sich in jedem einzelnen Lande eine kollektive Geistesverfassung, die der Geistesverfassung des Nachbarlandes entgegengesetzt ist, was wiederum zu regelrechten Zusammenstößen der öffentlichen Meinungen führt.

Man spricht immer wieder von der französischen öffentlichen Meinung, von der deutschen öffentlichen Meinung und manchmal auch, wenn auch selten, von der belgischen öffentlichen Meinung. So etwas gibt es aber nicht; es gibt weder eine französische, noch eine deutsche, noch eine belgische Auffassung. Es gibt nur französische Meinungen, deutsche Meinungen, belgische Meinungen. Es gibt in jedem Lande Menschen, die aufrichtig den Wiederaufbau im Frieden, die Stärkung der Demokratie, die Völkerverständigung erstreben. Umgekehrt gibt es überall auch solche Menschen, die die nationalistischen oder imperialistischen Kundgebungen jenseits der Grenzen auszuschachten bemüht sind, um ihren eigenen Nationalismus oder Imperialismus zu begründen.

Es ist die Aufgabe der Sozialisten der verschiedenen Länder, durch eine unermüdliche und einheitliche Anstrengung eine derartige Propaganda zu bekämpfen. So haben wir zum Beispiel mit tiefster Sympathie die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie zugunsten des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, zugunsten der Politik von Locarno verfolgt. Wir betrachten weiter mit Genugtuung den Kampf, den sie führt, damit im republikanischen Deutschland die Gespenster des alten Regimes keine Ehrenplätze wieder einnehmen.

Je aktiver und wirksamer diese Propaganda der Deutschen Sozialdemokratie sein wird, desto leichter wird es für die belgischen oder französischen Sozialisten sein, die Bedenken zurückzudrängen, die sogar bei einem Teil der Arbeiter vorhanden sind, wenn man ihnen versichert, daß die Deutsche Republik kein leeres Gebilde ist, und daß in Deutschland wie in allen Ländern die werktätige und leidende Bevölkerung die gleiche Abscheu vor dem Kriege und die gleiche Liebe zum Frieden empfindet.

Sozialdemokratie und Ausland.

Etwas von der außenpolitischen Bedeutung unserer Partei.

Von Adele Schreiber.

Nicht von Theorie sei hier die Rede, sondern von praktischen Erfahrungen, gesammelt in vielen Ländern, auch den Vereinigten Staaten Amerikas, zuletzt bei längerem Aufenthalt in Frankreich.

In Nord, Süd, West dieselben Fragen, in Diskussionen, Interviews, Privatgesprächen. In festgelegten Gleisen bewegen sich Vorstellungen und Befürchtungen des Auslandes im Hinblick auf Deutschland. Der letzte Hohenzollernkaiser, der unser Denken wohl nur dann beschäftigt, wenn unser armes Volk das Lied singen muß: „Bezahlen sollst du, mußt bezahlen", hat sich tiefer, als wir meist annehmen, eingezeichnet in die Erinnerung des Auslandes. Gefördert durch jahrelange Kriegsgreuelpropaganda, wird sein Format auch im Bösen überschätzt. Als Erbschaft hinterließ er Angst, Schrecken, Haß, die vorgefaßte Meinung von einem unheilbar militaristischen Preußen-Deutschland.

„Wird Kaiser Wilhelm wiederkehren?" „Wird der Kronprinz einmal Kaiser werden?" „Rüstet Deutschland wirklich zu neuen Kriegen?" „Bildet es insgeheim Millionen zum Kriegsdienst aus?" „Bereitet es in seinen Laboratorien die schlimmsten Giftwaffen?" „Wird die Republik von Dauer sein?" Fast in jedem Ort diese gleichlautenden Fragen.

Das neue Deutschland gesichert zu wissen, ist besonders unseren französischen Nachbarn Lebensfrage. Den Glauben daran zu stärken, ist Dienst an Deutschland. Glauben findet, wer als Republikaner, Antimilitarist, Sozialist ehrlich den Kampf schildert, den wir für die Republik führen.

Die Auslandsstimmung reagiert außerordentlich fein auf Vorgänge, die oft geringfügig scheinen. Ich erlebte vor drei Jahren in Amerika den erneuten Ausbruch des „Hunnenhasses", der beim Tode Wilsons die auf nationalistische Berliner Anordnung hin unterlassene Hissung der Trauerflagge auf der deutschen Botschaft in Washington hervorrief.

Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten erregte tiefste Beunruhigung, bis man sich überzeugte, daß sie keine militaristische Bedrohung bedeute.

Stresemanns letzter großer Erfolg in Genf wurde sofort stark gedämpft durch seine unvorsichtige Bierrede vor der deutschen Kolonie. Jede nationalistische Entgleisung zerstört mühsam errungene Fortschritte.

Der Aufklärung bedarf stets die irrige Auffassung, daß Preußen der Hort von Reaktion und Militarismus sei, während es heute in Wirklichkeit einen festen Rückhalt der Republik bildet.

Brennendes Interesse erweckte in Frankreich der Volksentscheid zur Fürstenenteignung. Trotz praktischen Fehlschlages hat doch die Abgabe der 14½ Millionen Stimmen gewaltig imponiert, besonders als man begriff, unter welchen Schwierigkeiten sich diese vollzog.

Ein zutreffendes Bild Deutschlands, wie es heute ist, beginnt endlich im Ausland das alte Schreckgespenst zu verdrängen. In diesem Bilde wird der deutschen Sozialdemokratie ein Ehrenplatz eingeräumt. Man begreift jetzt in weiten Kreisen das Trauerspiel der verpaßten Gelegenheiten, die Tragik des Versailler Diktats gegenüber einer vom Friedens- und Sachverständigenwillen beseelten Volksregierung, die dadurch bewirkte Schwächung der Republik und Stärkung der Reaktion, die Hinopferung unserer Besten als Vorkämpfer des nunmehr nach jahrelangem Leiden und Irrtümern beschrittenen Weges.

Das hier Gesagte gilt weit über die Kreise unserer Gesinnungsgenossen hinaus, gilt namentlich auch für jene großen Schichten französischen Kleinbürgertums, die, unter dem Druck wirtschaftlicher Schwierigkeiten leidend, den kurzen Siegesrausch längst mit dem Gefühl, daß es nur Besiegte gibt, vertauschten. Sie haben, obwohl selbst nicht Sozialisten, verstanden, daß die deutsche Republik als festes Rückgrat eine starke, geeinte sozialdemokratische Partei braucht, daß ohne solchen Wall die kleine demokratische Partei der Abbröckelung und Zerreibung ausgesetzt wäre und die republikanischen Führer des Zentrums vom rechten Flügel überrannt würden. Mit Vertrauen blickt man auf unsere waffenlose Armee, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, diese für den Schutz der Republik und der politischen Freiheit opferbereite Garde.

Die alte irrige Vorstellung vom deutschen „Barbarenvolk" erfährt eine völlige Wandlung, sobald man sich im Ausland klarmacht, daß dieses Volk zum großen Teil identisch mit seiner organisierten Arbeiterschaft ist, einer Arbeiterschaft, die unter schwersten Entbehrungen sich, kraft unserer Partei, gleich widerstandsfähig erwies gegen Bolschewismus und Faschismus, die, hungernd und darbend, im Herzen Europas unerschüttert steht als Hüter der Kultur und Demokratie. Bewunderung erweckt stets die Schilderung von der heroischen Kleinarbeit unserer „unbekannten Soldaten" für die großen Ziele der Partei, von den Leistungen auf dem Gebiete der Volksbildung, der Volkskunst, von der regen Mitarbeit der Frauen, von unserer verheißungsvollen Jugendbewegung.

Deutsche Aktivposten im Auslande sind: alle Bekundungen republikanischer Gesinnung (auch die Entlassung Seeckts hat einen günstigen Widerhall gefunden), alle Beweise der Festigung der Republik, alle Fortschritte in demokratischer Entwicklung, hierzu gehören auch die so wesentlich verbesserte Stellung der Frau, die Auffassung vom Recht und vom Schutz der Jugend, jeder Schritt voran in Volksbildung und Volkswohlfahrt. Aktivposten ist vor allem jede ehrliche Aktion im Sinne der Völkerverständigung und des Friedens. Locarno, Genf, Thoiry — Erntetage für Saat, die im In- und Ausland Männer unseres Geistes gesät. Historische Gerechtigkeit wird einst neben den Namen derer, denen es vergönnt war, die Frucht zu pflücken, auch die nicht vergessen, die gepflanzt und von denen manche als Opfer fielen.

Die Sozialdemokratie Deutschlands hat in diesen letzten Jahren ihr gegnerische Regierungen geschützt und gestützt, damit der große Schritt der Verständigung geschehen konnte, der ohne ihren Rückhalt mißlingen mußte.

Die schicksalsschweren Fragen zwischenstaatlicher Gestaltung und Zusammenarbeit beherrschen die Gegenwart — sie werden wesentlich bestimmt vom Grade der Demokratie und innerpolitischen Freiheit, der Reife und Entwicklung in den einzelnen Ländern, die sich zu internationaler Organisation zusammenschließen. Von der deutschen Republik erhoffen die anderen Demokratien Stärkung wirklichen Völkerbundsgeistes. Wir wissen, daß die deutsche Einstellung in nicht geringem Maße abhängt vom Kräfteverhältnis in unserem Lande, daß jeder Rückschlag in der Stärke unserer Partei sich unheilbar fühlbar macht, jede Zunahme unseres Einflusses vorwärtstreibend wirkt. Wer will, daß Deutschland im Rat der Völker Ansehen gewinne und bewahre, daß es zum Führer werde auf neuen Wegen, muß die Arbeit in der Heimat beginnen. Unerläßlich hierfür ist Ausbau und Stärkung der Sozialdemokratie. Jeder einzelne ist notwendig — Größe und Kraft unserer Partei ruhen auf dem Opferwillen der vielen Ungenannten — ihre uneigennützige Arbeit wird gelohnt durch das Bewußtsein, daß nichts davon verloren geht, sondern Triebkraft wird zur Gestaltung einer neuen Welt.

Das Problem der Abrüstung.

Eine Gegenwartsaufgabe der Internationale.

Von Wolfgang Schwarz.

Seit fast einem Jahre sind drei oder vier Dutzend Militärs von Völkerbunds wegen mit dem Abrüstungsproblem beschäftigt. Seit 1899 ist es das erstemal wieder in Europa, daß Militärs international vor das Abrüstungsproblem gestellt worden sind. Aber „beraten Militärs über die Abrüstung, so ist das, als wollten Schuhmacher die Abschaffung der Stiefel beschließen". Die Völker empfinden, daß die Militärs die Abrüstung sabotieren, wir können hinzufügen: müssen, weil sie ihre Selbstvernichtung nicht fördern können. Statt sich mit der Abrüstung konkret zu befassen, setzen sie sich über theoretische Fragen unendlich auseinander oder werden sich lieber einig darüber, wie sie Bombenflugzeuge, Giftgase und Panzerkreuzer für internationale Völkerbundskrieg vereinigen können. Gleichgültig oder mit innerer Abwehr sehen die europäischen Völker auf die Völkerbundsdebatten über die Abrüstung. Und dennoch handelt es sich um den Weg zur Erfüllung leidenschaftlicher Massensehnsucht, um einem der Menschheit größten Gegenstände.

Das Ideal des dauernden Friedens erfüllt die Herzen der Massen nicht erst seit Jahren. Aber trotzdem haben ihre Köpfe das Problem der Abrüstung noch nicht bewältigt. Die Proletarier aller Länder sind eingespannt in die staatlich-nationalen Machtapparate, deren ungeheuerliche Uebermacht über internationale Ideologien der Weltkrieg enthüllte. So sehr galt das für die Vorkriegszeit, daß man heute, wo die Abrüstung eine selbstverständliche Massenforderung wurde, durch die Erinnerung daran erschüttert wird, wie wenig damals die Abrüstung für die Arbeiterklasse ein Problem war. Die Arbeiterschaft war für den Frieden, sie war für Schiedsgerichte, sie war leidenschaftlich gegen den Imperialismus, aber sie war für die Landesverteidigung, für die Erziehung „zu allgemeiner Wehrhaftigkeit", für „die Volkswehr an Stelle der stehenden Heere".

Der Weltkrieg hat diese, nicht nur im Bolschewismus weiterlebende, militärische Ideologie im demokratischen Europa zerbrochen. Die Gleichheit der Rüstungssysteme, die für diese Ideologie die soziale Basis war, ist jetzt auf dem Kontinent zerstört. In Deutschland ist die Arbeiterschaft ohne Waffen. Im Waffenhandwerk ist ein Söldnerheer von 100 000 Mann zwölf Jahre geschult: eine Armee von Unteroffizieren, ein Standesheer, wie es die Französische Revolution und der preußische Zusammenbruch vor 120 Jahren vernichteten, ist die Folge des Versailler Vertrages, der von Militärs und Militaristen ausgedachten „Entwaffnung". Aehnliches gilt für die drei anderen besiegten Staaten.

Doch die europäischen Siegermächte haben sich die gemischtfeudal-demokratischen Massenheere erhalten, die entstandenen Staaten haben sie sich geschaffen. Ende 1925 zählte Frankreich 570 000 Mann Friedensstärke an europäischen Truppen (dazu 10 000 Fremdenlegionäre und 150 000 Eingeborene), Belgien 80 000, Polen fast 300 000, die Tschechoslowakei zwischen 90 000 und 150 000, Rumänien und Südslawien je über 100 000, Griechenland 70 000, Schweden und die kleinen baltischen Staaten je 20 000 bis 30 000. In Spanien beruht die Diktatur Primos auf einer Armee von 150 000 Mann, der Faschismus hat neben das ständige Heer von 300 000 Mann eine Nationalmiliz von ungenau bekannter Größe gesellt. Eine halbe Million stark ist schließlich die russische Armee.

Dennoch hat sich die Lage des Militarismus gegenüber der Vorkriegszeit gewandelt. Der Militarismus ist notleidend geworden, sein Nahrungsspielraum ist enger geworden; die finanziellen Lasten der Nachkriegszeit drücken; die ökonomischen Gründe für die Rüstungsbeschränkung sind stärker als früher. Die Erkenntnis, daß der Militarismus, daß der Krieg sich nicht bezahlt mache, ist von der Arbeiterschaft hinaus bis tief in die bürgerlichen Kreise gedrungen. Die Bereitschaft, über die Abrüstung zu diskutieren, sie als ein Problem zu betrachten, ist stärker als jemals geworden. Dennoch hat das Wettrüsten keineswegs aufgehört. Aber es hat seinen Charakter geändert. Früher umfaßte es die ganzen Armeen und die ganzen Flotten. Von Jahr zu Jahr wuchsen die Maße der Kriegsschiffe: Wasserverdrängung, Bestückung, Panzerung, Schnelligkeit. Es wuchsen die Kaders der stehenden Heere, alle paar Jahre erhielt die Artillerie neue Geschütze, Festungen wurden zu Festungsgürteln erweitert, die U-Boot- und die Flugzeugwaffe neu entwickelt. Das Wettrüsten umfaßte die gesamte Rüstung. Jetzt hat es sich auf Spezialwaffen, allerdings gefährlichster Art, konzentriert. Die Militärtechnik entwickelt in der Hauptsache die Luft- und die U-Boot-Waffe, und die Chemie studiert neue Formen des Gaskrieges. Die schweren Seerüstungen aber sind seit dem Washingtoner Abkommen von 1922 herabgesetzt und für zehn Jahre nach oben hin begrenzt. Die Landheere zeigen im ganzen eine langsam abnehmende Tendenz; auch militärische Großmächte, wie Frankreich, gehen dazu über, die Dienstzeit wesentlich unter das Vorkriegsmaß zu verkürzen, ohne freilich die Rekrutierung des gesamten männlichen Nachwuchses zu beschränken. Die technische Qualität des Militarismus hat sich gesteigert, aber seine quantitative Entfaltung ist zum Stillstand, ja hier und da zum Rückgang gekommen.

Vor allem beginnt sich die Rolle des Militarismus in der Weltpolitik zu ändern. Zwar ist der Imperialismus der kapitalistischen Staaten gegen die unterdrückten und ausgebeuteten Völker anderer Kontinente derselbe geblieben. Dennoch hört die Rüstung allmählich auf, ein internationales Werkzeug der europäischen Staaten untereinander zu sein. Vor dem Weltkriege war die Rüstungssteigerung das Hauptauskunftsmittel der Großmachtspolitik. Die Machtpolitik bestand eben darin, daß jeder Großstaat auf seine Rüstung pochte, seine Kriegsbereitschaft fortgesetzt betonte, seine Macht als politisches Argument anwandte, um seine politischen Zwecke durchzusetzen. Der Hinweis, auf den Krieg vorbereitet zu sein, der Bluff, den Krieg nicht scheuen zu brauchen, die Kriegsdrohung mit der verbesserten Rüstung, das war immer das letzte Mittel der alten Diplomatie. Diese Art auswärtiger Politik europäischer Staaten untereinander beginnt zu veralten. Heutzutage macht kein Staat gute Außenpolitik mit dem Hinweis auf seine Rüstung.

Der Sieg der Schiedsgerichtsidee hat die Rüstung entwertet. Im Völkerbunde schadet sich ein Staat, der die Argumente der Waffen verwendet. Das neue Völkerrecht hat den Ueberfallkrieg verboten. Wer sich weigert, einen Konflikt dem Völkerbunde vorzulegen, wer mobilisieren wollte, bevor der Völkerbund seinen Schiedsspruch gefällt hat, setzt sich ins Unrecht. Früher war die Drohung, einen Konflikt mit den Waffen austragen zu wollen, ein Druckmittel, um einen Gegner zum Weichen zu bringen; heute hätte die Bedrohung den Erfolg, die internationale Gemeinschaft gegen den Angreifer zusammenzuschließen. Das Schwert hört auf, das letzte Mittel der auswärtigen Politik zu sein. Auswärtige Politik europäischer Staaten untereinander wird allmählich etwas anderes als die Fortsetzung des Krieges mit diplomatischen Mitteln. Deutschlands Aufstieg vollzieht sich inmitten einer Umwelt vergleichsweise schwer gerüsteter Staaten. Der Entwaffnete besteht und setzt sich durch gegenüber den Bewaffneten. Die Satzung und die Organisation des Völkerbundes, die Schiedsgerichtsverträge, das Vertragswerk von Locarno mit dem Verbote des Krieges am Rhein sind ebensoviel Fesseln für den Militarismus.

Die internationale Friedenspolitik, der die sozialistische Internationale die Wege wies, ist indirekte Abrüstungspolitik. Die Rüstung wird allmählich politisch unbrauchbar gemacht. Der Militarismus wird von der demokratischen Außenpolitik, vom Pazifismus, vom Sozialismus blockiert. Aber noch freilich hat diese Blockade nicht zum Zusammenbruch des Militarismus geführt. Noch längst ist er nicht völlig abgeschnitten von aller Zufuhr. Welches sind die Methoden, um den Militarismus zur Uebergabe zu zwingen?

Das erste wäre, den Krieg gänzlich zu verbieten. Das ist bisher nur zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien erreicht. Er muß allgemein zum internationalen Verbrechen erklärt werden, gewaltsame Sanktionen dürfen nirgends mehr stattfinden. Erst dann ist jede Rüstung außenpolitisch unnütz. Deshalb ist der Kampf um die Grundsätze des Genfer Protokolls fortzuführen. Freilich darf das Verbot des Krieges nicht mit der allgemeinen Vorbereitung eines Weltkrieges gegen einen Friedensstörer verknüpft werden, sonst versteckt sich hinter der Formel, den Frieden wahren zu wollen — der Militarismus. Vielleicht ist es fruchtbringender, die Methode von Locarno zu verwenden, durch regionale Sicherheitsabkommen die schon im Völkerbund gegebenen Garantien zu verstärken.

Aber der Friede ist nicht völlig gesichert, wenn man sich mit der formalen Sicherheit, dem Kriegsverbot, begnügt. Es genügt nicht, das Schießen zu verbieten. Die Schußwaffen müssen abgeschafft werden. Nur die Abrüstung schafft Sicherheit im vollen, im materiellen Sinne. Nur wenn schließlich kein Staat mehr Waffen führt, ist jeder Staat vor den Waffen der anderen gesichert. Nur die völlige Abrüstung schafft die Sicherheit völlig.

Ist das das endgültige Ziel, so gilt es, die Wege zu diesem Ziele zu finden. Vor dem Kriege bestimmte jeder Staat souverän den Umfang seiner Rüstungen. Die herrschenden Klassen verhinderten die deutsch-englische Flottenverständigung, sie diskutierten überhaupt nicht die Möglichkeit eines deutsch-französisch-russisch-österreichischen Heeresabkommens. Daher ist die Rüstungsbegrenzung der zweite Grundsatz der Abrüstungspolitik. Es müssen Höchstgrenzen für alle Rüstungen festgesetzt werden. Bisher gibt es nur die 1922 festgesetzte Begrenzung der schweren Seerüstungen; aber sie gilt nur für zehn Jahre. Das Prinzip der internationalen Begrenzung der Rüstungen muß allgemein und für die Dauer durchgesetzt werden.

Nun fragt es sich in welcher Art die Rüstungsbegrenzung stattfinden kann. Die Rüstungsausgaben festzusetzen wäre der eine Weg. Kein Staat soll mehr für Rüstungszwecke ausgeben dürfen, als ihm durch internationalen Vertrag erlaubt ist. Das erfordert die Aufstellung eines internationalen militärischen Normalbudgets, um die militärischen Ausgaben gleichmäßig von anderen Staatsausgaben zu sondern. Zur wirksamen Durchführung gehört freilich, daß die Rüstungsausgaben öffentlich und parlamentarisch kontrolliert werden; sonst wäre der Umgehung Tür und Tor geöffnet. Die schwankende Währung mancher Länder erschwert auf Jahre hinaus einen gerechten Vergleichsmaßstab zu finden. Auch schaltet die bloße Begrenzung der Ausgaben das Wettrüsten nicht aus. Sie könnte zu einer Rationalisierung des Militarismus führen, in dem sich die Staaten im Rahmen des internationalen Budgets auf die Herstellung besonders gefährlicher Angriffswaffen stürzten.

Neben der indirekten Begrenzung durch die Rüstungsausgaben ist die direkte Begrenzung unumgänglich. Wie im Washingtoner Abkommen müssen Höchstzahlen für alle Teile der Rüstungen eingeführt werden; z. B. für die Dauer der Dienstzeit, Zahl der jährlich ausgehobenen Mannschaften, Kalibergrenzen für die Artillerie, Höchstziffern für die Ausrüstung mit schweren und leichten Geschützen, schweren und leichten Maschinengewehren, Minenwerfern, Tanks, Flugzeugen, Luftschiffen, leichten Kreuzern und U-Booten. Der Rüstungsindustrie darf keine Lücke bleiben, auf irgendeinem Gebiete ein Wettrüsten zu entfachen. Die private Rüstungsindustrie ist überall unter Staatskontrolle zu stellen, der internationale Waffenhandel zu unterbinden. Zu erwägen wäre, ob durch internationalen Vertrag die Staaten gezwungen werden sollen, das Recht der Bürger anzuerkennen, die militärische Ausbildung zu verweigern. Die Dienstpflicht muß begrenzt werden. Was die Ueberwachung des Rüstungsstandes angeht, so mag unter bestimmten Staaten für bestimmte Rüstungszwecke die Kontrolle der Militärattachés genügen; anderswo wird das Prinzip der Völkerbundsüberwachung, das Deutschland angenommen hat, allgemein anzuwenden sein.

Ist der Grundsatz der Begrenzung in allen Einzelheiten durchgearbeitet, so ist damit das Wettrüsten, das Wachstum der Rüstungen unterbunden. Aber noch in diesen Fesseln ist der Militarismus ein gefährlicher Riese. Die Begrenzung der Rüstungen genügt nicht. Sie muß durch die Rüstungsbeschränkung ergänzt werden. Die Rüstungsverminderung ist der dritte Schritt auf dem Wege zur Abrüstung. Jahraus, jahrein dürfen weniger Flugzeuge, U-Boote, Tanks, Geschütze hergestellt werden, jahraus, jahrein müssen weniger Rekruten ausgebildet, müssen mehr und mehr etatsmäßige Offiziers- und Unteroffiziersstellen beseitigt werden. Von zwei Prozent der Bevölkerung müssen die Friedensstärken auf 1, ½, ¼, ⅕, 1/10 Prozent heruntergesetzt werden. Die stetige Rüstungsverminderung ist der Weg zur Abrüstung.

Die Befreiung der arbeitenden Menschheit geht durch die Abrüstung. Erst die Abrüstung schafft gleiche Kampfbedingungen für alle Klassen auf dem Boden der Demokratie. Dann erst vermag sich das Spiel der Massenkräfte frei zu entfalten. Mit der Abrüstung ist die sozialistische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Die Abrüstung ist dringende internationale Aufgabe.

„Internationale und Vaterland sind von nun ab verbunden. In der Internationale findet die Unabhängigkeit der Nationen ihre höchste Gewähr; in den unabhängigen Nationen vervielfältigt die Internationale ihre stärksten und edelsten Organe. Man könnte fast sagen: ein wenig Internationalismus entfernt vom Vaterland, viel Internationalismus führt zum Vaterland zurück. Ein wenig Patriotismus entfernt von der Internationale, viel Patriotismus führt zur Internationale zurück".

Jean Jaurès.

„Sie mögen sich gegen die Wahrheit sträuben, wie Sie wollen, aber Sie werden die Kriege nicht eher beseitigen können, als bis, wie ich vorhin sagte, sich die Reiche der Welt auf die Gerechtigkeit gründen, bis die Völker ein neues Völkerrecht geschaffen haben, ein wahres Völker- und Menschenrecht, welches das gleiche Recht jedes einzelnen anerkennt. Dann erst, vorher nicht, wird der Weltfriede möglich sein. Die Sozialdemokratische Partei, die Sie verlachen, wenn sie in dieser Weise auftritt, hat auf ihr Schild geschrieben die Forderung einer Politik, welche die sittlichen Grundsätze des Privatlebens auf das öffentliche Leben überträgt. Das, was die Moral im Privatleben heischt, soll auch gelten in dem öffentlichen Leben, in der Politik. Heute wird der Diebstahl im kleinen schwer bestraft, im großen aber gepriesen, der Raub ganzer Länder bedeckt mit Ruhm, während der Raub eines Nahrungsmittels ins Zuchthaus bringt. Das ist ein moralisches Chaos. Wenn dieses Chaos gelichtet und einmal die Moral in die Politik eingezogen ist, werden die Geschicke der Völker anders und zum Heil für die Menschen gelenkt werden!"

Wilhelm Liebknecht.

Wohin steuert die Reichsbank?

Schacht vor der Wirtschafts-Enquete.

Das Gutachten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vor der Wirtschafts-Enquete, über das wir schon kurz berichtet haben, umfaßte eine Fülle von Fragen der Bankpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik, aus der es sich verlohnt, drei Probleme besonders hervorzuheben: Die Diskontfrage, die privatwirtschaftliche Einstellung der Reichsbahn und die Frage der Auslandskredite.

Diskontpolitik.

Dr. Schacht schilderte, wie für die Notenbank die Rücksichtnahme auf ihre eigene Dividende niemals bestimmend sein kann und auch gar nicht bestimmend zu sein braucht für die Bemessung des Diskontsatzes. Er hob hervor, daß sich die Diskontpolitik nach der Beobachtung einer ganzen Reihe von Erscheinungen in der Praxis richten müsse. Es müsse die Bewegung der Deckung der Reichsbanknoten, ebenso wie die Bewegung der Devisenkurse, die Umlaufsmittelmenge, ebenso wie das Preisniveau und das Lohnniveau beobachtet werden, und es müsse nicht zuletzt die Entwicklung der Zinssätze an den freien Kreditmärkten maßgebend die Diskontfestsetzung beeinflussen. Die Kunst bestünde daran, durch die Diskontpolitik die natürlichen Verhältnisse am Kreditmarkt rechtzeitig zu konstatieren und fördernd auf erwünschte wirtschaftliche Tendenzen einzuwirken. Die Idee einer Regulierung der Gesamtwirtschaft durch die Bankpolitik lehnte Dr. Schacht ab, nur im Rahmen der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik könne die Bankpolitik auf den Ablauf der Wirtschaft einwirken. Die Erfüllung dieser Aufgabe könne nicht durch mathematische Rechnung gewährleistet werden, sondern sie hänge ab von der richtigen Kombination der verschiedenen Wirtschaftserscheinungen.

Diesen Ausführungen kann man grundsätzlich zustimmen; praktisch taucht nun aber die Frage auf, weshalb das Reichsbankdirektorium im gegenwärtigen Zeitpunkt den Diskontsatz verhältnismäßig hoch über den Zinssätzen des freien Kreditmarktes hält. Die Reichsbank erstrebt Zinsverbilligung, aber sie hemmt durch die Höhe ihres Diskontes die Uebertragung der Zinsverbilligung von den kurzfristigen auf die langfristigen Kredite. Daß die Deckungsvorschriften nicht die geringste Hemmung für eine Diskontherabsetzung bedeuten könnten, unterliegt keinem Zweifel, denn die Reichsbank klagt gegenwärtig selbst über ungenügenden Zustrom von Wechseln. Sie klagt ferner über allzu reichlichen Zustrom von Devisen aus Auslandskrediten. Sicherlich gibt es aber kein wirksameres Mittel der Eindämmung der Auslandskredite als die Förderung des Zinsabbaues. Endlich bedeutet Zinssenkung im möglichen Rahmen eine Förderung der Arbeitsbeschaffung in der Wirtschaft, sie liegt also auch in der Richtung der Aufgaben unserer Gesamtwirtschaftspolitik. Die Frage, die sich logisch an das vorgestrige Gutachten des Reichsbankpräsidenten anknüpft, lautet also: Warum zögert die Reichsbank, ihren Diskont herabzusetzen? Wäre nicht eine Diskontermäßigung um 1 Proz. schon lange eine rechtzeitige Konstatierung der natürlichen Verhältnisse gewesen, und würde sie nicht dazu beitragen, die die Börsenspekulation auf Kosten produktiver Wirtschaft begünstigende große Spannung zwischen kurzfristigen und langfristigen Zinssätzen zu vermindern?

Der Reichsbankpräsident als Staatssozialist.

Im Zusammenhang mit der Frage der Verwaltung der öffentlichen Gelder am Geldmarkt, für deren Zentralisierung Dr. Schacht seit langem kämpft, machte er eine Reihe von grundsätzlich wichtigen Bemerkungen über die Organisation der großen Verkehrsbetriebe. Er bezeichnet es als einen der großen, wenn auch vielleicht notgedrungenen Fehler im Dawes-Plan, daß er die Trennung der Eisenbahn- und Postverwaltung vom Staat bewirkt habe. Die Folge sei, daß die Verkehrsverwaltungen in übertriebenem Maße privatwirtschaftlich eingestellt seien. Es sei notwendig, daß derartige Betriebe nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden. Dr. Schacht erklärte, daß er sich als Staatssozialist in dieser Beziehung bekenne. In bezug auf die Verwaltung der Gelder ist mit der Post, die ja viel weniger verselbständigt ist als die Eisenbahn, vollkommene Uebereinstimmung erzielt. Sehr heftig griff dagegen der Reichsbankpräsident die Verkehrs-Kreditbank, das eigene Bankinstitut der Reichsbahn, an, von dem er behauptete, daß es rein erwerbswirtschaftlich eingestellt sei. Ein Direktor dieses Instituts hätte es fertigbekommen, öffentlich zu erklären, daß die Reichsbahn ihre Gelder der Reichsbank nicht geben wolle, weil die Reichsbank unter ausländischem Einfluß stünde. Der Reichsbankpräsident betonte demgegenüber, daß von einem ausländischen Einfluß auf die Bankpolitik gar keine Rede sein könne.

Die Frage nach der Schädlichkeit des gegenwärtigen Zustandes der Anlage öffentlicher Gelder und nach dem Nutzen ihrer Zentralisation wird der Enquete-Ausschuß weiter sachlich zu prüfen haben. Auf jeden Fall aber können wir Herrn Dr. Schacht als Bundesgenossen im Kampfe gegen die privatwirtschaftlichen Tendenzen der Reichsbahnverwaltung gern begrüßen.

Auslandskredite und Freihandel.

Der Schluß der Schachtschen Ausführungen war ein heftiger Angriff auf die Auslandskredite. Dr. Schacht warnt seit längerer Zeit vor den Gefahren des Zustromes der Auslandskredite. Er sieht in ihnen nicht nur eine erwünschte Kapitalzufuhr zur Belebung der deutschen Wirtschaft, sondern er glaubt, daß viele von den Auslandskrediten aufgenommen werden, ohne genügende Rücksicht auf die Verpflichtung der späteren Rückzahlung. Er glaubt insbesondere, daß dieser Zustrom von Auslandskrediten, die zunächst zu einem Zustrom von Devisen in die Reichsbank führen, reparationspolitisch unheilvoll sei, weil er dem Ausland nicht nur eine Zahlungsfähigkeit Deutschlands, sondern vor allen Dingen auch eine Transfer-Fähigkeit, d. h. eine Fähigkeit, Zahlungen durch Devisenabgabe zu leisten, vortäusche, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sei. Dr. Schacht dem besonders die Auslandsanleihen der öffentlichen Körperschaften ein Dorn im Auge sind, meinte, daß die Politik der Beratungsstelle für Kommunalanleihen nicht ausreiche, um die Gefahren zu beschwören, und daß es vielleicht nötig sein werde, der Kreditaufnahme im Ausland schärfere Fesseln anzulegen.

Wir glauben, daß der Reichsbankpräsident die Gefahren der Auslandskredite sehr überschätzt, und daß er ihre Vorteile im Hinblick auf notwendigen Kapitalzustrom und vor allen Dingen auch als Ausgleichsmittel gegenüber zu hohen Zinsforderungen der Kreditgeber im Inlande unterschätzt. Die Diskussion über dieses Problem im Enquete-Ausschuß wurde vertagt, und es würde uns hier zu weit führen, in diesem Augenblick uns mit der ganzen theoretischen Begründung Dr. Schachts auseinanderzusetzen. Aber eine Frage soll doch aufgeworfen werden: Wie reimt sich der Wunsch nach einer protektionistischen Fesselung des internationalen Kapitalverkehrs zusammen mit den Grundsätzen der internationalen Handels- und Verkehrsfreiheit, die das Manifest der Wirtschaftsführer vertritt, zu dessen ersten Unterzeichnern der Reichsbankpräsident Dr. Schacht gehört? Ist es vielleicht typisch, daß die Wirtschaftsführer sich für die Handelsfreiheit immer mehr auf den Gebieten begeistern, auf denen sie weniger direkt beteiligt sind? Wenn der Bankpräsident für freien Warenhandel und gehemmten Kapitalverkehr eintritt, und der Großindustrielle für freien Kapitalverkehr, aber Aufrechterhaltung je nach der Branche der Eisen-, Textil- oder anderer Zölle, so wird wohl die Uebertragung der Grundsätze des Manifestes in die Praxis gute Weile haben.

Ein englischer Chemietrust.

Vierfirmenfusion mit 764 Millionen Mark Kapital.

Wie aus London gemeldet wird, stehen vier führende Gesellschaften der chemischen Industrie Englands vor der Fusion. Die Verwaltungen haben die Vertrustung im Grundsatz bereits beschlossen. Es handelt sich um

	Eingezahltes Kapital
Brunner, Mond u. Co. Lim. . .	13,75 Mill. Pfund
Nobel Industries Lim. . . .	16,97 „ „
British Dyestuffs Corp. Lim. . .	4,78 „ „
United Alkali Comp. Lim. . . .	3,72 „ „

Das eingezahlte Kapital beträgt insgesamt 38,2 Millionen Pfund Sterling oder rund 764 Millionen Mark. Das Nominalkapital liegt nicht unbeträchtlich höher; es beträgt 47,5 Millionen Pfund oder rund 950 Millionen Mark.

Die Höhe der zu vereinigenden Kapitalien zeigt, daß es sich um einen Zusammenschluß großen Formats handelt. Die Stellung dieses zukünftigen Trustes wird in England dieselbe sein, die die J. G. Farbenindustrie in Deutschland hat. Daben darf aber der Vergleich der Kapitalien nicht dazu verführen (das Nominalkapital der englischen Firmen ist nämlich noch höher als das des deutschen Chemietrustes), der englischen Kombination etwa die gleiche wirtschaftliche Bedeutung beizumessen. Davon kann nicht entfernt die Rede sein, weil die englischen Gesellschaften allgemein viel höher kapitalisiert sind als heute die deutschen, von der Zusammenhanglosigkeit, der Jugend und relativen Unerfahrenheit der englischen Chemieindustrie ganz abgesehen.

Der Zusammenschluß selbst, die von Mr. Mond aus der Brunner, Mond u. Co. Lim. ausgeht, ist ein Zeichen für die Lebendigkeit, mit der die Notwendigkeit der Konzentration auch in dem konservativen England heute empfunden wird. Daß Deutschlands Beispiel stark anregend gewirkt hat, ist sicher; es ist auch wahrscheinlich, daß die vom deutschen Farbenkonzern schon früher mit der British Dyestuffs Corp. angeknüpften Verhandlungen und die seit der Köln-Rottweil-Fusion ziemlich eng gewordenen Verbindungen zwischen J. G. Farben und dem englischen Nobel-Konzern dem Zusammenschluß förderlich waren. Daß Duisberg, der Leiter des deutschen Chemietrustes, mit Mister Mond an den Wirtschaftsverhandlungen in Romsey teilnahm, das läßt im Zusammenhang mit den vorhin genannten Verbindungsfäden auch darauf schließen, daß nicht ausschließlich Konkurrenzgesichtspunkte die Fusion veranlaßt haben.

Der Außenhandel der Sowjetunion.

Das Handelskommissariat der Sowjetunion hat vor kurzem nähere Angaben über den Außenhandel der Sowjetunion veröffentlicht.

Der Gesamtumsatz im Handel mit den europäischen Staaten betrug demnach für zehn Monate des Wirtschaftsjahres 1925/26 1064 Millionen Rubel gegenüber 908 Millionen Rubel für dieselbe Zeit im Vorjahre. Auf die Ausfuhr entfielen 493 Millionen, auf die Einfuhr 571 Millionen Rubel. Die entsprechenden Zahlen für das Vorjahr waren 386 Millionen und 522 Millionen Rubel. Das passive Saldo betrug für 10 Monate 1925/26 78 Millionen gegenüber 136 Millionen Rubel im Vorjahre. An erster Stelle ist am russischen Außenhandel England beteiligt. Der Umsatz im Handel mit ihm erreichte für die genannte Zeit 259,1 Millionen Rubel, wobei auf die Ausfuhr 159,6 Millionen und auf die Einfuhr 109,5 Millionen Rubel entfielen. An zweiter Stelle steht Deutschland (im vorigen Jahre standen die Vereinigten Staaten an dieser Stelle). Der entsprechende Umsatz betrug 242,4 Millionen Rubel. Der Umsatz mit den Vereinigten Staaten erreichte 109,1 Millionen gegenüber 187,7 Millionen Rubel im Vorjahre. Der Umsatz mit Frankreich betrug 52,9 Millionen, mit Lettland 61,6 Millionen, mit Belgien 19,1 Millionen, mit der Tschechoslowakei 18 Millionen Rubel.

Der Umsatz im Handel mit den asiatischen Ländern machte für 9 Monate des Jahres 1925/26 116,7 Millionen Rubel aus, wobei auf die Ausfuhr 53,6 Millionen und auf die Einfuhr 65,1 Millionen Rubel entfielen. Der Einfuhrüberschuß betrug 9,5 Millionen Rubel. Die Hauptrolle im russischen Handel mit Asien spielt Persien. Der Umsatz betrug dabei 59,3 Millionen Rubel; auf die Ausfuhr entfielen 27,2 Millionen und auf die Einfuhr 32,1 Millionen Rubel. Der Umsatz mit China betrug 22 Millionen, mit Japan 6,3 Millionen, mit Mongolien 4,7 Millionen und mit Afghanistan 3,7 Millionen Rubel.

Ausbau der oberrheinischen Elektrizitätswirtschaft.

In der Schweiz ist soeben die Gründung der Aktiengesellschaft zum Bau und Betrieb des Kraftwerks Ryburg-Schörfedt vollzogen worden. Gründer der Aktiengesellschaft sind der badische Staat, die Kraftübertragungszentrale Rheinfelden, der schweizerische Kanton Aargau und die Gesellschaft Motor-Columbus-Zürich. Das Aktienkapital beträgt 30 Millionen Franken. Der Kostenaufwand für den Ausbau des ganzen Werkes ist auf 60 Millionen Franken veranschlagt. Die Anlage soll in vier Jahren fertiggestellt sein. Die erzeugte Energiemenge von einer halben Milliarde Kilowattstunden wird zur einen Hälfte der Schweiz, zur anderen Hälfte Baden zufallen.

Mit der Anlage dieses neuen Kraftwerkes am Oberrhein ist ein weiterer Schritt in der Nutzbarmachung der Wasserkräfte des Oberrheins für die Elektrizitätswirtschaft getan. Die Ausnutzung der Rheinstrecke von Konstanz bis Basel wird auf 3,6 Milliarden Kilowattstundenleistung geschätzt. Damit ist die Rheinstrecke eine der größten Kraftquellen Europas. Es sind 13 Kraftwerke vorgesehen, von denen vier bereits erstellt sind.

Der Aktienanteil des badischen Staates an dem neuen Werk beträgt 50 Proz. Mit dieser Beteiligung sichert sich der Staat einen namhaften Einfluß auf die Elektrizitätswirtschaft des Oberrheins. Baden ist alleinige Besitzerin des Badenwerks, das fast das ganze Land mit Kraft und Licht versorgt. Gegenwärtig ist eine weitere große Kraftanlage im Ausbau begriffen, das Schluchseewerk, das nach vollem Ausbau mit 390 Millionen Kilowattstunden die größte Speicheranlage Deutschlands sein wird.

Auf dem Wege zum Monopol.

Der Stahlverein auch Herrscher im mitteldeutschen Stahltrust?

Bei unserer Behandlung der Neugruppierung des Linke-Hofmann-Lauchhammer-Konzerns im Zusammenhang mit der Bildung des Mitteldeutschen Stahltrustes haben wir schon auf die bedeutsame Mittlerrolle des Herrn der Charlottenhütte, Friedrich Flick, jetzt Großaktionär der Vereinigten Stahlwerke A.-G., hingewiesen. Flick ist auch Besitzer des beherrschenden Aktienpakets von Linke-Hofmann-Lauchhammer und verfügt ebenso über die 15 Millionen Aktien des Oberschlesischen Montantrustes. Die Gründung des Mitteldeutschen Stahltrustes im Zusammenhang mit der Sanierung des Lauchhammer-Konzerns wird damit als eine Sanierung des Aktienbesitzes des Herrn Flick erkennbar und erhält durch seine jetzige Stellung im Direktorium des Ruhrmontantrustes eine weit über die mitteldeutschen Umstellungsvorgänge hinausgreifende Bedeutung. Die Vereinigte Stahlwerke A.-G. dürfte nämlich schon jetzt praktisch den Mitteldeutschen Stahltrust beherrschen und durch starke Mitbeteiligung am Oberschlesischen Montantrust auch dessen Politik weitgehend beeinflussen.

Von dem 50-Millionen-Kapital des Mitteldeutschen Trustes erhält nämlich der Stahlverein für sein Brandenburger Weberwerk unmittelbar 12 Millionen, also die qualifizierte Minderheit. 5 Millionen werden ja im Portefeuille des Trustes zu eventuellen Angliederungen zurückgehalten. Herr Flick erhielt als Großaktionär vom Linke-Hofmann-Konzern für dessen

Seit drei Generationen
ist in Berlin unsere
KÖNIGIN VON SABA
die von Kennern am meisten begehrte und geschätzte
Qualitätszigarette.
Ihre Mischung wird von Fachleuten besonders überwacht. Die pflegliche Behandlung durch eine langjährige Belegschaft sichert dieser Zigarette ihre besondere
Beliebtheit in Berlin

Nur echt in dieser Packung

Einbringungen in den mitteldeutschen Trust 28 Millionen. Mit den eigenen 12 Millionen beherrscht das Düsseldorfer Direktorium des Stahlvereins den mitteldeutschen Trust fast vollständig. Es kommt hinzu, daß für 5 Millionen von den 33 Millionen, die insgesamt an den Linke-Hofmann-Konzern gehen, ein Kaufangebot bereits vorliegt, hinter dem mit Recht der Ruhrmontantrust vermutet wird.

Aber auch nach Oberschlesien reicht von der Vereinigten Stahlwerke A.-G. über den mitteldeutschen Trust eine sehr tragfähige Brücke von Finanzinteressen. Für das 15-Millionen-Aktienpaket, das der Linke-Hofmann-Konzern vom Oberschlesischen Montantrust besitzt, ist der Verkauf an den Mitteldeutschen Stahltrust vorgesehen, der seinerseits die dazu erforderlichen Mittel aus einer 20-Millionen-Obligationenanleihe nehmen will. Die Herrschaft der Vereinigten Stahlwerke A.-G. über die mitteldeutsche Stahlerzeugung wird also gleichzeitig auch die Verfügung über das halbe Aktienkapital des Oberschlesientrustes bedeuten, womit der Ring zwischen dem West- und Mitteldeutschen und dem Oberschlesischen Stahltrust geschlossen sein würde.

Da sich Monopole in der Beherrschung der Geschäftsführung von Gesellschaften und auf dem Markt auswirken, bedeuten die letzten Transaktionen des Herrn Flick und der Danatbank die Heranführung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. an eine Position, die einem Monopol in der deutschen Eisen- und Stahlerzeugung nahekommt. An Gegenoperationen, die von der Deutschen Bank, vielleicht in Verbindung mit den selbständigen Ruhrmontanwerken geführt wurden, hat es nicht gefehlt. Für die Lauchhammer-Werke lag ein Gegenangebot für 35 Millionen vor, und aus früherer Zeit ist ja bekannt, daß die Deutsche Bank die Gußstahlwerke Döhlen A.-G. erwarb und so aus der Eingliederung in den mitteldeutschen Trust ausschloß. Diese Gegenoperationen blieben allerdings ohne Erfolg, wie die Vorgänge bewiesen haben.

Betriebswirtschaft und Arbeitnehmer.

Zu unserer Notiz unter dem obigen Titel in der Abendnummer vom Donnerstag, den 21. Oktober wird uns von der Berliner Gewerkschaftsschule geschrieben:

Die Berliner Gewerkschaftsschule begrüßt aufs lebhafteste die in dem Artikel „Betriebswirtschaft und Arbeitnehmer" gegebene Anregung an die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, sich mit der Wirtschaft ihres Betriebes auseinanderzusetzen und die Bilanzen, wie es im § 2 des BRG. vorgeschrieben ist, sich vorlegen und erläutern zu lassen und diese Bilanzen kritisch auszuwerten. Da jedoch die Urteilsfähigkeit über betriebswirtschaftliche Vorgänge und auch über den Jahresabschluß eines Betriebes eine ziemlich hohe betriebswirtschaftliche Schulung voraussetzt, machen wir darauf aufmerksam, daß die Berliner Gewerkschaftsschule seit einer Reihe von Jahren in ihrem Lehrplan ständig betriebswirtschaftliche Kurse führt. Zurzeit findet ebenfalls ein Lehrgang „Betriebswirtschaftslehre" unter Leitung von Fritz Fricke statt, der jeden Dienstag, abends 7 Uhr, im Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstraße 16/17, abgehalten wird. Es ist noch möglich, neue Teilnehmer unter folgenden Bedingungen aufzunehmen:

Die neuen Hörer sollen möglichst Betriebsräte oder Gewerkschaftsfunktionäre sein. Um den Stoff der bisher zurückgelegen Stunden nachzuholen, wird ein kurzer Nachschulungs-Lehrgang, der sich hauptsächlich mit den grundlegenden handelsrechtlichen Fragen über die Unternehmungsformen beschäftigt, veranstaltet. Er wird vier bis fünf Abende umfassen und vermutlich Mittwochabends stattfinden. Nach Ablauf dieses kurzen Vorbereitungs-Lehrganges können die Teilnehmer desselben in den Kursus „Betriebswirtschaftslehre" übernommen werden, der bis zum Juni nächsten Jahres läuft und alle Fragen der Organisation, Verwaltung, Abrechnung (Bilanz) des Betriebes gründlich bearbeitet. Anmeldungen bitten wir schriftlich oder mündlich an die Berliner Gewerkschaftsschule, Engelufer 24/25, Zimmer 6 zu richten. Sprechstunden Montags und Freitags zwischen 4 und 7 Uhr.

Geringere Produktionseinschränkung in der Eisenindustrie. Bisher arbeitete die deutsche Schwerindustrie mit einer Produktionseinschränkung von 30 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit. Nachdem die letzten Monate bereits eine starke Steigerung der Eisenproduktion gebracht hatten und die Werke teilweise auf längere Zeit hinaus mit Aufträgen versehen sind, hat sich die Rohstahlgemeinschaft endlich entschlossen, diesen Satz auf 20 Proz. herabzusetzen. Die Schwerindustrie wird also nur noch um ein Fünftel verkürzt arbeiten. Es ist sogar damit zu rechnen, daß die deutsche Schwerindustrie damit ihr Kontingent in der internationalen Rohstahlgemeinschaft überschreiten wird und die Vertragsstrafe von 4 Dollar je Tonne entrichten muß, die in diesem Falle vorgesehen ist. Praktisch ist die Belastung allerdings wesentlich geringer, da die deutsche wie alle anderen Schwerindustrien an einem bestimmten Anteil an den durch Vertragsstrafen angesammelten Beträgen der Kasse des internationalen Rohstahlverbandes teilnimmt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3. stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten

Bezirksvorstand.

Heute, Sonnabend, 23. Oktober, abends 6 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Konferenzzimmer der „Vorwärts"-Redaktion, Lindenstr. 3, 4. Hof 4 Treppen.

7. **Kreis Charlottenburg und Spandau.** Juristische Sprechstunde findet am Sonnabend, 23. Oktober, nachmittags von 5—6 Uhr, im Jugendheim Rosinenstr. 4 statt.

9. **Kreis Wilmersdorf.** Achtung, Abteilungsleiter! Die Plakate und die Handzettel für den Republikanischen Abend sind bei Kraths, Holsteinische Str. 60, bestimmt abzuholen.

Heute, Sonnabend, 23. Oktober:

4. **Abt.** Nachmittags 4 Uhr treffen sich sämtliche Genossen bei Lötschert, Neue Friedrichstr. 108. Neuerst wichtig.

6. **Abt.** 7½ Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Dobrahlaw, Swinemünder Straße 11.

8. **Abt.** Die Jugendfeier, die am 23. Oktober stattfinden sollte, mußte wegen besonderer Umstände abgesagt werden. Die Genossen, welche im Besitze von Eintrittskarten sind, wenden sich an den Genossen Wilhelm Klappstein, Culmstr. 20a.

24. **Abt.** Die Genossen, welche noch Werbematerial benötigen, wollen solches beim Abteilungskassierer in Empfang nehmen.

33. **Abt.** Den Bücherkreisleitern zur Mitteilung, daß beim Genossen Paul Pen, Gesslerstr. 1, Billetts zu haben sind für Sonntag, 24. Oktober, 8 Uhr. Theo Marx spricht über: „Kreatur" im Bürgersaal des Rathauses.

Neukölln. 31. **Abt.** Die Bezirksführer holen bestimmt ab 6 Uhr von Köller Material ab. Anschließend daran wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. — 85. **Abt.** Einlaßkarten zum Familienabend am Sonntag, 24. Oktober, in Rudow, Lindenpark, sind bei allen Bezirkskassierern zu haben. Wir bitten um rege Beteiligung.

Morgen, Sonntag, 24. Oktober:

9. **Abt.** Vormittags 9 Uhr wichtige Flugblattverbreitung bei Hübner, Wilmsdorfer Str. 34.

12. **Abt.** Vormittags 10 Uhr bei Schmidt, Wielefstr. 17, wichtige Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen bestimmt und pünktlich erscheinen.

28. **Abt.** Konsumbesichtigung. Treffpunkt früh 8 Uhr Prenzlauer Allee Ecke Weker Straße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

36. **Abt.** Konsumbesichtigung. Treffpunkt vormittags 9 Uhr auf dem Petersburger Platz. Zahlreiche Beteiligung auch der Frauen und Sympathisierenden erwünscht.

32. **Abt. Charlottenburg.** Vormittags 10 Uhr treffen sich alle Genossen zur Flugblattverbreitung bei Bohe, Kaiserin-Augusta-Allee 52.

85. **Abt. Neukölln.** Herbst-Familienabend in Rudow, Restaurant „Lindenpark", Bendastraße. Konzert, Rezitationen, Vorträge, Tanz, Lebende Bilder. Anfang nachmittags 5 Uhr. Von 3—6 Uhr nachmittags Kaffeekochen. Eintritt einschließlich Tanz 50 Pf. Straßenbahn 47 bis Rudow.

*

Jungsozialisten. Gruppe Lichtenberg: Sonntag, 24. Oktober, Konsumbesichtigung. Treffpunkt vormittags 9 Uhr Frankfurter Allee Ecke Gärtnerstraße, am „Schwarzen Adler".

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Jugendbezirke, Referenten, Mitarbeiter und ältere Genossen, erscheint heute abend zu dem Vortrag des Genossen Dr. Siegfried Bernfeld über: „Die Psyche des proletarischen Jugendlichen". **Tagungsort: Juristische Sprechstunde, Lindenstraße 3. Beginn ½8 Uhr.**

Führerversammlung morgen, Sonntag, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamts Kreuzberg, Yorckstraße. Vortrag: „Jugend, Kultur, Wirtschaft und Politik". Eingeladen sind hierzu alle interessierten Älteren Genossen und Mitarbeiter.

Heute, Sonnabend, 23. Oktober:

Gemeinsame Sprechchorprobe im Jugendheim Lindenstr. 3. Sämtliche Genossen, die bisher an den Proben in ihrem Werbebezirk teilgenommen haben, müssen unbedingt erscheinen. Interessierte Genossen sind herzlichst willkommen.

Werbebezirk Neukölln: 7 Uhr im Jugendheim Kanner Straße äußerst wichtige Tagesordnung. Jeder Genosse und jede Genossin muß erscheinen. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Werbebezirk Kreuzberg: Der Schulungskursus fällt wegen der Sprechchorprobe aus und findet am Montag, 25. Oktober, statt. Die Genossen müssen sich restlos am Sprechchor beteiligen.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Beginn des Schulungskursus ½8 Uhr im Jugendheim Danziger Str. 62. Genossen, erscheint pünktlich.

Westen: Die Jugendfeier, die heute stattfinden sollte, muß wegen unüberwindbarer Schwierigkeiten abgesetzt werden. Die gelösten Karten werden gegen Rückerstattung des Geldes von unseren Genossen und von dem Genossen Klappstein, Culmstr. 20a, zurückgenommen.

Morgen, Sonntag, 24. Oktober:

Schönhauser Vorstadt: Fahrt. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — **Westen:** Fahrt. Treffpunkt ½8 Uhr Bahnhof Pillenstraße. — **Schöneberg I** und **II:** Besichtigung des Konsums. Treffpunkt ½8 Uhr KPG. — **Lichtenberg-West:** Fahrt. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Strausberg-Rummelsburg.

Werbebezirk Teltowkanal: Besichtigung der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Treffpunkt ½11 Uhr Charlottenburg, Am Knie Ecke Herbenderstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 3 Tr.

Wassersportabteilung: Jungmannschaften Sonntag Arbeitsdienst. Nachmittags gemütliches Zusammensein. — **Neukölln-Brix:** 5. Kameradschaft Jungmannschaft Sonntag, d. 24., Treffpunkt 9 Uhr Elbe- Ecke Kaiser-Friedrich-Straße zur Konsumbesichtigung. — **Lichtenberg nebst Außengruppen:** Sämtliche Kameraden sowie Tambourkorps treffen sich zur Konsumbesichtigung um 11¼ Uhr Rittergut- Ecke Memeler Straße.

Arbeiter-Tennis-Vereinigung. Das erste Hallentraining findet Sonntag, 24. Oktober, vormittags von 9—12 Uhr, in der Schule Germannstraße (5 Minuten vom Alexanderplatz) statt. Turnschuhe und Tennisschläger sind mitzubringen.

Berliner Biochemischer Verein. Montag, 25. Oktober, 8 Uhr, Moabit, Bandelstr. 35, Hohenzollernsälle. Referent Herr Dr. Stockfleth.

Neue Kurse der Weltsprache Ido. 3. Bezirk: Mittwoch, 3. November, ½8 Uhr, bei Theodor Witt, Pasewalker Str. 2. Referat: „Weltsprache und Klassenkampf". 4. Bezirk: Mittwochs ½8 Uhr bei Hans Perkun, Friedenstr. 27. 5. Bezirk: Donnerstags ½8 Uhr bei W. Kaufmann, Libauer Str. 7. 8. Bezirk: Montag, 25. Oktober, 7 Uhr, in der 2. Gemeindeschule, Moltkestr. 32, Zimmer 1. Einleitendes Referat: „Die Weltsprache im Dienste des Klassenkampfes". 17. Bezirk: Kinderkursus Dienstags und Freitags 4—6 Uhr Rathausstraße, Baracken.

Arbeitersport.

Schachwettkämpfe des BASK.

Resultate der letzten Spiele: Die Spiele um die Abteilungsmeisterschaft im Berliner Arbeiter-Schachklub am letzten Sonntag zeitigten folgende Resultate: A-Gruppe: Osten I gegen Südwest I 7½ : 2½. Lichtenberg I gegen Wedding II ½ : 8½ (3 Hänge). B-Gruppe: Friedrichsfelde I gegen Weißensee I 6½ : 2½ (1 Hänge). Nordwest I gegen Charlottenburg II 4½ : 2½ (3 Hänge). Nordring I gegen Norden I 5 : 4 (1 Hänge). D-Gruppe: Mitte I gegen Charlottenburg III 9 : 1. Baltikum I gegen Gesundbrunnen III 6½ : 2½ (1 Hänge). Südwest II gegen Norden II 5 : 5. Neukölln II gegen Wedding IV 9 : 1. Süden II gegen Friedrichsfelde 4 : 5 (1 Hänge).

So klein

ist ein Päckchen WRIGLEY P.K.-Kau-Bonbons. Es lässt sich bequem in der Tasche unterbringen.

Stets willkommen zur Erfrischung von Mund und Atem, besonders nach dem Essen, Trinken und Rauchen.

Dauerndes angenehmes Aroma, appetitanregend, Verdauung fördernd.

Von vielen Aerzten und Zahnärzten empfohlen!

G.F.7

Päckchen – 4 Stück – 10 Pf. Ueberall erhältlich!

WRIGLEY

WRIGLEY AKTIEN-GESELLSCHAFT, FRANKFURT A.M.

Chauffeure!

Fahrt gute Reifen

Fahrt deutsche Reifen

Fahrt

Peters Union

Rotsiegel-Cord-Reifen

denkt an die Arbeitslosen

helft deren Zahl vermindern

sorgt daß deutsches Geld nicht ins Ausland geht

fahrt daher nur

Peters Union

die deutsche Qualitätsmarke

Sonnabend
23. Oktober 1926

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Einst und jetzt.

Einzug der Roten in die Berliner Stadtverwaltung.

Erinnerungen von Adolph Hoffmann.

Sicher haben diejenigen recht, die behaupten, daß beim Zusammenbruch der kaiserlichen Herrlichkeiten manches versäumt ist, was anders gestaltet werden konnte, wenn — fester zugepackt worden wäre. Ganz besonders haben sie recht, wenn die, die jetzt am lautesten über „Verrat" schimpfen, mit zugefaßt hätten, sofern sie damals politisch schon aktionsfähig waren.

Aber immerhin: stellte das Schicksal das deutsche Proletariat noch einmal vor dieselbe Aufgabe, würde es sicher manches besser machen.

Nicht zuletzt deshalb, weil die neue Zeit einen großen Teil Proletarier in Aufgaben hineingezwungen hat, die sie in der alten mit sehr, sehr wenigen Ausnahmen sich nicht getraut hätten zu übernehmen.

Der aufsteigende vierte Stand wurde vordem absichtlich von allem zurückgehalten. Das Dreiklassenwahlrecht in Staat und Gemeinden versperrte ihm die ihm zukommende ausschlaggebende Macht in diesen Parlamenten.

Die Verwaltungen, Ausführungsbehörden waren aber hermetisch abgeschlossen für alle, die nur im leisesten Verdacht der nichtkonservativen Gesinnung standen. Man erinnere sich der wütenden Angriffe der Junker gegen die Minister, die einmal, sicher aus Versehen, einen Nationalliberalen als Landrat, einen Freisinnigen als Schulrektor passieren ließen. Und nun gar einen Proleten!

War es doch noch der Reichskanzler Bülow, der erklärte: „Es ist Pflicht der Regierung, darauf zu achten, daß auch der letzte der Beamten die Politik der Staatsgewalt vertritt."

So kam es, daß ein Sozialdemokrat im hohenzollernschen Ordnungsstaat nicht einmal Nachtwächter auf einem obskuren Junkerdorfe werden konnte.

Als man daher 1918 den „Proleten" den politischen Trümmerhaufen, der von der ganzen Herrlichkeit übrig geblieben war, zum Ordnen überließ, während man wirtschaftlich alles abgedreht hatte, standen wir vor einer Riesenaufgabe, wie sie die Geschichte noch keinem Volke gestellt hat. Mit gänzlich ungeschulten oder nur wenig geschulten Kräften. Und mancher, der ablehnte, einen Posten zu übernehmen, tat es wohl nicht zum kleinen Teil aus Furcht, der Aufgabe nicht gewachsen zu sein, die viele dann hinter radikalen Phrasen verbargen, da ja Schimpfen und Kritisieren leichter war als mit zuzufassen, auch unter der Gefahr, einmal auf dem völlig neuen Gebiet einen Fehlritt oder Fehlgriff zu tun.

Warum war es so?

Kleine Ursachen, große Wirkungen!

Nachdem es nach der Puttkamerschen Auflösung des Berliner Stadtparlaments 1883 der Sozialdemokratie gelungen war, in den Karpfenteich rote Hechte hineinzusetzen, war es vom ersten Tage an unter Paul Singers Führung das Bestreben der sozialdemokratischen Fraktion, in die Bezirks-, Armen-, Waisen-, Schulkommissionen usw. Genossen hineinzubringen. Aber nicht nur im Magistrat und in den Stadtverordnetenversammlungen stieß man auf härtesten Widerstand, sondern besonders in den Bezirken selbst.

Wir waren an Kampf und zähe Ausdauer gewöhnt. Und so hätte uns dieser Widerstand nur noch mehr angefeuert. Jedoch der größte Feind der Versuche war die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten in den Genossenkreisen nicht die nötige Unterstützung fanden.

Nicht aus bösem Willen oder Opposition, sondern weil es den „recherchierenden Stadtverordneten", die für Neubesetzung der Bezirkskommissionen das Vorschlagsrecht hatten, äußerst schwer fiel, Genossen zu finden, die sich bereit erklärten, ein solches Amt zu übernehmen, weil — „sie davon keine Ahnung hätten".

Wie viele Besuche, Reden und Erklärungen waren notwendig, selbst bei intelligenten Genossen, ehe man ihnen begreiflich gemacht hatte, daß sie in das betreffende Amt etwas mitbrächten, was die meisten bürgerlichen Mitglieder nicht besitzen können, nämlich die Kenntnis, wo dem arbeitenden Volk, den Notleidenden der Schuh drückt. Und die Interessen dieser leidenden Mitmenschen besser gewahrt werden, wenn ein Arbeiter zur Recherche zu ihnen kommt und ihre Wünsche in der Kommission zu vertreten in der Lage ist.

Die meisten von denen, die sich dann „breitschlagen" ließen, ein solches Amt zu übernehmen, waren sehr bald infolge ihrer natürlichen Begabung und Sachkenntnis in der Lage, grundlegende Aenderungen in das bisherige System zu bringen.

Doch selbst, wenn wir endlich einen solchen Genossen erwischt hatten, so hatte er das Amt noch nicht.

Da war noch ein Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung für „unbesoldete Gemeindebeamte". Und da in den Stadtbezirken der Sozialdemokraten fast überall noch ein bürgerlicher Stadtverordneter „Mitrecherchierender" war, mußten in diesem Ausschuß recht oft schwere Kämpfe ausgefochten werden, um den gefürchteten Roten in die betreffende Kommission hineinzubekommen.

Das zu verhindern hatten die Bürgerlichen alle Ursache. Die Fortschritts- wie die spätere Freisinnige Partei besaßen in Berlin nur Ruhlmente von Organisationen und dominierten doch in allen Stadtverordnetenwahlbezirken, weil die Bezirkskommissionen ihre Wahlbureaus waren. Und deshalb wollten sie keinen Andersgesinnten dazwischen haben.

In helle Aufregung aber gerieten diese Karpfenteiche, als es im neuen Jahrhundert endlich gelungen war, durchzusetzen, daß in den Armenkommissionen Frauen zugelassen werden sollten.

Leider war es — nach dem Vorhergesagten erklärlich — damals noch schwieriger, Frauen für ein derartiges Amt zu gewinnen.

Ich hatte damals zwei Recherchenbezirke. Den einen in der Blumenstraße, den anderen vor dem Königstor. In letzterem wurde in der Armenkommission eine Stelle frei. Nachdem ich lange vergebens nach einer Genossin gesucht hatte, ohne sie zu finden, machte mich ein Genosse des Bezirks darauf aufmerksam, daß die Frau eines Magistratssekretärs, der im Bezirk wohnte, bereit wäre, das Amt anzunehmen. Nach Rücksprache mit derselben schlug ich sie vor, aber — die Armenkommission explodierte in des Wortes verwegenster Bedeutung, obwohl die Frau keine Sozialdemokratin war. Sämtliche Kommissionsmitglieder erhoben einen geharnischten Protest mit der Erklärung, daß sie ohne Ausnahme ihre Aemter niederlegen würden, „wenn man ihnen ein Weib aufzwänge".

Der Ausschuß für Unbesoldete wollte vermitteln, holte sich aber von beiden Seiten eine Abfuhr.

Zur nächsten Sitzung der Bezirksarmenkommission fuhr ich mit Stadtrat Dr. Münsterberg, dem damaligen Höchstgewaltigen der Armendirektion, in das Tagungslokal „Zum Landvogt".

Bis in die sinkende Nacht ging der Kampf. Die Kommission blieb dabei, die Aemter niederzulegen, wenn Hoffmann den Vorschlag nicht zurücknähme. Sogar ein Genosse, der einzige in der Kommission, hatte sich von der Entrüstung mitreißen lassen.

Was wurden für Argumente gegen die Frau angeführt?

Es kämen Dinge zur Sprache und es wären Recherchen vorzunehmen, die man einer Frau nicht zumuten könne.

Ich wies auf einen Fall gerade in diesem Bezirk hin, in welchem ich als recherchierender Stadtverordneter eine Nachrecherche bei einer schwer unterleibsleidenden Frau vornehmen mußte, die über diese zweite Recherche so erregt wurde, daß sie das Deckbett von ihrem Körper warf und ihr entsetzliches Leiden vor meinen Augen bloßlegte.

Ich fragte die Kommission, ob da nicht eine Frau besser am Platze gewesen wäre.

Alles ohne Erfolg.

Schließlich erklärte der Armenvorsteher der Kommission: „Ja, nach den Sitzungen bleiben wir immer noch gemütlich beisammen. Und da wird mancher Witz erzählt, der für ein Weib nicht paßt."

„Ach so," entgegnete ich, „Sie haben nachher noch einen Schweinigelklub. Dann sage ich Ihnen: Bleibt die Frau nach den Sitzungen noch da und hört sich die Witze mit an, dann paßt sie in Ihren Streifen. Sonst geht sie nach Schluß der Sitzung nach Hause."

Selbst dem Vorsitzenden der Armendirektion war es zu starker Tabak. Dr. Münsterberg entschied: „Es bleibt dabei. Die Frau ist Mitglied. Tun Sie, meine Herren, was Sie nicht lassen können."

Alle legten ihre Aemter nieder, bis auf den Sozialdemokraten, der seinen Anspruch zurücknahm.

Die Aemter wurden sämtlich mit Sozialdemokraten neubesetzt.

Einen zweiten Fall möchte ich aus meinem anderen zu recherchierenden Bezirk berichten, der von weittragender Bedeutung war. Auch in dem Bezirk in der Blumenstraße hatte ich eine Reihe Genossen, die sich bereit erklärten, das Amt anzunehmen, in die Armenkommission hineingebracht. Auch hier legte ein großer Teil der bürgerlichen Mitglieder ihre Aemter nieder. Ich ersetzte sie alle durch Genossinnen und Genossen, und so bekamen wir durch den Streik der Bürgerlichen die Mehrheit. Und bei der Neuwahl des Armenvorstehers wählte die Kommission die erste Frau zur Armenvorsteherin. Das war die erste Armenvorsteherin in Deutschland.

Natürlich schlug diese Tatsache wie der Blitz ein. Aber alles half nichts. Die Frau ward bestätigt und machte ihre Sache so vorzüglich, daß bei der nächsten Neuwahl ihr bürgerlicher Vorgänger, der inzwischen zurückgekehrt war, sie selbst zur Wiederwahl mit den anerkennendsten Worten vorschlug, „daß er keinen Anstand nehme, zu erklären, er hätte nie geglaubt, daß ein Mann das leisten könnte, was diese Frau in ihrem Amte vollbracht hat".

Diese Frau war die Genossin Ottilie Gerndt, die am 14. Oktober ihr 60. Lebensjahr vollendete und noch heute mit gleicher Kraft in der Wohlfahrtspflege, die dank der Sozialdemokratie aus der Armenpflege geworden ist, tätig ist und auch als Bezirksverordnete in Berlin-Mitte noch „ihren Mann" steht.

Mögen die Genossinnen und Genossen an dieser Tatsache sich ein Beispiel nehmen und zugleich bedenken, je mehr sich zu solchen Aemtern zur Verfügung stellen, desto mehr bekommen wir Einblick in das Getriebe der Verwaltung, und desto leichter wird es gegebenenfalls, die bürgerliche Gesellschaft abzulösen. Das ist nicht durch Nurkritik möglich, sondern hier heißt es, praktisch auch die Tat walten zu lassen. Was jetzt doch schon etwas leichter ist als einst.

Der völkische Schwachsinn.

Da die Stresemann-Attentäter als schwachsinnig freigesprochen sind, beabsichtigen völkische Geheimverbände ihre gesamte Mitgliedschaft mit dem „Jagdschein" auszurüsten.

Berliner Ortsnamen.

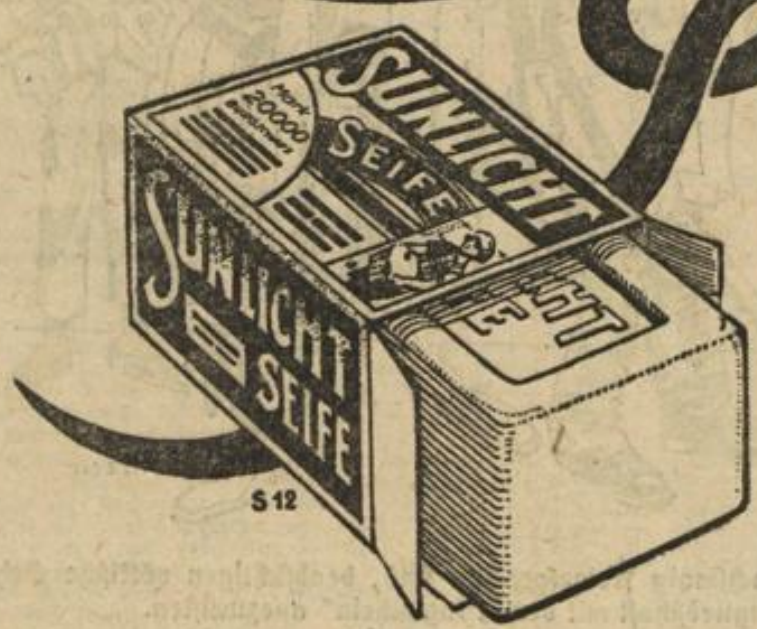
Was bedeutet eigentlich Berlin? Diese Frage haben sich schon viele vorgelegt, und die Wissenschaft hat über diesen sowie über andere merkwürdige Berliner Namen viel gestritten. Antwort auf alle diese Fragen gibt nun ein kleines Buch „Alte Ortsnamen im Westen Groß-Berlins" von Hermann Patzig, erschienen in dem Berliner Verlage von Karl Curtius. Die wahrscheinlichste Deutung des Namens Berlin sowie der zehn übrigen Orte, die so heißen, ist eine slawische Ableitung von einem Wort, das „das Wehr" bedeutet. Dieses Wehr verband das rechte zu Barnim gehörende Spreeufer mit dem linken in Teltow gelegenen und stellte so von Anfang an eine Gemeinschaft zwischen den beiden Orten her, aus denen Berlin entstanden ist. Berlin sowohl wie Kölln hatten für die Instandhaltung der Sperre zu sorgen. Daß hier ursprünglich eine slawische Niederlassung war, zeigen auch andere slawische Namen. Alte deutsche Benennungen aber sind der „Krank", d. h. Ring an der Nikolaikirche und der „Krögel" an der Spree. Krögel heißt mittelhochdeutsch soviel wie Hacke: es ist eine Gabel mit hackenförmigen Spitzen, die als eine Art Rechen, zu dem Wehr gehörig, in die Spree hineinreichte und dem zu ihr führenden Zugang den Namen gab. Die ursprüngliche Schwesterstadt von Berlin, Kölln, hat mit Köln am Rhein nichts zu tun. So wie bei den vielen anderen „Köln" genannten Orten ist das Wort aus dem lateinischen colonia herzuleiten; es bezeichnete den Wohnort der „coloni", der halb- oder ganz freien Siedler, die vom Landesfürsten oder der Vogtei abhängig waren. Charlottenburg hieß, bevor Friedrich I. den Ort nach der Kurfürstin Sophie Charlotte benannte, Lützenburg; dieser Name ist nicht von dem deutschen „Lützel" = klein abzuleiten, sondern von dem slawischen lucina = Wiese. Der Grunewald hatte bis ins 16. Jahrhundert als Teil der Teltowschen Heide keine besondere Bezeichnung. Erst als Joachim II. 1542 dort ein Jagdhaus erbaute, nannte er es „Zum grünen Wald". Hundekehle heißt Hundehütte. In dieser Bedeutung erscheint das Wort schon im 14. Jahrhundert. Friedrich Wilhelm I. verband mit dem Hundehaus, das sich wohl schon im 17. Jahrhundert am Hundekehlen-See befand, eine Försterei.

Halensee ist nach einem See genannt, der der „hohle" oder hale See hieß. Diesen Namen hatte der See erhalten, weil er in einer Talsenkung liegt. Schlachtensee, das zuerst in einer lateinischen Urkunde von 1242 über den Verkauf Zehlendorfs an Lehnin erscheint, wird hier „Slatdorp" genannt. Die slawischen Fischer, die hier wohnten, bezeichneten ihre Niederlassung als Moor- oder Schlitdorf, denn diese Bedeutung hat das slawische slatina. Slatdorp wurde dann in Schlachtendorf und der daselbst liegende Slatsee in Schlachtensee verdeutscht. Schmargendorf findet sich zuerst 1370 unter dem Namen „Marggreuendorp"; dann erscheint es 1440 als Smargenendorp und später als Schmargendorf, wobei wohl das deutsche Wort „Mark" als Grundform anzunehmen ist. Wilmersdorf verdankt seinen Namen einem Bernhardus de Wilmarstorp, der 1555 in einer Urkunde Albrechts des Bären als Zeuge auftritt. Der Name Wilmar wurde dann auch in den geläufigeren Namen Wilmersdorf übertragen, so daß der Ort als „Willemstorp" erscheint. Die ältere Bezeichnung setzte sich aber dann durch. Zehlendorf bedeutet eigentlich Bienendorf, denn der Name ist mit dem slawischen pscela und dem althochdeutschen Zidal = Waldbiene in Verbindung zu bringen. Hier wohnten ursprünglich eifrige Bienenzüchter, und nach ihnen ist auch der Wannsee benannt, bis zu dem die mit Bienenstöcken besetzte Gemeindeheide Zehlendorfs reichte. Wannsee geht auf das polnische Wort „waza" zurück, was soviel wie Wachsgewebe, der Vorstoß am Bienenstock, bedeutet. Das daraus gebildete „Wanse" ist das Wasser bei den Waben, woraus sich Wannsee entwickelte. Auch Steglitz führt in seiner zweiten Silbe eine slawische Erinnerung, denn die Slawen gaben den deutschen Gründungen, deren zweiter Bestandteil „dorp" war, häufig die Endung „itz". Der erste Teil des Wortes aber ist gut deutsch und geht auf ein Wort „stigila" zurück, eine Vorrichtung zum Uebersteigen einer Hecke oder eines Zaunes, auch einer Treppe. In Dahlem verbirgt sich der Ortsname Talheim, der sonst vielfach in deutschen Landen anzutreffen ist.

In welchen Städten ist die Wohnungsnot am größten? In verschiedenen Städten wurden Erhebungen über die Wohnungsnot angestellt, wobei sich ergeben hat, daß in Nürnberg auf 1000 Einwohner 408 fehlende Wohnungen kommen; also scheint in Nürnberg die Wohnungsnot am größten zu sein. Dann folgt Hannover, wo auf 1000 Einwohner 398 Wohnungen fehlen. Kassel mit der entsprechenden Zahl 35,1. Koblenz mit 30. Merseburg mit 29,6, Liegnitz mit 28,7 und Elbing mit 26,2. Soweit sich aus den Erhebungen ergibt, ist die Wohnungsnot am wenigsten groß in den Städten Bochum, Düsseldorf, Rhendt, Speyer und Würzburg, wo auf 1000 Einwohner nur 18 bis 20 Wohnungen fehlen; am geringsten ist der Wohnungsmangel in Regensburg, wo auf 1000 Einwohner nur 13,7 Wohnungen fehlen.

Messung der Marstemperatur. Im Laufe dieses Winters wird der amerikanische Astronom W. W. Coblentz im Lowell-Observatorium neue Untersuchungen über die Temperatur des Mars durchführen. Er hat sich für diese Arbeiten mit verbesserten Thermoschmelzapparaten ausgerüstet und beabsichtigt, seine vor zwei Jahren durchgeführten Untersuchungen soweit zu korrigieren, daß mit einer gewissen Sicherheit festgestellt werden kann, ob die Temperaturbedingungen des Mars die Existenz organischer Lebewesen überhaupt zulassen.

Einmaliges
leichtes Aufreiben
mit Sunlicht Seife gibt mehr
prächtigen, mildreinigenden Schaum
als dreimaliges Aufreiben mit
gewöhnlicher Seife! „Sunlicht"
schont die Wäsche.
Der große Würfel 40 Pfg.
Das Doppelstück 45 Pfg.



S 12

MAGGI's
Suppenwürfel
tragen durch reiche Sortenauswahl
jedem Geschmack Rechnung:

Blumenkohl
Erbs
Erbs m/ Reis
Erbs m/ Schinken
Erbs m/ Speck
Eier-Teigwaren:
(Nudeln, Sternchen, Buchstaben, Riebele)
Kartoffel
Königin
Mockturtle
Ochsenschwanz
Pilz
Reis
Grünkern
Rumford
Spargel
Tapioka, echt
Tapioka-Julienne
Tomaten
Windsor
und andere.

Kochfertig / nahrhaft / wohlschmeckend
1 Würfel für 2 Teller feiner Suppe nur 13 Pf.

Unserem Genossen
Otto Bühnemann
nebst Frau
zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Gruppe 5, Abteilung 54, SPD.

Am Sonnabend, den 16. Oktober, verstarb plötzlich und unerwartet unser treuer Mitarbeiter und Mitglied des Betriebsrats, der Hilfsarbeiter
Paul Möser
im 30. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken wird ihm alle zeit bewahren
Das technische Personal der Curt Hamelschen Druckerei, Berlin NW., Hallerstr. 1/2
Die Einäscherung erfolgt am Montag, den 25. Oktober, nachm. 4½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Montag, den 25. Oktober, nachm. 5½ Uhr, in unserer Kulturabteilung, Linienstr. 197 (gegenüber Verbandshaus)
Branchenversammlung
der Bau- und Geldschrankschlosser.
Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenkommission. 2. Filmvorführungen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt
Pflicht aller Kollegen ist es, an dieser Versammlung teilzunehmen.
Die Ortsverwaltung.

Verlangen Sie Sonder-Angebot
Wasch-Maschinen
Wäsche-Rollen
Gegen 12 Monatsraten
P. RADDATZ & Co
Berlin Leipziger Str. 122-125

Waren-Credit-Anstalt A.-G. Abteilung:
Nicolaus
Wir liefern weiter auf
Teilzahlung
1000 Herren-Anzüge mit 10 M. Anzahlung
1000 Herren-Mäntel und Ulster mit 10 M. Anzahlung
1000 Gummimäntel für Damen u. Herren mit 8 M. Anzahlung
1000 Damen-Mäntel und Kostüme mit 8 M. Anzahlung
100 Pelzmäntel und -Jacken mit 40 M. Anzahlung
Pariser Modelle.
Beste Verarbeitung.
Hackescher Markt Nähe
2 Minuten v. Bahnhof Börse
Achten Sie auf die gebotenen
Vorteile
und decken Sie Ihren Winterbedarf
Abzahlung diskret und bequem den Zeitverhältnissen angepaßt
Beamte und behördliche Angestellte sowie alle saldierte Kunden der Firma ohne Anzahlung
Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Einkauf 3 Mk. gutgeschrieben.
INDO
Begründet 1902
Filiale: Große Frankfurter Straße 66.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und billig!

RUND
WENESTI-DUKAT
OHNE MUNDSTÜCK
DUKAT
dicker
milder
besser als jede andere
4 ₰
ZIGARETTE

Rama butterfein - tuts allein
MARGARINE